

Einzelabschluss 2010.

WestLB AG

WestLB in Zahlen

Finanzdaten im Vorjahresvergleich

Erfolgszahlen	1. 1.–31. 12. 2010	1. 1.–31. 12. 2009	Veränderung	
	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Zinsüberschuss	1.177,5	1.395,9	- 218,4	- 15,6
Provisionsüberschuss	327,5	132,1	195,4	> 100,0
Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands	- 46,5	151,3	- 197,8	> - 100,0
Saldo sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge	- 56,3	- 111,1	54,8	49,3
Personalaufwand	- 442,0	- 602,0	160,0	26,6
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 510,6	- 514,7	4,1	0,8
Kreditrisikovorsorge	- 101,7	- 623,3	521,6	83,7
Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen	- 346,4	- 117,4	- 229,0	> - 100,0
Außerordentliches Ergebnis	- 60,6	0,0	- 60,6	-
Ergebnis vor Steuern	- 59,1	- 289,2	230,1	79,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	59,1	- 5,7	64,8	> 100,0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,0	- 294,9	294,9	100,0

Bilanzzahlen	2010	2009	Veränderung	
	Mrd €	Mrd €	Mrd €	in %
Bilanzsumme	173,3	188,4	- 15,1	- 8,0
Geschäftsvolumen	195,1	232,1	- 37,0	- 15,9
Kreditvolumen	78,2	171,2	- 93,0	- 54,3
Eigenkapital	4,5	4,6	- 0,1	- 2,2

Bankaufsichtsrechtliche Kapitalkennzahlen nach SolvV	2010	2009
	Kernkapital in Mrd €	4,3
Eigenmittel in Mrd €	6,7	6,7
Risikoaktiva in Mrd €	36,4	68,5
Kernkapitalquote in %	11,9	6,3
Gesamtkennziffer in %	18,3	9,8

Mitarbeiter	2010	2009
	Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	3.971
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte)	3.767	3.912

Aktuelle Ratings	kurzfristig	langfristig	öffentlicher Pfandbrief
Moody's Investors Service	P-1	A3	Aaa
Fitch Ratings	F1	A-	-

Einzelabschluss 2010. WestLB AG, Düsseldorf

4	Lagebericht
4	Wirtschaftliche Entwicklung im Überblick
5	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
8	Entwicklung im Bankenmarkt
10	Strukturelle Entwicklungen
13	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
13	Potenziale gezielt entwickeln
14	Qualifizierter Nachwuchs
14	Familie, Beruf & Gesundheit
15	Vergütung
15	Nachhaltigkeit und Umweltmanagement
16	Nachhaltigkeitsmanagement am Beispiel Energie und Kohlekraft
16	Mehrfach von Ratingagenturen ausgezeichnet
17	Standortnetz der WestLB AG
18	Bilanzierungsmethoden und Berichtsstandards
18	Erfolgsrechnung
19	Zinsüberschuss
19	Provisionsüberschuss
20	Nettoergebnis des Handelsbestands
20	Saldo sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge
20	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen
21	Kreditrisikovorsorge
21	Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen (inkl. Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve)
22	Außerordentliches Ergebnis
22	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
22	Jahresergebnis
22	Bilanz und Geschäftsvolumen
23	Kreditvolumen
24	Wertpapierbestände soweit nicht Handelsbestand
24	Handelsbestand
25	Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen
25	Einlagen von Kreditinstituten und Kunden
26	Emissionsgeschäft
26	Eigene Mittel
28	Risikobericht
28	Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung
28	Organisation des Risikomanagements
31	Risikoberichterstattung
32	Adressenausfallrisiken
32	Management von Adressenausfallrisiken
32	– Allgemeine Kreditrisikostrategie
33	– Einzelkreditrisikostrategien
34	Messung von Adressenausfallrisiken
34	Steuerung von Einzelrisiken
35	Portfoliosteuerung
37	Kreditrisikovolumen aus Portfoliosicht

Den WestLB Geschäftsbericht 2010 mit Konzernabschluss senden wir Ihnen gern auf Anforderung zu.
Der Geschäftsbericht ist auch unter www.westlb.de im Internet abrufbar.

42	Problembehaftete Kreditengagements und Risikovorsorge
43	Kreditrisikovorsorge
44	Länderrisiko
45	Adressenausfall- und Länderrisiken aus Handelsgeschäften
46	Beteiligungsrisiken
47	Marktpreisrisiken
47	Überwachung von Marktpreisrisiken
48	Value at Risk
49	Stresstesting
51	Modellvalidierung und Backtesting
52	Liquiditätsrisiken
53	Kapitalbindungsbilanz
54	Emissionsaktivitäten
55	Operationelle Risiken
55	Management von operationellen Risiken
56	Messung von operationellen Risiken (AMA-Modell)
57	Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess
59	Rechtsrisiken
60	Reputationsrisiken
60	Stuerrisiko
60	Geschäftsrisiken
61	Kapitalauslastung
61	Regulatorische Kapitalauslastung des WestLB Konzerns
61	Ökonomische Kapitalauslastung (Risikotoleranz)
63	Kapital-Stresstesting
64	CEBS Stresstest
64	Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres
65	Ausblick
70	Bilanz
74	Gewinn- und Verlustrechnung
76	Anhang
76	Allgemeine Angaben
76	1. Aufstellung des Jahresabschlusses
77	2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
84	3. Stabilisierungsmaßnahme
87	Erläuterungen zur Bilanz
87	4. Forderungen an Kreditinstitute
87	5. Forderungen an Kunden
88	6. Durch Grundpfandrechte besicherte Forderungen
88	7. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
89	8. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
89	9. Handelsbestand
90	10. Beteiligungen
90	11. Anteile an verbundenen Unternehmen
91	12. Treuhandvermögen
91	13. Sonstige Vermögensgegenstände
92	14. Anlagevermögen

93	15. Eigene Aktien
93	16. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
94	17. Latente Steuern
95	18. Nachrangige Vermögensgegenstände
95	19. In Pension gegebene Vermögensgegenstände
96	20. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
96	21. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
97	22. Verbriefte Verbindlichkeiten
97	23. Handelsbestand
98	24. Treuhandverbindlichkeiten
98	25. Sonstige Verbindlichkeiten
98	26. Passive Rechnungsabgrenzungsposten
99	27. Rückstellungen
100	28. Nachrangige Verbindlichkeiten
101	29. Genussrechtskapital
102	30. Eigenkapital
103	31. Haftung für Altverbindlichkeiten – Grandfathering
104	32. Fremdwährungsaktiva/Fremdwährungspassiva
104	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
104	33. Geografische Aufteilung von Ertragskomponenten
105	34. Dienstleistungen für die Verwaltung und Vermittlung
105	35. Ergebnis aus dem Leasinggeschäft
105	36. Sonstiges betriebliches Ergebnis
106	37. Risikovorsorge
106	38. Periodenfremde Aufwendungen und Erträge
107	39. Außerordentliches Ergebnis
107	40. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
107	Sonstige Angaben
107	41. Haftungsverhältnisse
108	42. Patronatserklärungen
109	43. Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte
110	44. Sonstige finanzielle Verpflichtungen
112	45. Termingeschäfte/derivative Produkte
114	46. Angaben gemäß Pfandbriefgesetz
117	47. Bezüge der Organe
117	48. Kredite an Organe
118	49. Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
118	50. Beteiligungen an der WestLB AG
119	51. Mandate der Vorstandsmitglieder
120	52. Mandate der Mitarbeiter
123	53. Organe der WestLB
126	54. Angaben zum Anteilsbesitz
133	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
135	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
136	Bericht des Aufsichtsrates
141	Corporate Governance in der WestLB AG
	Impressum

WestLB AG Lagebericht zum 31. Dezember 2010

Wirtschaftliche Entwicklung im Überblick

Das Geschäftsjahr 2010 war durch gute operative Ergebnisse, aber auch erhebliche strukturelle Veränderungen und neue rechtliche Rahmenbedingungen gekennzeichnet. Dadurch haben sich in der Erfolgsrechnung zahlreiche Sondereffekte im Zusammenhang mit der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG), der Übertragung des Hauptportfolios nicht strategienotwendiger Positionen auf die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) sowie insbesondere der Erfüllung der Auflagen der Europäischen Kommission, die zu signifikanten Wertkorrekturen im Beteiligungsbereich führten, ergeben.

Der Zinsüberschuss war begünstigt durch die Repatriierung von Kapital eines Tochterunternehmens in Höhe von 155,6 Mio €, der Abschreibungen im Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen in gleicher Höhe gegenüberstehen, die Nichtbedienung des Genussrechtskapitals (51,3 Mio €; Vorjahr 86,1 Mio €) sowie Steuererstattungszinsen (64,3 Mio €). Insgesamt reduzierte sich der Zinsüberschuss gleichwohl um 218,4 Mio € auf 1.177,5 Mio €, was zum einen auf ein außergewöhnlich gutes Geldmarktergebnis im Vorjahr zurückzuführen ist. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass die rückwirkend zum 1. Januar 2010 auf die EAA übertragenen Portfolios im Geschäftsjahr 2010 keine Zinsergebnisbeiträge mehr generiert haben. Bereinigt um eine BilMoG-bedingte Ausweisänderung in Höhe von 106,3 Mio € sowie die Garantiegebühren an den SoFFin im Vorjahr (64,4 Mio €) verbesserte sich der Provisionsüberschuss um 24,7 Mio € auf 327,5 Mio €. Das Nettoergebnis des Handelsbestandes ging durch Ausweisänderungen nach dem BilMoG um – 197,8 Mio € auf – 46,5 Mio € zurück. Das Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen (– 346,4 Mio €; Vorjahr – 117,4 Mio €) ist mit – 228,0 Mio € auf die Bewertung der gemäß Auflagen der Europäischen Kommission kurzfristig noch zu veräußernden Beteiligungen sowie mit – 155,6 Mio € auf Abschreibungen eines Beteiligungsbuchwertes nach einer Kapitalrepatriierung zurückzuführen. Deutlich rückläufig war die Kreditrisikovorsorge, die im Vergleich zum Vorjahr um 521,6 Mio € auf nur noch – 101,7 Mio € zurückging. Auch die fortgeführten Kostensenkungsmaßnahmen haben das operative Ergebnis gestützt. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich trotz hoher Einmalaufwendungen für Rechts- und Beratungshonorare auch 2010 um 164,1 Mio € beziehungsweise 14,7% auf 952,6 Mio €. Entlastend wirkten dabei auch die gemäß BilMoG nicht mehr hier auszuweisenden Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 106,7 Mio €. Diese Aufwendungen sind nun im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten, das – 56,3 Mio € beträgt. Die Umstellungseffekte bei der Bewertung von Rückstellungen im Zuge der BilMoG-Umsetzung führten zu einem außerordentlichen Ergebnis von – 60,6 Mio €.

Insgesamt ergibt sich für 2010 ein Ergebnis vor Steuern von – 59,1 Mio € (Vorjahr – 289,2 Mio €). Die Steuerposition ist insbesondere infolge der erstmaligen Aktivierung latenter Steuern (53,1 Mio €) positiv.

Trotz der erneut enormen Lasten aus der Umsetzung der EU-Auflagen sowie zahlreicher positiver wie negativer Sondereffekte konnten wir aufgrund nachhaltiger Erfolge im operativen Kundengeschäft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielen, sodass zwar die laufende Bedienung des Genussrechtskapitals und der stillen Einlagen ausfällt, aber keine weiteren Belastungen für die Hybrid- und Eigenkapitalinstrumente für 2010 entstehen.

Das um Übertragungseffekte bereinigte Geschäftsvolumen der WestLB AG verringerte sich trotz der erstmaligen Bruttobilanzierung der Derivatemarktwerte (43,4 Mrd €) im Geschäftsjahr 2010 insgesamt um 5,2 Mrd € auf 195,1 Mrd €. Die Bilanzsumme reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahresende trotz dieses Effektes aus der BilMoG-Umstellung um 15,1 Mrd €, vor allem durch die Übertragung nicht strategienotwendiger Aktivitäten auf die EAA. Infolge der Nettovermögensübertragung auf die EAA wurde das Grundkapital der WestLB von 2.269,5 Mio € um 1.302,9 Mio € auf 966,6 Mio € herabgesetzt. Die Kapitalrücklage wurde um 1.162,1 Mio € auf 96,7 Mio € reduziert. Dieser Kapitalrückgang wurde durch die Einzahlung der zweiten und dritten Tranche der stillen Einlage des SoFFin in Höhe von insgesamt 2.327,6 Mio € nahezu ausgeglichen.

Die Kernkapitalquote der WestLB AG beläuft sich nunmehr auf 11,9%, die Gesamtkapitalquote auf 18,3%.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2010 war die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum das beherrschende Thema an den Finanzmärkten. Im Fokus der Krise stand zunächst Griechenland. Die Finanzierungsbedingungen für das Land verschlechterten sich infolge wachsender Zweifel an der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dramatisch. Die Spreads zwischen griechischen und deutschen Staatsanleihen schossen ebenso in die Höhe wie die Versicherungsprämien für Kreditausfälle (Credit Default Swaps). Um einen möglichen Zahlungsausfall abzuwenden, bewilligten die Euro-Länder und der Internationale Währungsfonds (IWF) Anfang Mai 2010 Hilfskredite, nachdem die griechische Regierung hierum ersucht hatte.

Um eine Ausbreitung der Griechenland-Krise zu verhindern, wurde zeitgleich ein 750 Mrd € umfassender Rettungsschirm errichtet. Hiermit sollen bis 2013 weitere Euro-Staaten gestützt werden, falls sie in finanzielle Bedrängnis geraten. Die Europäische Zentralbank (EZB) flankierte dieses Hilfspaket sowohl durch den Ankauf von staatlichen und privaten Anleihen am Sekundärmarkt als auch durch verschiedene Geldmarktaktivitäten. Diese Maßnahmen verhinderten aber nicht, dass nach Griechenland zunehmend auch Zweifel an der Zahlungsfähigkeit anderer Länder der europäischen Währungsunion, insbesondere der Peripheriestaaten Irland, Portugal und Spanien, aufkamen. Anhaltende Unsicherheit führte zu einer steigenden Risikoaversion der Investoren und damit zu steigenden Spreads bei europäischen Staatsanleihen und tendenziell zu Kaufzurückhaltung bei strukturierten Krediten.

Als erstes Land beantragte Irland im November 2010 Mittel aus dem Euro-Rettungsschirm, nachdem sich die Haushaltslage des Landes infolge umfangreicher Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor dramatisch verschlechtert hatte. Im Dezember 2010 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einen permanenten Krisenmechanismus, der Mitte 2013 den Euro-Rettungsschirm ablösen soll. Als Rechtsgrundlage soll hierzu der Artikel 136 des EU-Vertrages ergänzt werden. Über das Volumen und die Funktionsweise des künftigen Rettungsmechanismus soll im März 2011 entschieden werden.

Für eine durchgreifende Entspannung an den Finanzmärkten sorgten die Beschlüsse allerdings nicht. Die Spreads von griechischen und irischen Staatsanleihen zu Bundesanleihen bewegten sich zum Jahresende in der Nähe ihrer Höchststände wie vor Bewilligung der Hilfen. Die Aufschläge für portugiesische Staatsanleihen haben ebenfalls kaum abgenommen und signalisieren die großen Zweifel der Finanzmärkte an der mittelfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen Portugals. Die Spreads für spanische Anleihen sind sogar weiter gestiegen. Zum Jahresende waren sie so hoch wie zuletzt im Jahr 1996. Anders als in den ersten Quartalen profitierten Bundesanleihen von der Staatsschuldenkrise Ende 2010 nicht mehr. Nachdem diese Staatsanleihen zunächst als der sichere Hafen von Investoren gesucht waren – Ende August rutschte die Rendite zehnjähriger Papiere auf ein neues Allzeittief bei 2,11% –, gingen die politischen Überlegungen in Richtung Vergemeinschaftung der Fiskalpolitik im Euro-Raum – ob nun unter der Überschrift „Transferunion“, „Fiskalunion“ oder „Eurobond“ – tendenziell zulasten von Bundesanleihen. Der Euro, der in der ersten Jahreshälfte erheblich unter dem Vertrauensverlust der internationalen Investoren in die Stabilität der Europäischen Währungsunion (EWU) litt und zwischenzeitlich bei unter 1,20 USD/EUR notierte, konnte sich in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas erholen. Zum Jahresende lag er bei 1,34 USD/EUR und damit knapp 9% tiefer als zu Jahresbeginn.

Die globale Konjunktorentwicklung verlief im vergangenen Jahr dynamischer als allgemein erwartet worden war. Als geheilt lässt sich die Weltwirtschaft trotz des beachtlichen Wachstums von rund 4,5% allerdings nicht bezeichnen. Der Aufschwung wurde geld- und fiskalpolitisch erzwungen, er kam zum Preis eines in Friedenszeiten beispiellosen Anstiegs der Staatsverschuldung. Zudem wird er von Niedrigzinsen begleitet, die zu gravierenden Fehlallokationen von Ressourcen in der Realwirtschaft und auf den Finanzmärkten führen können. Vorreiter der weltweiten konjunkturellen Erholung waren einmal mehr die Schwellenländer. Angetrieben von China, wuchs die Wirtschaftsleistung in Emerging Asia am schnellsten. Innerhalb der Emerging-Markets-Regionen folgen Lateinamerika und mit deutlichem Abstand Mittel- und Osteuropa.

In den Industrieländern war die konjunkturelle Dynamik dagegen deutlich schwächer. In den USA erholte sich die Konjunktur aufgrund der umfangreichen Konjunkturprogramme und der extrem expansiven Geldpolitik zunächst spürbar. Im weiteren Jahresverlauf ließ die Wachstumsdynamik aber bereits wieder nach. Der private Konsum leidet unter der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit. Zudem ist die Anpassung am Immobilienmarkt noch nicht abgeschlossen. Mit Blick auf die schwierige Arbeitsmarktlage zeigte sich die amerikanische Notenbank zunehmend skeptischer für die weitere Konjunktorentwicklung und stellte trotz

der bereits extrem expansiv ausgerichteten Geldpolitik im Sommer eine weitere Lockerung in Aussicht. Anfang November beschloss die amerikanische Notenbank den zusätzlichen Ankauf von US-Staatsanleihen im Umfang von 600 Mrd US-Dollar bis Ende des zweiten Quartals 2011. Als weiteren Stimulus für die US-Wirtschaft unterzeichnete Präsident Obama kurz vor Weihnachten ein neues Steuerentlastungspaket, das zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist. Wachsender Konjunkturoptimismus, höhere Inflationserwartungen und Sorgen über einen weiteren Anstieg der Staatsverschuldung bewirkten seit Anfang Oktober einen Anstieg der Rendite zehnjähriger Treasuries um rund 100 Basispunkte auf 3,4% zum Jahresende 2010.

In der Euro-Zone verbesserte sich die konjunkturelle Situation im vergangenen Jahr zwar auf den ersten Blick deutlich, bei näherem Hinsehen relativiert sich dieser Eindruck aber. Zum einen ließ die Konjunkturdynamik bereits im Sommer wieder nach. Zum anderen sind die regionalen Wachstumsunterschiede beträchtlich. Getragen wird der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von voraussichtlich 1,7% zu einem großen Teil von der überraschend positiven Entwicklung in Deutschland, das an die Spitze der größeren EWU-Länder rückte. Überdurchschnittlich stark legte die Wirtschaftsleistung zudem in Finnland, Österreich, der Slowakei und den Niederlanden zu. Gemeinsam ist diesen Ländern die hohe Integration in den internationalen Handel. Während Frankreich, Italien und – trotz der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte – Portugal weitgehend dem EWU-Durchschnitt entsprachen, schrumpfte die Wirtschaftsleistung in Griechenland, Spanien und Irland erneut.

Sieht man von energiepreisbedingten Preiserhöhungen und der Anhebung indirekter Steuern in einigen Ländern ab, blieb der Teuerungsdruck in der Währungsunion moderat. Dies gab der EZB die Gelegenheit, den expansiven geldpolitischen Kurs beizubehalten und den zentralen Leitzins bei 1% zu belassen. Im Gefolge der Zuspitzung der Staatsschuldenkrise weitete die EZB die Liquiditätsversorgung für die Geschäftsbanken wieder aus, nachdem sie zuvor mit deren Normalisierung begonnen hatte. Zumindest bis Ende des ersten Quartals 2011 werden alle Refinanzierungsgeschäfte bis drei Monate voll zugeteilt. Die inzwischen ausgelaufenen 6- und 12-Monatstender wurden hingegen nicht weiter verlängert.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland überraschte 2010 in vielerlei Hinsicht. Mit 3,6% fällt das Wirtschaftswachstum weit stärker aus als zu Beginn des Jahres prognostiziert. Die Zahl der Arbeitslosen ist entgegen den Erwartungen gesunken und nähert sich der Marke von drei Millionen. Das Staatsdefizit stieg zwar, mit 3,5% des nominalen Bruttoinlandsprodukts blieb es jedoch weit hinter den Befürchtungen und den Defizitquoten anderer Länder zurück. Zu einem großen Teil verbergen sich hinter der deutschen Erfolgsstory 2010 enorme Zuwächse bei den Ausfuhren in die asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländer. Für die deutschen Unternehmen hat es sich ausgezahlt, dass sie neben den Maßnahmen zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit die Absatzstruktur ihrer Produkte zunehmend auf die schnell wachsenden Schwellenländer ausgerichtet haben. Zusammen mit dem hohen Anteil an kapitalintensiven Gütern ist dies gegenüber vielen anderen Exportnationen ein erheblicher Wettbewerbsvorteil.

Als weiterer Erfolgsfaktor erwies sich die von der vorherigen Bundesregierung aus Union und SPD beschlossene Ausweitung der Kurzarbeit. Sie versetzte die Unternehmen während der zurückliegenden Rezession in die Lage, ihre Mitarbeiter trotz des starken Nachfrage- und Produktionseinbruchs weitgehend zu halten. Damit waren deutsche Unternehmen unmittelbar mit Beginn der globalen Erholung fähig, die rasch zunehmende, zuvor aufgestaute Nachfrage zu bedienen. Im Vergleich zu Unternehmen aus Ländern, die zuvor ihren Beschäftigungsstand deutlich heruntergefahren hatten, war dies ein weiterer Wettbewerbsvorteil im Exportgeschäft. Im Windschatten des boomenden Auslandsgeschäfts verstärkten die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit. Dies wirkte sich positiv auf den Arbeitsmarkt und damit das Einkommen der privaten Haushalte aus. Die Konsumausgaben stiegen, zumal sich mit der positiven Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung das Konsumklima deutlich aufhellte. Im Ergebnis erlebte Deutschland 2010 einen deutlichen Aufschwung und steht konjunkturell an die Spitze der Industrieländer.

Entwicklung im Bankenmarkt

Das Bankenjahr 2010 war wesentlich von der Schuldenkrise in den Peripheriestaaten Europas geprägt. Nach einem guten Jahresauftakt insbesondere im Investment Banking wirkten sich die Turbulenzen um die Staatsanleihen Griechenlands im Mai 2010 negativ auf die Märkte aus. Die Bondemissionen kamen in den Sommermonaten fast vollkommen zum Erliegen. Auch der Devisenmarkt wurde in Mitleidenschaft gezogen. Lediglich im September und Oktober 2010 kam es zu einer kurzzeitigen Beruhigung. Im November 2010 richtete sich dann der Fokus in der Schuldenkrise der Peripheriestaaten auf Irland und zog ähnlich negative Auswirkungen auf die Fixed Income-Handelsaktivitäten der letzten Wochen des Jahres nach sich.

Das Platzierungsvolumen am Bondmarkt erreichte noch im Januar fast das Rekordniveau des Vorjahres und fiel dann im Zuge der sich beschleunigenden Schuldenkrise in den Peripheriestaaten Europas rapide zurück. Abgesehen von einer kurzen Periode im September und Oktober wurden im Fixed Income-Geschäft praktisch nur im ersten Quartal 2010 gute Handels- und Provisionsergebnisse erzielt. Verschiedentlich wurden die ohnehin schwachen Ergebnisse noch durch Handelsverluste oder realisierte Verluste im Bankbuch auf Anleihen der von der Schuldenkrise betroffenen Staaten belastet. Die turbulenten Marktphasen hatten eine erhöhte Volatilität in den Devisen- und Aktienkursen zur Folge. Zudem reduzierten sich die Handelsmargen in weiten Bereichen des Fixed Income-Geschäfts weiter, da vielfach Kapazitäten in den Bereichen Sales & Trading auf- und ausgebaut wurden.

Die Aktienmärkte entwickelten sich trotz der Schuldenkrise positiv. Allerdings gab es deutliche Unterschiede. Die Aktienmärkte der Peripheriestaaten Europas tendierten schwächer, während der deutsche Aktienindex von der Exportstärke der deutschen Industrie und vom geringen Anteil an Finanztiteln profitierte. Die Aktienkurse der Banken fielen aufgrund der verschärften Eigenkapitalanforderungen und möglicher negativer Effekte aus der Schuldenkrise sowie teilweise verschlechterter Refinanzierungskonditionen gegen den Trend. Dank

der guten Kursentwicklung des Gesamtmarktes wurden insbesondere im Herbst auch in Deutschland zahlreiche Kapitalmaßnahmen durchgeführt. Die Kapitalerhöhung der Deutschen Bank in Höhe von 10,6 Mrd € ist die bislang größte in der Geschichte der Deutschen Börse.

Die deutsche Wirtschaft erholte sich weit kräftiger als erwartet. Dies wirkte sich positiv auf die Insolvenzstatistiken aus. Insgesamt blieb die Kreditbranche daher von dem noch zu Jahresanfang befürchteten Anstieg der Risikovorsorge verschont. Die Kreditvergabe scheint sich weiterhin auf die besseren Adressen zu konzentrieren. Da hier ein hoher Konkurrenzdruck herrscht, stehen die Margen im Kreditgeschäft nicht nur seitens höherer Refinanzierungskosten unter Druck.

Am 12. September 2010 einigten sich die Notenbankchefs und Bankenaufseher auf verschärfte Vorgaben für die Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattungen der Banken (Basel III). Danach steigt die Mindestanforderung an das Kernkapital nach Abzügen (Minimum Common Equity) von derzeit 2% auf 3,5% (ab Januar 2013) und danach in Stufen bis auf 4,5% im Jahr 2015. Das Tier-1-Kapital soll der Einigung zufolge im gleichen Zeitraum von aktuell 4% auf 6% steigen. Für staatliche Kapitalhilfen gelten Übergangsfristen bis Anfang 2018.

Da der Markt allerdings vielfach eine vorzeitige Erfüllung der neuen Normen erwartet, blieben die Banken insgesamt zurückhaltend bei der Geschäftsausweitung. Von der Umstellung stärker betroffene Verbriefungs- und Derivatpositionen wurden verstärkt abgebaut. Die Regeln sollen die Banken widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche Probleme machen. Basel III gilt damit als Grundpfeiler für die nach der Finanzkrise angekündigten internationalen Finanzreformen.

Als zusätzliche Belastung für den Sektor dürfte sich der zum Jahresende 2010 in Deutschland eingeführte Beitrag an den Restrukturierungsfonds (sog. Bankenabgabe) erweisen. Näheres über diese Jahres- und Sonderbeiträge soll eine Rechtsverordnung regeln, die sich derzeit noch im Konsultationsstadium befindet. Da als Basis der Bankenabgabe in erster Linie die Bilanzsumme nach HGB abzüglich Eigenkapital und Kundeneinlagen sowie das Nominalvolumen der Derivatepositionen dient, sind davon insbesondere Banken betroffen, die über wenig Privatkundengeschäft verfügen oder stärker im Investment Banking oder Großkundengeschäft aktiv sind.

Ebenfalls als Reaktion auf die Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise wurde am 12. Oktober 2010 die „Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (Instituts-Vergütungsverordnung)“ verkündet und trat am 13. Oktober 2010 in Kraft. Die Verordnung ergänzt das „Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen“ vom 27. Juli 2010. Die Verordnung regelt Modalitäten von variablen Gehaltsbestandteilen und soll angemessene Anreizstrukturen in der Leistungsvergütung fördern.

Strukturelle Entwicklungen

Das Geschäftsjahr 2010 war geprägt durch eine nachhaltige Verbesserung des Risikoprofils sowie die Fortsetzung der bereits 2009 eingeleiteten Redimensionierung der WestLB. Mit beiden Initiativen reduziert die Bank ihre Risiken, verringert ihre Komplexität und stärkt ihr Kundengeschäft.

Die Eigentümer der WestLB unterzeichneten in ihrer Hauptversammlung im April 2010 die Verträge zur Auslagerung des Hauptportfolios nicht strategienotwendiger Aktivitäten und Risikopositionen des Konzerns im Volumen von nominal rund 71 Mrd €. Die Abspaltung zur Aufnahme gemäß §§ 123 Abs. 2 Nr. 1, 131 Abs. 1 Umwandlungsgesetz (UmwG) in Verbindung mit § 8 a Abs. 8 Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz (FMStFG) wurde am 30. April 2010 in das Handelsregister Düsseldorf eingetragen. Das Hauptportfolio wurde rückwirkend zum 1. Januar 2010 in die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) übertragen. Unter Berücksichtigung des bereits im Dezember 2009 abgespaltenen Teilportfolios im Volumen von rund 6 Mrd € betrug das gesamte ausgelagerte Portfolio im Konzern damit etwa 77 Mrd €.

Insgesamt kamen bei den zu übertragenden Positionen mit Abspaltung, Unterbeteiligung, Garantie und Verkauf vier verschiedene Transferwege zur Anwendung. Die Übertragungswege tragen den unterschiedlichen rechtlichen, regulatorischen und steuerlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder und Aufsichtsbehörden Rechnung und minimieren das Transferrisiko. Bei sämtlichen Transferwegen geht das wirtschaftliche Risiko der übertragenen Vermögenswerte vollständig von der WestLB auf die EAA über.

Durch die Übertragung auf die EAA reduzierte die WestLB die risikogewichteten Aktiva um 31 Mrd € und die Konzernbilanzsumme unter Berücksichtigung der Ausgleichsforderung um zunächst 27,6 Mrd €. Damit stärkt die Bank ihr kundenfokussiertes Geschäftsmodell und erfüllt Auflagen der Europäischen Kommission. Zu den Einzelheiten der Übertragung und der damit verbundenen Kapitalausstattung der WestLB und der EAA verweisen wir auf die Jahresabschlüsse 2009 und 2010, insbesondere auf die Anhangangabe zur Stabilisierungsmaßnahme.

Im Geschäftsjahr trennte die Bank sich von weiteren Beteiligungen und Standorten. So schloss die Bank im Juni 2010 den Standort Köln; damit ist die Zielaufstellung für Deutschland erreicht. Ende August 2010 wurde die WestLB Repräsentanz in Dubai geschlossen. Die Schließung der Lokation Paris erfolgte Ende 2010, die operative Tätigkeit der Niederlassung Toronto wurde Ende 2010 eingestellt.

Auch bei der Redimensionierung des Beteiligungsportfolios kam die WestLB voran. Im Zuge der EAA-Transaktion wurden die WestLB Covered Bond Bank plc, WestLB Ireland plc, WestLB Asset Management (US) LLC und International Leasing Solutions Japan KK auf die Abwicklungsanstalt übertragen. Mit Wirkung zum 1. Dezember 2010 verkaufte die Bank

ihre Tochter WestLB Bank Polska S.A. Zudem wurde die West Pensionskasse AG verkauft. Am 30. November 2010 vollzog die Bank den Verkauf ihrer französischen Tochtergesellschaft Banque d'Orsay S.A. (BdO) an Oddo & Cie. Die DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A. übernahm zum 31. Dezember 2010/1. Januar 2011 die WestLB International S.A. mit Sitz in Luxemburg.

Im Verkaufsprozess der Westdeutschen ImmobilienBank AG (WestImmo) wurden diverse Anträge mit dem Ziel der Fristverlängerung bei der Europäischen Kommission eingereicht. Mit Beschluss vom 21. Dezember 2010 gewährte die Kommission eine Fristverlängerung für die Veräußerung der WestImmo bis zum 15. Februar 2011. Der Vollzug dieses Beschlusses wurde vom Gericht der Europäischen Union mit Beschluss vom 31. Januar 2011 bis auf Weiteres ausgesetzt, soweit sich daraus die Verpflichtung zur Einstellung des Neugeschäfts der WestImmo nach dem 15. Februar 2011 ergibt.

Die WestLB bereitet sich intensiv auf ihren mehrheitlichen Eigentümerwechsel in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bieterverfahren vor. Mit der Ernennung eines Veräußerungsbevollmächtigten schafften die WestLB, die Eigentümer und die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) im Juni 2010 eine wichtige Voraussetzung für den von der Europäischen Kommission geforderten Verkaufsprozess. Am 30. September 2010 wurde hierzu die Verkaufsanzeige in einer überregionalen englischsprachigen Tageszeitung geschaltet. Am 28. Oktober 2010 endete die Frist zur Abgabe von Interessensbekundungen für die WestLB. Namhafte strategische Investoren und Finanzinvestoren aus dem In- und Ausland äußerten nach Auskunft des Veräußerungsbevollmächtigten ihr Interesse an der Bank. Bis zum 11. Februar 2011 wurden substantiierte indikative Angebote für die WestLB abgegeben, der Veräußerungsprozess wird mit zwei Bietern fortgesetzt.

Am 20. September 2010 veröffentlichte die WestLB ihre Absicht, mit der BayernLB in ergebnisoffene Sondierungsgespräche über eine mögliche Fusion zu gehen. Am 4. November 2010 ist die Bank über den Vorstandsbeschluss der BayernLB informiert worden, die Gespräche über die Fusion der beiden Landesbanken vorzeitig zu beenden.

Am 5. November 2010 weitete die Europäische Kommission ihr Prüfverfahren hinsichtlich der Übertragung wertgeminderter und nicht strategienotwendiger Aktivitäten auf die im Dezember 2009 hierfür errichtete Erste Abwicklungsanstalt aus. Die nach § 8a FMStFG vorgenommene EAA-Transaktion sowie die in diesem Zusammenhang vom SoFFin bei der WestLB gemäß § 7 FMStFG geleistete stille Einlage waren am 22. Dezember 2009 von der Europäischen Kommission zunächst befristet auf sechs Monate genehmigt worden. Gleichzeitig leitete die Europäische Kommission ein förmliches Prüfverfahren ein. Mit Beschluss vom 22. Juni 2010 verlängerte die Europäische Kommission die Genehmigung bis zum Abschluss ihrer Untersuchungen.

In dem Erweiterungsbeschluss vom 5. November 2010 führt die Kommission unter anderem aus, dass nach ihrer Einschätzung im Rahmen der EAA-Transaktion ein inkompatibles Beihilfeelement in Höhe von rund 3,4 Mrd € entstanden sei. Dies wird von Deutschland bestritten. Zum einen kommen die deutschen Experten zu anderen Bewertungsergebnissen als die Kommission und ihre Experten. Zum anderen erkennt die Kommission von Deutschland geltend gemachte Korrekturpositionen in Höhe von rund 2 Mrd € bislang nicht an. Danach sind ein Refinanzierungsnachteil der WestLB in Höhe von rund 880 Mio € für auf die EAA übertragene Gewährträgerverbindlichkeiten, die erwarteten Erträge des auf die EAA übertragenen Kreditportfolios in gleicher Höhe sowie weitere Korrekturpositionen in Höhe von rund 280 Mio € zu berücksichtigen.

Am 15. November 2010 verständigten sich Vertreter der Bundesregierung und der Eigentümer, der Vorstand der WestLB sowie die Europäische Kommission darauf, bis zum 15. Februar 2011 einen überarbeiteten Umstrukturierungsplan zu erstellen, der auch die WestImmo umfasst. Zu den Einzelheiten der Verständigung vom 15. Februar 2011 verweisen wir auf die Kapitel „Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ und „Ausblick“.

Die Hauptversammlung der WestLB AG wählte am 30. April 2010 Frau Dr. Annette Messemer und Frau Hildegard Müller als neue Mitglieder in den Aufsichtsrat. Sie folgten den Aufsichtsratsmitgliedern Dr. Wolfgang Kirsch und Harry Voigtsberger, die zum 30. April 2010 aus dem Gremium der Bank ausschieden. Am 30. Juni des Jahres wurde Heinz Paus von der Hauptversammlung der WestLB AG mit Wirkung zum 1. Juli 2010 zum neuen Mitglied des Aufsichtsrates gewählt. Herr Paus folgt damit Dr. Gerhard Langemeyer, der sein Aufsichtsratsmandat zum 30. Juni 2010 niedergelegt hatte. Darüber hinaus wählte die Hauptversammlung am 13. August 2010 Herrn Dr. Walter-Borjans, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, zum neuen Aufsichtsratsmitglied, nachdem sein Amtsvorgänger, Minister a. D. Dr. Helmut Linssen, zum 12. August 2010 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war. Des Weiteren legte Herr Dr. Siegfried Luther zum 31. Dezember 2010 sein Amt nieder. Die Hauptversammlung wählte am 24. Februar 2011 Herrn Wolfgang Steller als Nachfolger.

Mit Blick auf die deutliche Rückführung von Bilanzsumme und Refinanzierungserfordernissen gab die Bank Anfang Juli 2010 bekannt, die Anzahl der Ratingagenturen der Bank von drei auf zwei zu reduzieren. Die Verträge mit Standard & Poor's und DBRS wurden nicht erneuert beziehungsweise liefen aus. Um einen dem Geschäftsmodell und der regionalen Fokussierung angemessenen Ratingmix zu gewährleisten, ließ die Bank die Gespräche mit Fitch Ratings wieder aufleben. Die Neuordnung der Ratingbeziehungen bringt spürbare Kosten- und Ressourceneinsparungen mit sich. Derzeit wird die WestLB von Fitch Ratings mit A- (Langfristrating) sowie F1 (Kurzfristrating) bewertet. Moody's senkte ihr Rating am 4. Mai 2010 von A2 auf A3. Das Kurzfristrating wurde mit P-1 bestätigt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Entscheidung der Europäischen Kommission vom Mai 2009 erfordert unter anderem die weitere Straffung des nationalen und internationalen Standortnetzes. Den Beschäftigten der Niederlassung in Köln wurde – wie allen bisher von der Standortschließung im Inland betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – ein adäquater Arbeitsplatz in Düsseldorf angeboten. Im Ausland wurden die Standorte Dubai und Paris geschlossen. Insgesamt hat sich die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vergleich zum Vorjahr um circa 3% weiter verringert.

Zum 31. Dezember 2010 beschäftigte die WestLB AG 3.971 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beziehungsweise 3.767 Vollzeitarbeitskräfte. Ende 2009 waren es noch 4.109 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beziehungsweise 3.912 Vollzeitarbeitskräfte.

Die bisher geforderten Reduzierungen und die anhaltende öffentliche Diskussion über die Zukunft der WestLB führten zu einer spürbaren Verunsicherung in der Belegschaft. Mit Belegung des Bankenarbeitsmarktes ist die Zahl der Eigenkündigungen im Jahr 2010 angestiegen, da leistungsstarke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Konkurrenten teilweise aggressiv umworben werden. Die Bank begegnet potenziellen Engpässen und operationellen Risiken durch Programme zur Mitarbeiterbindung, einer zukunftsorientierten Potenzial- und Nachwuchsentwicklung, einer familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung, betrieblichen Gesundheitsmaßnahmen und einer leistungsorientierten Vergütungspolitik.

Potenziale gezielt entwickeln

Auch und gerade in herausfordernden Unternehmenssituationen sind die Qualifikationen und Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das entscheidende Erfolgskriterium. Die WestLB investierte 2010 in die individuelle Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die systematische Organisations- und Personalentwicklung.

Eine zentrale Funktion kommt dem 2010 erstmals bankweit durchgeführten „Development und Succession“-Prozess zu: In allen Geschäftsbereichen untersuchten wir die Entwicklungsmöglichkeiten von Führungskräften, Projektleitern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf zentralen Schlüsselfunktionen oder von solchen mit besonderem Entwicklungspotenzial. Die WestLB entwickelte Nachfolgeszenarien und erarbeitete konkrete Entwicklungsplanungen. Hierzu zählen Maßnahmen zur Erhöhung der internen Mobilität sowie der gezielten Nachwuchsförderung.

2010 führte die Bank das „Development Center“ ein. Nachwuchskräfte beschreiben hier in einem mehrtägigen Workshop ihre berufsrelevanten Persönlichkeitsaspekte und Zielvorstellungen. In einem anschließenden Dialog mit der zuständigen Führungskraft und dem HR Business Partner werden mögliche zielführende Entwicklungsschritte erarbeitet, die die Beteiligten systematisch umsetzen. Dieses Programm ist ein Beispiel für unser Verständnis von individueller Personalentwicklung im Rahmen eines systematischen Ansatzes zur Qualifizierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Qualifizierter Nachwuchs

Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 befanden sich 54 Auszubildende in unseren 5 Ausbildungsgängen. Die Abschlussergebnisse unserer Auszubildenden waren überdurchschnittlich. Aufgrund der hohen Identifikation mit ihrem Ausbildungsunternehmen war auch die Quote derjenigen, die nach der Ausbildung im WestLB Konzern blieben, erfreulich hoch. Gemeinsam mit unseren Auszubildenden entwickelten wir eine neue Anzeigenkampagne zur Ansprache potenzieller Nachwuchskräfte.

Eine weitere Zielgruppe des Personalmarketings sind die Hochschulabsolventen. Neben dem gezielten Austausch mit Studenten auf Veranstaltungen setzt die WestLB zunehmend auf Social Media-Aktivitäten wie zum Beispiel Online-Messen. Gleichzeitig nutzen wir die bereits bestehenden Kontakte zu Studenten unseres studienbegleitenden Betreuungsprogramms CampusCircle für die Besetzung von vakanten Positionen.

Familie, Beruf & Gesundheit

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wichtiger Bestandteil der Personalpolitik der WestLB. Daher bietet die Bank ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch weiterhin ein umfangreiches Angebot an beispielsweise flexiblen Teilzeit- und Arbeitszeitmodellen, (Notfall-)Kinderbetreuung, Betreuungszuschüssen und -beratung.

Die WestLB unterstützt die Gesundheit und das Wohlbefinden ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit diversen Maßnahmen. Neben einem ständigen betriebsärztlichen Dienst und einer Sozialberatung gehört auch die Veranstaltung eines Gesundheitstages mit dem Themenschwerpunkt Stressprävention dazu.

Neben den kontinuierlichen Überprüfungen zur Umsetzung des § 5 Arbeitsschutzgesetz (physische Arbeitsbelastungen) führte die WestLB konkrete Analysen zur Beurteilung der psychischen Arbeitsbelastungen ihrer Beschäftigten durch, um daraus die erforderlichen Maßnahmen für den Arbeitsschutz abzuleiten.

Vergütung

Das Thema „Vergütung in Banken“ ist in den letzten Jahren in den öffentlichen Fokus gerückt. Verschiedene nationale und internationale Regulierungsbehörden wie zum Beispiel die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), das Financial Stability Board (FSB) oder das Committee of European Banking Supervisors (CEBS) brachten Gesetzesinitiativen auf den Weg, um die Vergütungspraxis der Banken stärker zu regulieren. Die WestLB unterzeichnete bereits Ende 2009 die „Freiwillige Selbstverpflichtungserklärung“ gegenüber der BaFin und entwickelte ihre Vergütungssysteme auf Basis der verschiedenen Vorschriften weiter. 2010 hat der nationale Gesetzgeber durch die Institutsvergütungsverordnung vom 12. Oktober 2010 sowie das Restrukturierungsgesetz vom 26. November 2010 erweiterte Vorschriften zur Ausgestaltung der Vergütungssysteme erlassen, die im internationalen Vergleich auch als strenger zu bewerten sind. Die WestLB hat diese bei ihrer Vergütungssystematik berücksichtigt. So wurde beispielsweise 2010 ein Instrument aufgeschobener Vergütung implementiert, bei dem die variable Vergütung an nachhaltige, längerfristige Erfolgskennziffern gekoppelt ist.

Nachhaltigkeit und Umweltmanagement

Die Identifikation und das Management von Umwelt- und Sozialrisiken sowie die integrierte Betrachtung ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeitsaspekte im Kreditgeschäft sind zentrale Bestandteile der Geschäftsaktivitäten der Bank. Die „WestLB Geschäftsgrundsätze für Umwelt und Soziales“ definieren Mindestanforderungen an das Geschäft der Bank. Auf diese Weise wird die umfassende Integration von relevanten Nachhaltigkeitsaspekten in den Geschäftsfeldern der Bank verbessert (vgl. hierzu auch unsere Erläuterungen im Geschäftsbericht 2009).

Der Bereich Sustainability Management entwickelt nachhaltigkeitsrelevante Geschäftsgrundsätze und wirkt bei der Analyse und Steuerung des Portfolios mit. Gemeinsam mit der Kreditanalyse erfolgt die Bewertung von Finanzierungen, die Voraussetzung für eine Kreditbewilligung ist.

Als größter deutscher Projektfinanzierer entwickeln wir die Prozesse für die erfolgreiche Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in der Umsetzung der Equator Principles kontinuierlich weiter. Wir setzen uns im Lenkungsreis dieser Initiative dafür ein, dass die zugrunde liegenden Standards verbessert werden, etwa im Dialog mit der zur Weltbankgruppe gehörenden International Finance Corporation (IFC), deren Performance Standards die Basis der Equator Principles darstellen.

Nachhaltigkeitsmanagement am Beispiel Energie und Kohlekraft

Die WestLB ist eine der führenden Banken für Finanzierungen im Energiesektor. Die Branche ist besonders investitionsintensiv und befindet sich weltweit im Wandel.

Diese Veränderungen umfassen die Art und Weise der Strom- und Wärmeerzeugung, aber auch der Energieinfrastruktur. Unter Berücksichtigung von Aspekten wie Energiesicherheit und Klimaschutz erarbeiten wir Regelungen zum Nachhaltigkeitsmanagement für einzelne Geschäftsfelder und Kreditrisikostategien – beispielsweise bei Agrarprodukten zur Nahrungsmittelherstellung oder Energiegewinnung (Zuckerrohr, Mais, Palmöl etc.).

Auch für den Bereich Kohlekraft haben wir besondere, nachhaltige Mindeststandards. Mit dieser Herangehensweise ist die WestLB unter den Geschäftsbanken weltweit führend. Auf diese Weise unterstützen wir unsere Kunden im Energiesektor als ein vorausschauender Partner für Finanzierungen und tragen konstruktiv zur Entwicklung einer nachhaltigen und zuverlässigen Stromversorgung bei.

Mehrfach von Ratingagenturen ausgezeichnet

Im Marktsegment Erneuerbare Energien profitieren wir von unseren besonderen Produkt- und Strukturierungserfahrungen sowie von unserer Nachhaltigkeitskompetenz und Marktkenntnis.

Auch am Kapitalmarkt fördern wir Nachhaltigkeit durch unsere Produkte und Dienstleistungen etwa durch strukturierte Kapitalanlageprodukte, die beispielsweise den Klimaschutz direkt oder indirekt fördern. Im Herbst 2010 veröffentlichten wir gemeinsam mit dem Carbon Disclosure Project die von der WestLB verfasste Analyse zu Klimarisiken und -chancen für die 200 größten deutschen Unternehmen.

ESG-Kriterien (ESG = Environmental Social und Governance) werden zunehmend in das Geschäft mit Kapitalanlageprodukten integriert. Unser mehrfach ausgezeichnetes Extra Financial Research ermöglicht eine integrierte Betrachtung sozialer, ökologischer und ökonomischer Faktoren bei der Unternehmensanalyse und -bewertung. Dieses spezielle Know-how ist bei Kunden, auf internationalen Konferenzen und bei entsprechenden Gremien gleichermaßen gefragt.

Transparenz und Information sind wesentliche Bestandteile einer nachhaltigen Unternehmensführung. Unser Bericht „Nachhaltigkeit 2009. Integration und Effizienz“ wurde von der Unternehmens-Umweltinitiative future e.V. und dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in deren alle zwei Jahre stattfindenden Ranking als einer der Besten in der deutschen Finanzdienstleistungsbranche ausgezeichnet. Diese hohe Qualität haben wir auch in unserem Bericht „Nachhaltigkeit. Status 2010“ umgesetzt. Alle nachhaltigkeitsrelevanten Informationen werden außerdem regelmäßig auf unseren Internetseiten veröffentlicht (www.westlb.de > WestLB > Unsere Verantwortung > Nachhaltigkeit > Sustainability Management).

Wir führen intensive Dialoge zur Fortentwicklung des Nachhaltigkeitsmanagements: Im WestLB Dialogforum Nachhaltigkeit tauschen wir uns regelmäßig mit Vertreterinnen und Vertretern führender umwelt- und entwicklungspolitischer sowie wissenschaftlicher Organisationen in einem unabhängig und extern moderierten Prozess aus. Der Fokus liegt auf Unternehmensverantwortung, Geschäftsrisiken und -chancen.

Das Management von Reputationsrisiken ist ein weiteres Beispiel für die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in das Tagesgeschäft der Bank. Alle Mitarbeiter sind verpflichtet, besondere Reputationsrisiken und mögliche Reputationsschäden zu melden. Analyse und Entscheidungsprozess wurden 2010 weiter verbessert und effizienter gemacht; Nachhaltigkeitskriterien spielen hierbei eine bedeutende Rolle.

Die Nachhaltigkeits-Ratingagentur Oekom Research hat die WestLB im Jahr 2010 mit dem Status „Prime“ ausgezeichnet und damit in die Spitzenklasse der deutschen Finanzinstitute eingeordnet. In der Branche Financials/Public & Regional Banks belegt die WestLB Platz 5 von insgesamt 29 Banken. Sustainalytics sah die WestLB mit einem Scorewert von 61 und damit Platz 14 weit über dem Durchschnitt der 78 untersuchten Banken. Das Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft e.V. (Imug) hat die WestLB bei der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten als überdurchschnittlich bewertet und ihr das Rating „Positiv“ verliehen.

Auch im Rahmen betrieblicher Prozesse ist Nachhaltigkeit für uns von Bedeutung. Seit Dezember 2007 ist die WestLB nach der internationalen Umweltmanagementnorm ISO 14001 zertifiziert; die Zertifizierung wurde Anfang 2011 bestätigt.

Standortnetz der WestLB AG

Die Hauptniederlassung der WestLB AG befindet sich in Düsseldorf. Nach der Schließung der Niederlassung Köln zum 30. Juni 2010 verfügt die WestLB AG noch über inländische Niederlassungen in Berlin und Frankfurt am Main sowie über Vertriebsbüros in Hamburg, München und Stuttgart. Darüber hinaus sind im Inland noch die WestImmo und die readybank ag als operative Tochtergesellschaften der WestLB AG tätig.

In Europa verfügt die WestLB nach diversen Verkäufen und Schließungen noch über Tochtergesellschaften beziehungsweise Niederlassungen in Istanbul, London, Madrid, Mailand und Moskau. Außerhalb Europas ist die WestLB mit Tochtergesellschaften beziehungsweise Niederlassungen in New York, São Paulo, Hongkong, Singapur, Shanghai, Sydney und Tokio präsent. Die operative Tätigkeit der Niederlassung Toronto wurde Ende 2010 eingestellt.

Bilanzierungsmethoden und Berichtsstandards

Der Jahresabschluss der WestLB AG (im Folgenden Bank oder WestLB) ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV), den einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vom 25. Mai 2009 geänderten Vorschriften haben wir berücksichtigt. Zu den einzelnen Änderungen verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang.

Aufgrund des Transfers von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt sowie der erstmaligen vollständigen Anwendung der durch das BilMoG geänderten Vorschriften ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen eingeschränkt. In den folgenden Erläuterungen zur Bilanz haben wir die Effekte aus dem Transfer sowie die Einzahlung der zweiten und dritten Tranche der stillen Einlage des SoFFin auf Basis der testierten Werte zum 31. Dezember 2009 angegeben. Auf die Anpassung der Vorjahreszahlen aufgrund der erstmaligen vollständigen Anwendung der durch das BilMoG geänderten Vorschriften haben wir verzichtet, die wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanz- und GuV-Posten gleichwohl erläutert.

Erfolgsrechnung

Die Ergebnisentwicklung der WestLB war im Geschäftsjahr 2010 von den Folgen der Redimensionierungsmaßnahmen in Erfüllung der Auflagen der Europäischen Kommission, der Übertragung des Hauptportfolios nicht strategienotwendiger Positionen auf die EAA sowie von der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG geprägt.

Die folgende Darstellung der Erfolgsrechnung entspricht der internen Steuerung der WestLB AG. Dementsprechend werden Abschreibungen auf Wertpapiere des Finanzanlagebestandes, die aus dem Adressenausfallrisiko des Emittenten resultieren, als Bestandteil der Risikovorsorge für akute Adressenausfallrisiken ausgewiesen.

WestLB AG Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	1. 1. – 31. 12. 2010	1. 1. – 31. 12. 2009	Veränderung	
	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Zinsüberschuss	1.177,5	1.395,9	- 218,4	- 15,6
Provisionsüberschuss	327,5	132,1	195,4	> 100,0
Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands	- 46,5	151,3	- 197,8	> - 100,0
Saldo sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge	- 56,3	- 111,1	54,8	49,3
Personalaufwand	- 442,0	- 602,0	160,0	26,6
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 510,6	- 514,7	4,1	0,8
Kreditrisikovorsorge	- 101,7	- 623,3	521,6	83,7
Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen	- 346,4	- 117,4	- 229,0	> - 100,0
Außerordentliches Ergebnis	- 60,6	-	- 60,6	-
Ergebnis vor Steuern	- 59,1	- 289,2	230,1	79,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	59,1	- 5,7	64,8	> 100,0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,0	- 294,9	294,9	100,0
Vermögensminderung durch Abspaltung	- 2.465,0	- 672,4	- 1.792,6	> 100,0
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	1.162,1	773,0	389,1	50,3
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	0,0	100,0	- 100,0	- 100,0
Entnahmen aus Genusssrechtskapital	0,0	65,2	- 65,2	- 100,0
Entnahmen aus den stillen Einlagen	0,0	29,1	- 29,1	- 100,0
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	1.302,9	0,0	1.302,9	-
Bilanzgewinn	0,0	0,0	0,0	-

Zinsüberschuss

Der Rückgang des Zinsüberschusses um 218,4 Mio € auf 1.177,5 Mio € ist im Wesentlichen auf den Transfer von Beständen auf die EAA rückwirkend zum 1. Januar 2010 zurückzuführen. Auch wurden die im Vorjahr erzielten, außergewöhnlichen Erfolge im Geldmarktgeschäft nicht wiederholt. Das Geschäft mit Firmenkunden und Projektfinanzierungen trug aufgrund der guten Vertriebsenerfolge auch in diesem Geschäftsjahr zu einer Steigerung des Zinsergebnisses bei. Zinsen aus Handelsderivaten in Höhe von 22,8 Mio € wurden infolge der BilMoG-Änderungen nicht mehr im Nettoergebnis des Handelsbestands, sondern ergebniserhöhend im Zinsüberschuss ausgewiesen. Im Zinsergebnis sind darüber hinaus aperiodische Zinserträge in Höhe von 64,3 Mio € aus Steuererstattungen ausgewiesen. Zudem enthält der Posten eine Zahlung aus der Repatriierung von Kapital eines verbundenen Unternehmens in Höhe von 155,6 Mio €, der gegenläufig eine Abschreibung im Finanzanlageergebnis gegenübersteht. Die Nichtbedienung des Genusssrechtskapitals verringerte den Zinsaufwand im Jahr 2010 um 51,3 Mio €.

Die Zinsspanne auf Basis der durchschnittlichen Risikoaktiva gemäß SolvV stieg auf 2,21% gegenüber dem Vorjahreswert von 1,90%.

Provisionsüberschuss

Die Verbesserung des Provisionsüberschusses um 195,4 Mio € auf 327,5 Mio € resultiert in Höhe von 106,3 Mio € aus einer Ausweisänderung aufgrund der BilMoG-Umsetzung. Provisionsaufwendungen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden nicht mehr im Provisionsergebnis, sondern im Nettoergebnis des Handelsbestandes ausgewiesen. Im

Provisionsergebnis des Vorjahres waren zudem noch Garantiegebühren für die SoFFin-Garantie in Höhe von 64,4 Mio € enthalten. Der verbleibende Anstieg des Provisionsüberschusses ist vor allem auf höhere Ergebnisse aus dem Kredit- und Konsortialgeschäft zurückzuführen.

Nettoergebnis des Handelsbestands

Das Nettoergebnis des Handelsbestands ging um 197,8 Mio € auf – 46,5 Mio € zurück. Davon entfallen im laufenden Geschäftsjahr 106,3 Mio € auf die bereits im Abschnitt zum Provisionsüberschuss erläuterten Ausweisänderungen. Ferner werden ab diesem Geschäftsjahr laufende Zinsen aus Handelsderivaten in Höhe von 22,8 Mio € infolge der BilMoG-Änderungen nicht mehr im Nettoergebnis des Handelsbestands, sondern im Zinsergebnis ausgewiesen.

Der Bereich Debt Markets konnte das sehr gute Ergebnis des Vorjahres nicht wiederholen. Hier blieben Erträge im Geldmarktgeschäft und im Fixed Income-Geschäft aufgrund eines geringeren Risikoprofils, geringerer Marktvolatilitäten und engerer Geld-Brief-Spannen erwartungsgemäß deutlich hinter den außergewöhnlich hohen Erträgen im Vorjahr zurück. 2009 war diesbezüglich von sehr vorteilhaften Marktbedingungen geprägt. Der Bereich Equity Markets (Aktienprodukte) blieb angesichts der unverändert geringen Handelsaktivitäten unserer Kunden aufgrund des weiterhin unsicheren Marktumfeldes hinter unseren Erwartungen zurück.

In Abhängigkeit von unseren Risikosteuerungsaktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Zinsderivaten werden Ertragsbestandteile entweder im Zinsergebnis oder im Nettoergebnis des Handelsbestands ausgewiesen. Vor diesem Hintergrund stehen die genannten GuV-Positionen in einem engen Zusammenhang.

Saldo sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen beträgt – 56,3 Mio € (Vorjahr – 111,1 Mio €) und resultiert vor allem aus den erstmalig im Geschäftsjahr hier ausgewiesenen Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen aufgrund der Änderungen durch das BilMoG in Höhe von 125,5 Mio €.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 14,7% auf 952,6 Mio €.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter gingen um 27,3 Mio € auf 402,5 Mio € zurück. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den in unserem Restrukturierungsprogramm vorgesehenen Personalabbau zurückzuführen. Die Zahl der Beschäftigten belief sich im Jahresdurchschnitt auf 3.996, das sind 242 weniger als im Vorjahr.

Der deutliche Rückgang der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung von 172,2 Mio € auf 39,6 Mio € ist insbesondere auf die geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Pensionsverpflichtungen zurückzuführen. Im Gegensatz zum Vorjahr sind die Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen in Höhe von 106,7 Mio € nicht im Verwaltungsaufwand, sondern im sonstigen betrieblichen Aufwand auszuweisen. Ein weiterer Rückgang der Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung ergab sich aufgrund von Abweichungen der erwarteten von den tatsächlich eingetretenen versicherungsmathematischen Annahmen.

Durch strikte Kostendisziplin wurden auch die anderen Verwaltungsaufwendungen trotz hoher Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit der Restrukturierung (47 Mio €) gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Mio € (- 0,8%) auf 510,6 Mio € reduziert.

Kreditrisikovorsorge

Die Kreditrisikovorsorge weist eine deutlich rückläufige Nettozuführung von 101,7 Mio € gegenüber dem Vorjahr (623,3 Mio €) auf. Dies ist zum einen auf die zum 1. Januar 2010 auf die EAA übertragenen Portfolios, für deren Risiken im Jahr 2009 erhebliche Kreditrisikovorsorge erforderlich war, zurückzuführen. Zum anderen waren aufgrund der deutlichen Konjunkturaufhellung geringere Zuführungen erforderlich. Wir haben allen erkennbaren Kreditrisiken in angemessener Form Rechnung getragen.

Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen (inkl. Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve)

Aus Finanzanlagen und Beteiligungen ergaben sich Nettoaufwendungen von 346,4 Mio €, die sich wie folgt zusammensetzen:

	1. 1. – 31. 12. 2010 Mio €	1. 1. – 31. 12. 2009 Mio €	Veränderung	
			Mio €	in %
Ergebnis aus Finanzanlagen	13,9	338,1	- 324,2	- 95,9
Ergebnis aus Beteiligungen	- 360,3	- 455,5	95,2	20,9
Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen	- 346,4	- 117,4	- 229,0	> - 100,0

Das Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen ist im Wesentlichen von den Abschreibungen auf Beteiligungen und Veräußerungsergebnisse im Zuge der Umsetzung der Auflagen der Europäischen Kommission geprägt.

Aufwendungen in Höhe von 155,6 Mio € aus der Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes stehen Zinserträge aus der Repatriierung von Kapital eines verbundenen Unternehmens gegenüber.

Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2010 ist ein außerordentliches Ergebnis von – 60,6 Mio € angefallen. Dieser Betrag resultiert im Wesentlichen aus Umstellungseffekten bei der Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen im Zuge der erstmaligen vollumfänglichen Anwendung der Regelungen des BilMoG im Geschäftsjahr 2010. Zu Details verweisen wir auf Note 2 im Anhang.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steuerertrag mit 59,1 Mio € (Vorjahr – 5,7 Mio €) resultiert im Wesentlichen aus der erstmaligen Aktivierung latenter Steuern (53,1 Mio €).

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis der WestLB AG für das Geschäftsjahr 2010 beträgt 0 €. Demnach entfällt die Zinszahlung auf die Genussscheine für das Jahr 2010, außerdem ist keine Aufholung der erwarteten Rückzahlungswerte von Genussscheinen und stillen Einlagen möglich, die in der Vergangenheit durch Verlustpartizipation gemindert waren. Somit entfällt auch die Bedienung der stillen Einlagen.

Bilanz und Geschäftsvolumen

Mit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ergaben sich unter anderem Änderungen beim Ansatz und der Bewertung von Bilanzposten. Insofern ist die Vergleichbarkeit der Bilanzposten zum Bilanzstichtag mit denjenigen des Vorjahresstichtags erschwert. Darüber hinaus resultierten aus dem Transfer von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten auf die EAA weitere teilweise wesentliche Veränderungen einzelner Bilanzposten, die die Vergleichbarkeit einschränken.

Die folgenden Erläuterungen stellen hinsichtlich des Vorjahresstichtags auf die um Übertragungseffekte bereinigte Bilanz ab.

Eine wesentliche Neuerung infolge des BilMoG betrifft den separaten Ausweis sämtlicher Handelsbestände auf der Aktiv- und Passivseite zum beizulegenden Zeitwert im jeweiligen Bilanzposten Handelsbestand. Damit werden im Handelsbestand die Forderungen und Wertpapiere beziehungsweise Verbindlichkeiten des Handelsgeschäftes in jeweils einem separaten Posten ausgewiesen. Zusätzlich werden hier erstmals auch derivative Geschäfte des Handelsbestands mit dem beizulegenden Zeitwert brutto ausgewiesen (43,3 Mrd €). Bereinigt um diesen Effekt wäre die Bilanzsumme nicht wie ausgewiesen um 6,9 Mrd € angestiegen, sondern vor allem aufgrund der Übertragung nicht-strategienotwendiger Aktivitäten auf die EAA (unter Berücksichtigung der Ausgleichsforderung 21,9 Mrd €) deutlich gesunken.

Das um die Übertragungseffekte bereinigte Geschäftsvolumen verringerte sich trotz der Bruttobilanzierung der Derivate im Geschäftsjahr 2010 insgesamt um 5,2 Mrd € auf 195,1 Mrd €.

Bilanzposten Aktiva

	31. 12. 2010	31. 12. 2009 angepasst	31. 12. 2009	Veränderung 31. 12. 2010 zu 31. 12. 2009 angepasst	
	Mrd €	Mrd €	Mrd €	Mrd €	in %
Barreserve/liquide Schuldtitel	2,0	2,1	2,1	- 0,1	- 4,8
Forderungen an Kreditinstitute	11,7	54,9	55,8	- 43,2	- 78,7
Forderungen an Kunden	43,4	73,8	69,5	- 30,4	- 41,2
Wertpapiere soweit nicht Handelsbestand	21,9	20,6	47,1	1,3	6,3
Handelsbestand	89,4	n/a	n/a	n/a	n/a
Beteiligungen/ Anteile an verbundenen Unternehmen	2,2	2,9	3,6	- 0,7	- 24,1
Treuhandvermögen	0,6	0,3	0,3	0,3	100,0
Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Sonstige Aktiva	2,0	11,7	9,9	- 9,7	- 82,9
Bilanzsumme	173,3	166,4	188,4	6,9	4,1

Bilanzposten Passiva

	31. 12. 2010	31. 12. 2009 angepasst	31. 12. 2009	Veränderung 31. 12. 2010 zu 31. 12. 2009 angepasst	
	Mrd €	Mrd €	Mrd €	Mrd €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17,7	65,7	70,2	- 48,0	- 73,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29,7	48,5	53,2	- 18,8	- 38,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	30,3	31,6	44,1	- 1,3	- 4,1
Handelsbestand	84,3	n/a	n/a	n/a	n/a
Treuhandverbindlichkeiten	0,6	0,3	0,3	0,3	100,0
Sonstige Passiva	3,4	12,5	12,7	- 9,1	- 72,8
Nachrangige Verbindlichkeiten/ Genusssrechtskapital	2,8	3,3	3,3	- 0,5	- 15,2
Eigenkapital	4,5	4,5	4,6	0,0	0,0
Bilanzsumme	173,3	166,4	188,4	6,9	4,1
Eventualverbindlichkeiten	4,6	5,3	7,4	- 0,7	- 13,2
Andere Verpflichtungen/Kreditzusagen	17,2	28,6	36,3	- 11,4	- 39,9
Geschäftsvolumen	195,1	200,3	232,1	- 5,2	- 2,6

Kreditvolumen

Das Kreditvolumen zum 31. Dezember 2010 beträgt – ohne Berücksichtigung der beizulegenden Zeitwerte aus Derivaten – 76,9 (Vorjahr 162,6) Mrd €. Der angepasste Vorjahresvergleichswert umfasst die im Posten Forderungen an Kunden ausgewiesene Ausgleichsforderung an die EAA.

Forderungen aus Reverse-Repo-Geschäften und Zinswaps in Höhe von zusammen 35,0 Mrd € weisen wir infolge der BilMoG-Umstellung nicht mehr unter den Forderungen (Kreditvolumen), sondern unter dem Handelsbestand aus. Für die dem Handelsbestand angehörenden Termingelder, nicht börsenfähigen Wertpapiere und gestellten Barsicherheiten, die im Zusammenhang mit derivativem Geschäft stehen, gilt dies entsprechend.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen gab es weitere Rückführungen von Liquiditätslinien gegenüber Zweckgesellschaften.

Kreditvolumen

	31. 12. 2010	31. 12. 2009 angepasst	31. 12. 2009	Veränderung 31. 12. 2010 zu 31. 12. 2009 angepasst	
	Mrd €	Mrd €	Mrd €	Mrd €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	11,7	54,9	55,8	- 43,2	- 78,7
Forderungen an Kunden	43,4	73,8	69,5	- 30,4	- 41,2
Eventualverbindlichkeiten	4,6	5,3	7,4	- 0,7	- 13,2
Andere Verpflichtungen/Kreditzusagen	17,2	28,6	36,3	- 11,4	- 39,9
Bilanzielles Kreditvolumen	76,9	162,6	169,0	- 85,7	- 52,7
Nettomarktwert Derivate	1,3	n/a	2,2	n/a	n/a
Kreditvolumen insgesamt	78,2	162,6	171,2	- 84,4	- 51,9

Wertpapierbestände soweit nicht Handelsbestand

Die nicht dem Handelsbestand zugeordneten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beziehungsweise Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere betragen zum 31. Dezember 2010 21,9 Mrd € und sind leicht um 1,3 Mrd € gestiegen.

Von den 21,9 Mrd € entfallen 3,2 (Vorjahr 4,5) Mrd € auf Geldmarktpapiere, 18,6 (Vorjahr 15,5) Mrd € auf Anleihen und Schuldverschreibungen und 0,1 (Vorjahr 0,3) Mrd € auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere. Auf Emissionen der EAA entfallen Geldmarktpapiere in Höhe von 2,7 Mrd € und Schuldverschreibungen von 12,0 Mrd €.

Dem Rückgang aus dem geänderten Ausweis der Handelsbestände steht der Zugang der Refinanzierungsmittel der EAA gegenüber.

Handelsbestand

Handelsbestände werden gemäß BilMoG mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags in der Bilanz angesetzt.

Auf der Aktivseite weisen wir zum 31. Dezember 2010 Handelsbestände in einem Volumen von 89,4 Mrd € aus. Davon entfallen auf Derivate 43,4 Mrd €, auf Forderungen, die Reverse-Repo-Geschäfte und Geldhandelsgeschäfte beinhalten, 34,3 Mrd € und auf Wertpapiere 11,7 Mrd €.

Die passiven Handelsbestände von 84,3 Mrd € umfassen mit 43,5 Mrd € derivative Geschäfte und mit 40,8 Mrd € sonstige Verbindlichkeiten. In den sonstigen Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen sind neben den Repo-Geschäften (27,8 Mrd €) Rückgabeverpflichtungen aus Wertpapierleihegeschäften (5,1 Mrd €) und Tages- und Termingelder (2,3 Mrd €) auch Emissionen der WestLB in Höhe von 0,7 Mrd € ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Buchwert der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen beträgt 2,2 (Vorjahr 2,9) Mrd €. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die folgenden Gesellschaften mit einem Buchwert von insgesamt 166,5 Mio € veräußert: WestLB Bank Polska S.A., Warschau, WLB Funding S.A. de C.V. de SOFOM, Mexiko, Banque d'Orsay S.A., Paris und WestLB International S.A., Luxemburg.

Folgende Gesellschaften mit Buchwerten von in Summe 508,3 Mio € wurden auf die EAA übertragen: WestLB Ireland plc, Dublin, WestLB Covered Bond Bank, Dublin, WestLB Asset Management (US) LLC, New York, International Leasing Solutions Japan KK, Tokio und Basinghall Finance plc, London.

Im Geschäftsjahr wurde die Universal Factoring GmbH, Essen, erworben. Gegenstand des Unternehmens ist der An- und Verkauf von Forderungen. Durch den Erwerb der Gesellschaft wurde das bestehende Factoringgeschäft ergänzt.

Einlagen von Kreditinstituten und Kunden

Sowohl die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 17,7 (Vorjahr 65,7) Mrd € als auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 29,7 (Vorjahr 48,5) Mrd € reduzierten sich deutlich. Wesentliche Ursache dieses Rückgangs ist der geänderte Ausweis der Repo-Geschäfte und der aufgelaufenen Zinsansprüche aus Zinsswaps, die gemäß BilMoG dem Handelsbestand zuzuordnen sind.

Von den Verbindlichkeiten bestehen 30,4 Mrd € aus Tages- und Termingeldern und 9,1 Mrd € aus Namenswertpapieren.

Emissionsgeschäft

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen per 31. Dezember 2010 30,3 (Vorjahr 31,6) Mrd € und enthalten im Wesentlichen begebene Schuldverschreibungen in einem Volumen von 26,2 (Vorjahr 28,9) Mrd €.

2010 refinanzierten wir uns durch die Begebung verbriefter Verbindlichkeiten im Umfang von 12,6 Mrd €.

In der besicherten Wertpapierklasse der Pfandbriefe haben wir 2010 insgesamt 2,3 Mrd € begeben. Im Februar 2010 emittierten wir einen Öffentlichen Pfandbrief mit einer fünfjährigen Laufzeit im Volumen von 1,0 Mrd €. Die Emission wurde von 80 Investoren in Deutschland und europaweit gezeichnet. Insbesondere von Banken, Zentralbanken und institutionellen Investoren hatten wir eine hohe Nachfrage.

Im Berichtsjahr führten wir unseren Emissionsplan, der Neuemissionen in einem Volumen von 8 Mrd € vorsah, erfolgreich durch. Wir emittierten unbesicherte Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehn über 10,3 Mrd €. Davon wurden 8,7 Mrd € mit einer durchschnittlichen Laufzeit von vier bis fünf Jahren platziert. Die Schuldscheindarlehn werden im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ beziehungsweise „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ ausgewiesen.

Eigene Mittel

Die WestLB hat ihre Kennzahlen nach den Baseler Eigenkapitalvereinbarungen (Basel II) und der Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien in Form der Solvabilitätsverordnung (SolvV) zu berechnen. Gemäß § 10 KWG beziehungsweise § 2 SolvV hat die WestLB ihre Geschäftstätigkeit in angemessener Höhe mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Im Einzelnen dürfen die Eigenmittel 8% der Summe aus den gewichteten Adressenausfallrisiken, den operationellen Risiken und dem 12,5-fachen Anrechnungsbetrag der Marktrisikopositionen nicht unterschreiten. Die geforderte Eigenmittelunterlegung wurde von der WestLB AG im Jahr 2010 jederzeit übertroffen.

Die bankaufsichtsrechtlich anerkannten Eigenmittel gemäß SolvV setzen sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln zusammen und betragen zum 31. Dezember 2010 für die WestLB AG:

	WestLB AG 31. 12. 2010 Mio € nach SolvV nach Jahresergebnis	WestLB AG 31. 12. 2009 Mio € nach SolvV nach Jahresergebnis
Kernkapital	4.336,0	4.316,1
Eingezahltes Kapital	966,6	2.269,5
Offene Rücklagen	99,2	1.258,8
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	3.440,3	1.112,7
Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	0,0	0,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	- 46,3	- 53,0
Abzugsposten	- 123,8	- 271,9
Ergänzungskapital	2.252,0	2.303,3
Modifiziertes verfügbares Eigenkapital	6.588,0	6.619,4
Drittrangmittel	72,8	73,1
Ungenutzte aber anrechenbare Drittrangmittel	- 9,2	0,0
Eigenmittel nach SolvV	6.651,6	6.692,5

Die Eigenmittel der WestLB AG verringerten sich im Jahr 2010 im Wesentlichen durch den Nettoeffekt aus der Übertragung auf die EAA sowie durch aus der aufsichtsrechtlichen Anrechnung fallende Genussrechte und nachrangige Verbindlichkeiten. Gegenläufig wirkte die Verringerung der Abzugsbeträge im Rahmen des Shortfalls und der nicht konsolidierten Beteiligungen nach § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG bedingt durch die Übertragung von Positionen auf die EAA.

Die Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter erhöhten sich im Jahr 2010 durch die zweite und dritte Tranche der stillen Einlage des SoFFin in Höhe von insgesamt 2.327,6 Mio €. Das gezeichnete Kapital und die Rücklagen reduzierten sich im Gegenzug durch die Übertragung auf die EAA um 2.465,0 Mio €. Die stille Einlage des SoFFin in Höhe von 2.999,3 Mio € stellt Kapital im Sinne von § 10 Abs. 2 a Nr. 8 KWG und somit bis zum Ablauf der vorgesehenen Grandfatheringperiode 2018 hartes Kernkapital dar.

Die in den regulatorischen Eigenmitteln einbezogenen Genussrechte und nachrangigen Verbindlichkeiten der WestLB AG erfüllen die Voraussetzungen für die Anrechenbarkeit nach § 10 Abs. 5 beziehungsweise Abs. 5 a KWG. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung nicht entstehen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation werden Genussrechte und nachrangige Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Genussrechte sind im Ergänzungskapital mit 95,7 Mio € angerechnet worden.

Nachrangige Verbindlichkeiten sind mit 2.302,7 Mio € im Ergänzungskapital angerechnet worden. Die nachrangigen Verbindlichkeiten wurden entsprechend den Emissionsbedingungen bedient.

Auf Basis der gemäß SolvV anrechenbaren Eigenmittel wurden zum 31. Dezember 2010 nach Jahresabschlusseffekten die folgenden Kennziffern ermittelt:

	WestLB AG 31. 12. 2010 Mio € nach SolvV nach Jahresergebnis	WestLB AG 31. 12. 2009 Mio € nach SolvV nach Jahresergebnis
Adressenausfallrisiken	31.998	63.975
Operationelle Risiken	3.258	2.837
12,5-facher Anrechnungsbetrag für Marktpreisrisiken	1.112	1.703
Gesamt	36.386	68.514
Kernkapitalquote	11,9	6,3
Gesamtkennziffer	18,3	9,8

Risikobericht

Im Kapitel „Strukturelle Entwicklungen“ wurde bereits ausgeführt, dass eine nachhaltige Verbesserung des Risikoprofils sowie die Fortsetzung der bereits 2009 eingeleiteten Redimensionierung zu einer deutlichen Reduzierung der Risiken in der WestLB geführt haben. Im Mittelpunkt standen dabei sowohl die Auslagerung als auch der Abbau nicht strategienotwendiger Aktiva und somit die Konzentration auf die Kerngeschäftsfelder.

Die Risikosteuerung erfolgt auf Basis des „Advanced Internal Ratings Based Approach“ (AIRBA) beziehungsweise des „Internal Assessment Approach“ (IAA). Zur Messung operationeller Risiken wendet die WestLB den AMA (Advanced Measurement Approach) Full Use für die WestLB Gruppe an. Zur Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für die allgemeinen und spezifischen Marktpreisrisiken im Handelsbuch sowie für die Fremdwährungsrisiken im Bankbuch wird ein internes VaR-Modell für den Full Use angewendet. Alle Modelle zur Risikosteuerung sind von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zugelassen.

Da die Risikosteuerung der WestLB auf den WestLB Konzern ausgerichtet ist, beziehen sich insbesondere die Zahlenangaben in diesem Risikobericht grundsätzlich auf den WestLB Konzern. Für Kennzahlen, die sich explizit auf die WestLB AG beziehen, ist dies jeweils angegeben.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung

Organisation des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagements der WestLB ist es, das Risikoprofil an der Risikotragfähigkeit der Bank auszurichten, alle Risiken transparent darzustellen und eine vorausschauende, aktive Steuerung zu ermöglichen. Die Kernprozesse des Risikomanagements sind die unabhängige Ermittlung, Überwachung, Analyse und Steuerung der Risiken des Konzerns einschließlich der dazugehörigen Risikoberichterstattung.

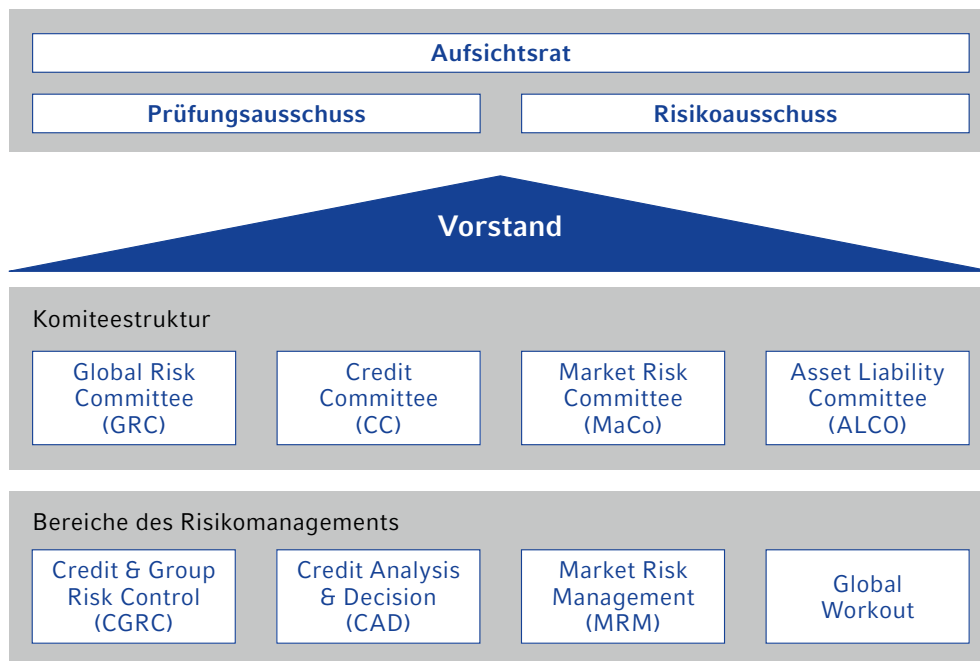
Das Risikomanagement erfolgt gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) organisatorisch unabhängig von den Marktbereichen.

Das Rahmenwerk für die Risikosteuerung der WestLB Gruppe bildet die Gesamtbankrisikostrategie. Sie enthält Grundsätze des Risikomanagements, definiert die wesentlichen Risikoarten gemäß MaRisk und nennt Kernelemente der Risikomanagementprozesse. Bei der Definition der wesentlichen Risikoarten wird festgelegt, welche Risikoarten im ökonomischen Kapital quantifiziert beziehungsweise über spezifische Risikomanagementprozesse überwacht und gesteuert werden.

Die Gesamtbankrisikostrategie wird konkretisiert durch spezifische Risikostrategien für die einzelnen Risikoarten einschließlich der damit verbundenen Geschäftsstrategien.

Der Vorstand legt die jährlich zu überarbeitenden Geschäfts- und Risikostrategien sowie die Grundsätze der Risikopolitik und der Risikosteuerung fest und erörtert diese mit dem Risikoausschuss des Aufsichtsrates. Die bankweite Risiko Governance basiert auf einer unternehmens- und geschäftsbereichsübergreifenden Komiteestruktur, die sich an der Aufbauorganisation des Risikobereichs unter enger Einbindung des Bereichs Treasury orientiert.

Nachfolgend sind die für die Gesamtbanksteuerung verantwortlichen Komitees sowie Risikobereiche dargestellt:



Die Komitees sind verantwortlich für die operative Risikosteuerung gemäß den vom Vorstand festgelegten Geschäfts- und Risikostrategien. Der Chief Risk Officer (CRO) hat den Vorsitz im Global Risk Committee, im Credit Committee und im Market Risk Committee. Die Marktbereiche sind in den Risikokomitees vertreten und stimmberechtigt. Sie können jedoch die Entscheidungen des Risikomanagements nicht überstimmen. Den Vorsitz des Asset Liability Committees nimmt der für den Unternehmensbereich Kapitalmarktgeschäft verantwortliche Vorstand wahr.

Die Verantwortlichkeiten der Komitees umfassen:

- GRC – Übergreifende Risikosteuerung über alle wesentlichen Risikoarten (Ausnahme: Liquiditätspositionen), Allokation des ökonomischen Kapitals, Steuerung des bankweiten Kreditportfolios, Definition des Risikoappetits bezüglich aller Risiko- und Geschäftsstrategien durch Beschlussvorschläge an den Vorstand sowie Genehmigung von bankweiten Risikoprozessen und -verfahren.
- CC – Genehmigung von Kredit- und Beteiligungsanträgen, Steuerung von Kredit- und Beteiligungsrisiken für Einzelnamen beziehungsweise von Einzelkonzentrationsrisiken und Länderrisiken.
- MaCo – Überwachung der Marktpreisrisikopositionen beziehungsweise Strategien, Allokation von Value at Risk (VaR)-Limiten sowie Überwachung der Mark-to-Market-Entwicklung.
- ALCO – Planung und Steuerung der strukturellen Liquidität und der Bilanzstruktur sowie Beschlussvorschläge bezüglich der strukturellen Liquidität und Kapitalerhöhungen.

Eine enge Verzahnung zwischen Vorstand, den Komitees sowie den Risiko- und Marktbereichen wird durch regelmäßige und unabhängige Berichterstattung der Risikobereiche über die Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Beteiligungs-, operationellen Risiken, Reputations- und Rechtsrisiken sichergestellt.

Der Unternehmensbereich Risikomanagement verantwortet nachfolgende Aufgaben:

- CGRC – Risikocontrolling für alle Schlüsselrisiken der Bank sowie Gesamtrisikosteuerung auf Basis der Risikotragfähigkeit, Portfoliomanagement, Kreditportfoliomodell, interne und externe Berichterstattung, Kreditadministration, Entwicklung und Validierung der internen Ratingsysteme, Messung und Steuerung von operationellen Risiken und Management von Reputationsrisiken.
- CAD – Unabhängige Überwachung von Adressenausfallrisiken, insbesondere Kredit-, Emittenten- und Kontrahentenrisiken; Genehmigung von Neuengagements und Überwachung bestehender Adressenausfallrisiken.

- MRM – Unabhängige Überwachung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken; Management von Handelsprodukten für Teilbereiche des Kontrahenten- und Länderrisikos.
- Global Workout – Zentral gesteuertes Management von Kreditengagements mit erhöhtem Risikoprofil oder bereits eingetretenen Leistungsstörungen (Problemkreditbearbeitung und Abwicklung von Krediten). Dieser Bereich wurde zum 1. Mai 2010 aus CAD ausgegliedert und direkt der Verantwortung des CRO unterstellt.

Risikoberichterstattung

Für eine nachhaltige Risikosteuerung und -überwachung ist es essenziell, sämtliche Risiken zu identifizieren, Transparenz über ihre Einschätzung herzustellen und die Ergebnisse entscheidungsrelevant aufzubereiten sowie zu kommunizieren. Damit ist die Risikoberichterstattung eine der Kernaufgaben des Risikomanagements. Den verantwortlichen Komitees, dem Vorstand sowie den Aufsichtsgremien werden unabhängig, regelmäßig und adressatengerecht Informationen über alle risiko- beziehungsweise ertragsrelevanten Entwicklungen der Bank zur Verfügung gestellt.

Die wesentlichen Berichte an den Vorstand sind der tägliche und wöchentliche Marktpreis-/ Liquiditätsrisikobericht und der monatliche „Bericht zur Risikolage der WestLB“, der zudem als Grundlage für die ausführliche Quartalsberichterstattung an den Risikoausschuss des Aufsichtsrates dient. Die zuständigen Komitees treffen entsprechende Entscheidungen beziehungsweise veranlassen Maßnahmen zur Risikopositionierung unter Berücksichtigung der Risikolage und des Risikoappetits der Bank.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) veröffentlicht die WestLB in einem separaten Offenlegungsbericht weitere qualitative und quantitative Informationen. Im Fokus stehen dabei Angaben unter anderem zur Eigenmittelausstattung, zu den eingegangenen Risiken und deren Risikomanagementverfahren einschließlich der verwendeten Berechnungsmethoden zu Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken sowie Kreditrisikominderungstechniken und Verbriefungstransaktionen. Durch die Publikation im Rahmen des Internetauftritts der WestLB wird ein Einblick in die aktuelle Risikosituation auf Basis bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben gegeben.

Darüber hinaus folgt die WestLB einer Empfehlung des Financial Stability Boards (FSB) und der Senior Supervisors Group (SSG), spezielle Portfoliodaten offenzulegen. Im Rahmen dieser zusätzlichen Berichterstattung veröffentlicht die WestLB jeweils zeitnah zu den Geschäfts- und Halbjahresberichten einen FSB-Bericht auf ihrer Website (www.westlb.de/ir).

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko ist definiert als das Risiko möglicher Verluste durch den Ausfall einer vom Geschäftspartner zugesicherten vertraglichen Leistung. Es umfasst das klassische Kreditrisiko ebenso wie Emittenten-, Kontrahenten- und Länderrisiken.

Die Darstellung der Adressenausfallrisiken erfolgt auf Basis des Exposure at Default (EaD) als Hauptrisikomaßeinheit in der Risikoberichterstattung. In der internen Steuerung wird der EaD-Anteil, der durch SolvV-konforme Bürgschaften, Garantien und Credit Default Swaps abgedeckt ist, beim entsprechenden Sicherungsgeber ausgewiesen (Bürgensubstitution), sofern dieser besser geratet ist als der Kreditnehmer.

Unterschiede zwischen der internen Risikosteuerung und der bilanziellen Darstellung sind im Wesentlichen auf eine abweichende Exposure-Definition zurückzuführen, welche auf einer unterschiedlichen Berücksichtigung von Sicherheiten beruht.

Management von Adressenausfallrisiken

Ausgehend von der Geschäftsstrategie hat die WestLB eine gesamtbankübergreifende Strategie für Adressenausfallrisiken („Kreditrisikostategie“) unter Berücksichtigung von Art und Umfang der Geschäfte sowie der geplanten Entwicklung des gesamten Kreditgeschäfts festgelegt.

Diese Strategie setzt den Handlungsrahmen für die geschäftlichen Aktivitäten der WestLB, die mit Adressenausfallrisiken behaftet sind. Die Kreditrisikostategie umfasst die übergeordnete allgemeine Kreditrisikostategie sowie ergänzende, spezifische Einzelkreditrisikostategien für bestimmte Sektoren, Produkte oder Kundengruppen.

Bei der geplanten Entwicklung des Kreditgeschäfts wird der Budgetierung (inkl. Risikokapitalbudget) sowie der Risikoabsorptionsfähigkeit der Bank Rechnung getragen.

Allgemeine Kreditrisikostategie

Die eng mit der Geschäftsstrategie verzahnte allgemeine Kreditrisikostategie legt die Grundsätze der Risikosteuerung fest und definiert die Leitlinien für sämtliche Aktivitäten im Kreditgeschäft. Ein weiteres Kernelement der allgemeinen Kreditrisikostategie ist das Limitkonzept, das sowohl durch gesamtportfoliobezogene Limitierungen für Branchen und Regionen, durch Teilportfoliolimitierungen (z. B. für bestimmte Ratingklassen) als auch durch Einzelkonzentrationslimitierungen einseitige Portfolioentwicklungen verhindert und eine ausgewogene Risikostreuung gewährleistet. Bei der Ableitung von Limiten und Referenzwerten werden auch die Ergebnisse der Stresstests berücksichtigt. Diese Limit-

struktur und ihre zeitnahen Anpassungen haben sich auch in Zeiten der Finanzmarktkrise und dem dadurch ausgelösten weltweiten Konjunkturunbruch als adäquate Steuerungsinstrumente erwiesen. Sie basiert auf einem ausgewogenen Verhältnis von Geschäftsorientierung und Risikoabsorptionsfähigkeit.

Insgesamt wurden 2010 folgende neue Schwerpunkte in der Kreditrisikostategie gesetzt:

- Konzentration auf die Kerngeschäftsfelder
- Anpassung der Limitstruktur an die Neuausrichtung der Bank und die ökonomische Entwicklung
- Steuerung der Geschäftsbereiche auf Basis der Risikotragfähigkeit des Instituts mit entsprechenden Risikokapitalvorgaben
- Differenzierte Steuerung der Konzentrationsrisiken, darunter auch die Berücksichtigung von Ertragskonzentrationen
- Differenzierung der Anforderungen an die Kreditqualität, unter anderem von unbesichertem, nicht-strukturiertem Neukreditgeschäft nach Präsenz- und Nichtpräsenzländern
- Anpassung der risikoadjustierten Ziel- und Mindestrentabilität (RoR) bei unveränderten Vorgaben für die Kernkapitalrentabilität (RoE)

Einzelkreditrisikostategien

Die allgemeine Kreditrisikostategie wird um Einzelkreditrisikostategien für spezifische Sektoren, Kundengruppen oder Produkte ergänzt, soweit diese gemäß Umstrukturierungsplan der WestLB Kerngeschäftsfelder sowie bedeutende Portfolios der Bank abdecken. Die neun festgelegten Einzelkreditrisikostategien beziehen sich auf die nach den EU-Vorgaben und nach der Übertragung von Vermögenswerten in die EAA fortzuführenden Geschäftsfelder der WestLB.

Im vergangenen Jahr wurden qualitative Mindestanforderungen an das Neugeschäft unter Berücksichtigung der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verschärft: Anpassung von Limiten für einzelne Produkte beziehungsweise Produktbereiche, zum Beispiel Portfoliolimite für Assetklassen im kundenbezogenen Verbriefungsgeschäft und ein Produktlimit für die Finanzierung von Agrarrohstoffen. Für das Kerngeschäftsfeld Energie wurde das Portfoliolimit unter anderem im Hinblick auf die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dieser Branche leicht ausgeweitet.

Messung von Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird über interne Ratingverfahren ermittelt, anhand derer Ausfallwahrscheinlichkeiten, Wiedereinbringungsquoten und Ziehungsquoten von externen, nicht ausgenutzten Linien geschätzt werden. Diese Parameter gehen gleichermaßen in die aufsichtliche Meldung sowie in das interne Kreditportfoliomodell ein, das unter gewissen Korrelationsannahmen die Verlustverteilung des Konzernportfolios simuliert und die Basis für die ökonomische Kapitalsteuerung liefert (siehe auch Abschnitte zur ökonomischen Kapitalauslastung und zum Kapital-Stresstesting).

Die WestLB erhielt 2008 die aufsichtsrechtliche Zulassung für die Anwendung des „Advanced Internal Ratings Based Approach“ (AIRBA) beziehungsweise des „Internal Assessment Approach“ (IAA). Eine Kernaufgabe des Risikomanagements wird es weiterhin sein, die zugelassenen Verfahren laufend zu validieren und weiterzuentwickeln. Erfahrungen aus beobachteten und Einschätzungen aus möglichen Krisen werden sorgfältig analysiert und fließen in die kontinuierliche Weiterentwicklung der internen Ratingsysteme, des Kreditportfoliomodells und auch der Stressanalysen ein.

Schwerpunkte der Weiterentwicklung der internen Messsysteme für Adressenausfallrisiken im Jahr 2010 waren:

- Ausbau und Detaillierung der Datenbasis über Ausfälle und Verluste im Kreditgeschäft sowie erweiterte Analysen zur Performance der Ratingverfahren
- Fortführung eines Projekts zur Entwicklung eines IT-Systems für die Beschleunigung der Ratingprozesse (u. a. durch automatisierte Verarbeitung risikorelevanter Informationen) und die Verbesserung der Datenqualität
- Weiterentwicklung der Modelle für die präzise Risikoeinstufung von Projektfinanzierungen mit komplexen Finanzierungsstrukturen, Fonds, Verbriefungen und Staaten
- Erweiterung der Funktionalitäten des Kreditportfoliomodells, um die Anforderungen zur Berechnung der aufsichtlichen „Incremental Risk Charge“ (IRC) zu erfüllen. Das Modell wurde 2010 von der Bundesbank geprüft

Steuerung von Einzelrisiken

Die Höhe individueller Einzelrisiken wird abhängig von Rating (PD) und Ratingverfahren sowie auf Basis des Exposure at Default (EaD) beziehungsweise des Risikokapitalbedarfs gesteuert und limitiert.

Die Prüfung, Bewertung, Überwachung und Steuerung sowie Entscheidung von Adressenausfallrisiken erfolgt auf Basis dokumentierter, bankeinheitlicher Standards und Prozesse. Kernelemente im Risikoprozess sind dabei die Kreditgenehmigung, die laufende Überwachung (sowohl auf Einzelkreditebene als auch auf Portfolioebene) sowie die Erkennung und Behandlung von problembehafteten Engagements.

Jedes neue oder zu prolongierende Einzelgeschäft sowie jede materielle Veränderung eines bestehenden Kreditengagements bedürfen der Genehmigung durch die zuständigen Kompetenzträger. Die Genehmigung basiert auf differenzierter Analyse und unabhängiger Risikobemessung, wobei auch die aktuelle Kreditrisikostategie, Portfolioaspekte, das Gesamtengagement und Risikoertragsrelationen berücksichtigt werden. Die für eine Kreditentscheidung relevanten Ergebnisse werden in einer standardisierten Kreditvorlage dokumentiert. Ratings, die das Ergebnis ausführlich dokumentierter Bewertungsprozesse sind, bei denen sowohl quantitative als auch qualitative Faktoren systematisch beurteilt werden und die die Anforderungen der SolvV an fortgeschrittene IRBA- beziehungsweise IAA-Ratingsysteme erfüllen, sind integraler Bestandteil von Kreditvorlagen und aller damit verbundenen, nachgelagerten Prozesse.

Integrierte Risikomanagementprozesse stellen sicher, dass Kreditfälle mit auffälligem oder erhöhtem Risikoprofil identifiziert und in die Intensiv- beziehungsweise Problemkreditbearbeitung überführt sowie bei Bedarf in ausreichendem Maß mit Risikovorsorge versehen werden. Problemkredite unterliegen einer speziellen Betreuung durch Workout-Teams unter Leitung der Spezialisten des Bereichs Global Workout. Ziel ist dabei eine Verbesserung des Risikos durch ein aktives Management, in der Regel durch entsprechende Restrukturierungs- oder Rückführungsmaßnahmen (inkl. etwaiger Verkäufe auf dem Sekundärmarkt). In insolvenznahen Fällen beziehungsweise bei Insolvenzverfahren ist in Deutschland ein spezialisiertes Abwicklungs- und Verwertungsteam federführend, um die Rückführung des jeweiligen Kredites zu maximieren.

Portfoliosteuerung

Die WestLB steuert ihr Risikoprofil mithilfe des Risikotoleranzkonzepts WestLB Capital Adequacy Programme (WestCAP). Dieses stellt sicher, dass im Rahmen der MaRisk die wesentlichen Risiken des Instituts durch das Risikodeckungspotenzial unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen laufend gedeckt sind. Die WestLB berücksichtigt die Verlustgefahren aus Risikokonzentrationen angemessen in ihrem Risikomanagement. Auftretende Konzentrationen werden regelmäßig überwacht, quantitativ und qualitativ bewertet und im Risikoreporting dargestellt.

Der Bereich CGRC initiiert Maßnahmen zur Steuerung von Kreditrisikopositionen unter Gesamtbank- und Portfoliogesichtspunkten. Außerdem werden laufend die Kreditrisiken auf Portfolioebene überwacht. Zur Vermeidung von Risikokonzentrationen hat die Bank auf Basis der Risikotoleranz ein Gesamtbanklimitsystem abgeleitet. Hierzu werden Limite für die ökonomische Kapitalauslastung den Geschäftsbereichen und Risikoarten zugewiesen.

Eine Limitierung von Konzentrationsrisiken erfolgt dabei sowohl auf Portfolio- als auch auf Einzelkreditebene. Für das Kreditrisiko existieren auf Portfolioebene festgelegte Limite und Referenzwerte für identifizierte Risikobranchen sowie Limite für Regionen und für spezifische Länderrisiken. Ergänzend gibt es Teilportfoliolimite wie zum Beispiel für bestimmte Ratingklassen und Produkte beziehungsweise Assetklassen. Darüber hinaus werden mittels eines speziellen Frühwarnsystems tägliche Marktdatenveränderungen erfasst sowie externe und interne Ratingveränderungen im globalen Kreditportfolio zeitnah identifiziert.

Eine konsequente und zielgerichtete Neugeschäftssteuerung des Portfoliomanagements im Geschäftsbereich CGRC trug entscheidend zur Gewährleistung einer angemessenen Portfoliodiversifizierung bei. Die der Neugeschäftssteuerung zugrunde liegenden Kreditrisikostراتيجien wurden 2010 vor dem Hintergrund der zukünftigen Konzentration auf die Kerngeschäftsfelder angepasst. Zwingende Voraussetzung, um größere Engagements einzugehen, sind plausible und zeitnahe Risikoabbaustrategien (z. B. Primär- und Sekundärmarktverkäufe, Ablösung durch Kapitalmarktprodukte, Absicherung durch Kreditderivate, Abschluss von Kreditversicherungen). Angesichts des sich zwar erholenden, allerdings weiterhin angespannten Marktumfelds werden besonders hohe Anforderungen an die Umsetzbarkeit solcher Strategien zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen gestellt.

Die Erhöhung der Anzahl der sektorspezifischen Limite im Rahmen der Steuerung für Branchen mit hohem Risikokapitalverbrauch beziehungsweise überdurchschnittlicher Risikointensität und die Entwicklung von Referenzwerten hat sich in der Wirtschaftskrise bewährt. Hierzu hat auch wesentlich die 2009 eingeführte 90%-Frühwarngrenze für die limitierten Sektoren beigetragen. Zum Stichtag waren alle Limite und Referenzwerte eingehalten. Für die größten und risikointensivsten Teilportfolios werden regelmäßig Portfoliostrukturanalysen erstellt und dem Global Risk Committee vorgelegt, um zusätzlich zu den Risikostrategien konkrete Handlungsempfehlungen für die Neugeschäftssteuerung in den Sektoren ableiten zu können.

Alle Einzelkonzentrationsrisiken werden auf Basis der in der allgemeinen Kreditrisikostategie festgelegten Limitstruktur monatlich überwacht und auf Abbaumöglichkeiten analysiert. Die Berichterstattung an das Kreditkomitee erfolgt quartalsweise, inklusive ausführlicher Detailanalysen über Ratingmigrationen und Volumenveränderungen, auf deren Basis Einzelmaßnahmen zum Engagementabbau beschlossen werden. Darüber hinaus wird ein Überblick über Reduzierungsmöglichkeiten an den Märkten und risikomindernde Maßnahmen gegeben.

Insgesamt war eine angemessene Diversifizierung des Kreditportfolios auf Kontrahenten- und auf Sektorebene jederzeit sichergestellt.

Ferner hat die Bank eine Begrenzung von Ertragskonzentrationen in ihr Risikomanagementsystem integriert, die auf einer Beschränkung des Anteils der Erträge einer bestimmten Produktart beziehungsweise eines Sektors am Gesamtbudget beruht.

Kreditrisikovolumen aus Portfoliosicht

Das Kreditrisikovolumen aus Portfoliosicht umfasst alle Adressenausfallrisiken und setzt sich aus folgenden Risikoarten zusammen:

- Kreditrisiko – Beinhaltet im Wesentlichen klassische Kredite, Geldmarktgeschäfte sowie Avale und Garantien
- Emittentenrisiko – Resultierend aus Wertpapierpositionen
- Wiedereindeckungsrisiko (potenzieller Verlust aus derivativen Finanzinstrumenten, der durch den zusätzlichen Aufwand eines Neuabschlusses des ausfallenden Geschäfts verursacht würde) – Resultierend aus OTC (Over the Counter)-Derivaten sowie Repo-Geschäften
- Sonstige Risiken

Regelmäßige und detaillierte Auswertungen zum Kreditrisikovolumen im Konzern dienen der Identifikation, Analyse, Bewertung sowie der Steuerung aller Adressenausfallrisiken im Portfolio. Zur internen Steuerung wird das Kreditrisikovolumen regelmäßig anhand verschiedener Parameter, wie zum Beispiel Ratingklassen, Branchen, Regionen, Größenklassen und Sicherheiten, untersucht, insbesondere, um Risikokonzentrationen zu identifizieren und Maßnahmen abzuleiten. Darüber hinaus erfolgt eine monatliche Überwachung des Ratingmigrationsvolumens, um somit frühzeitig Trends in der Risikoentwicklung des Portfolios der Bank erkennen zu können.

Die wesentlichen Risikokennzahlen, die die positive Entwicklung der WestLB durch die erfolgte Auslagerung und den Abbau nicht strategienotwendiger Aktiva dokumentieren, stellen sich zum Stichtag wie folgt dar:

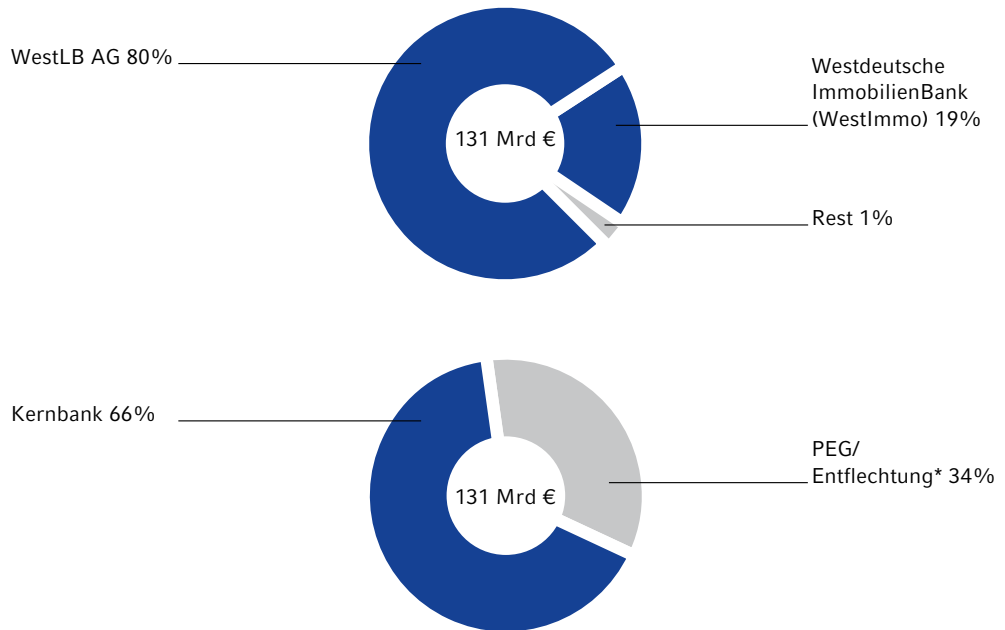
Risikokennzahlen (Mrd €)	31. 12. 2009	31. 12. 2010	31. 12. 2010
	Konzern	Konzern	Kernbank ³
RWA	83,0	48,6	36,2
EaD	161,2	131,1	86,7
Gesamt EL ¹	529	251	191
EC (Ökonomisches Kapital)	3,4	2,6	2,1
Gesamt VaR ¹	140,3	77,1	79,7
Global Watchlist Volumen	14,3	6,9	5,0
NPL netto ²	2,99	1,07	0,77
Bestand Kreditrisikovorsorge ²	1,74	0,95	0,61
Quoten (%)			
Risikodichte (EL/EaD)	0,33	0,19	0,22
Deckungsquote ²	58	89	80
Ø PD/mittleres Rating	2,7/B3	1,9/B1	1,8/B3

1 in Mio €

2 gemäß IFRS; Deckungsquote: Bestand Kreditrisikovorsorge/NPL netto

3 Kernbank: nach Abzug UB Entflechtung/FB PEG; EC exkl. Diversifikationseffekte aus dem Verkauf von Tochtergesellschaften

Aufteilung des Exposure at Default
WestLB Konzern zum 31. Dezember 2010



* Enthält die zu veräußernden Tochtergesellschaften, die per Garantieübernahme der EAA transferierten Geschäfte und die derzeit noch von der WestLB bereitgestellte Refinanzierung der EAA.

Aufteilung nach Unternehmensbereichen

	Exposure at Default (Mio €)		EL (Mio €)		Risikodichte (%)	
	31. 12. 2009	31. 12. 2010	31. 12. 2009	31. 12. 2010	31. 12. 2009	31. 12. 2010
Verbund & Mittelstand	5.023	4.560	15	20	0,31	0,43
Firmenkunden & Strukturierte Finanzierung	44.642	47.914	146	143	0,33	0,30
Kapitalmarktgeschäft	35.811	32.629	18	26	0,05	0,08
Transaction Banking	788	665	0	0	0,05	0,04
Sonstige	765	952	1	1	0,13	0,14
Kernbank	87.030	86.718	181	191	0,21	0,22
FB PEG/ Entflechtung (inkl. WestImmo)	74.220	44.431	349	61	0,47	0,14
WestLB Konzern	161.249	131.149	529	251	0,33	0,19

Wir steuern die Adressenausfallrisiken auf der Ebene des WestLB Konzerns. Im Konzern entfallen 80% des EaD auf die WestLB AG, daher haben die folgenden weitergehenden Portfoliobetrachtungen auf Konzernebene grundsätzlich auch Gültigkeit für die WestLB AG.

Auch 2010 konnten durch selektive Streichung von Kreditlinien, aktive Verschärfung von Kreditvergabekriterien und darüber hinaus durch auslaufendes Geschäft massiv Risikokonzentrationen abgebaut werden. Zusätzlich führte die Übertragung nicht strategienotwendiger Aktiva auf die EAA zu einer nachhaltig verbesserten Portfoliostruktur. Zu einem gegenläufigen Effekt im EaD-Volumen führte hierbei die seit Mitte des Jahres durch die WestLB bereitgestellte und sukzessiv abzulösende Refinanzierung der EAA.

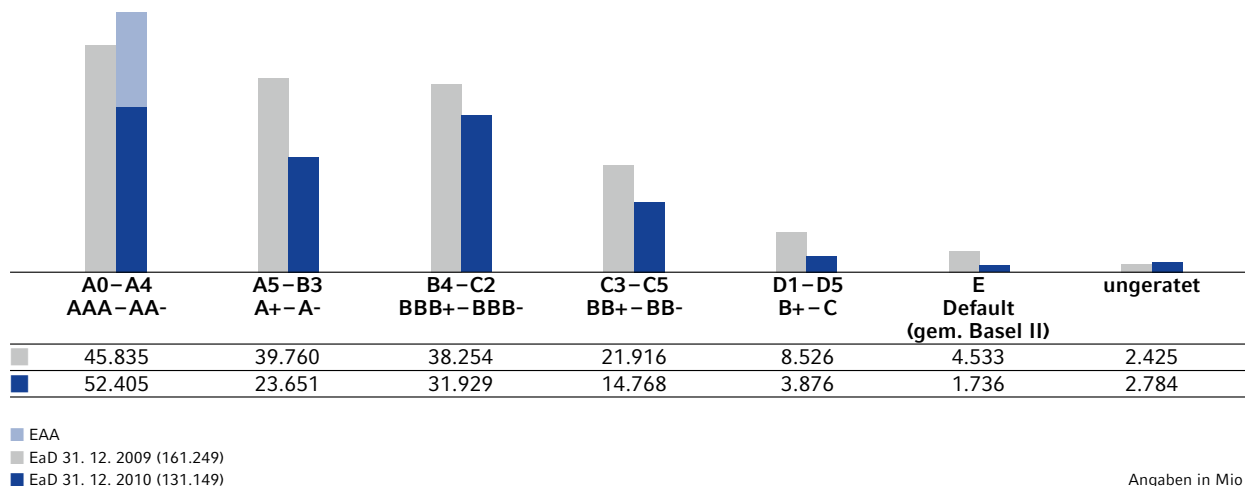
Aufteilung nach Risikoarten (Exposure at Default)

WestLB Konzern

Exposure at Default (in Mrd €)	31. 12. 2009	31. 12. 2010
Kreditrisiko	104	83
Emittentenrisiko	46	37
Wiedereindeckungsrisiko	11	11
	161	131

Nachfolgende Grafik zeigt die Historie der internen Basel-II-konformen Ratingklassenverteilung:

Aufteilung nach Ratingklassen im WestLB Konzern (Exposure at Default)

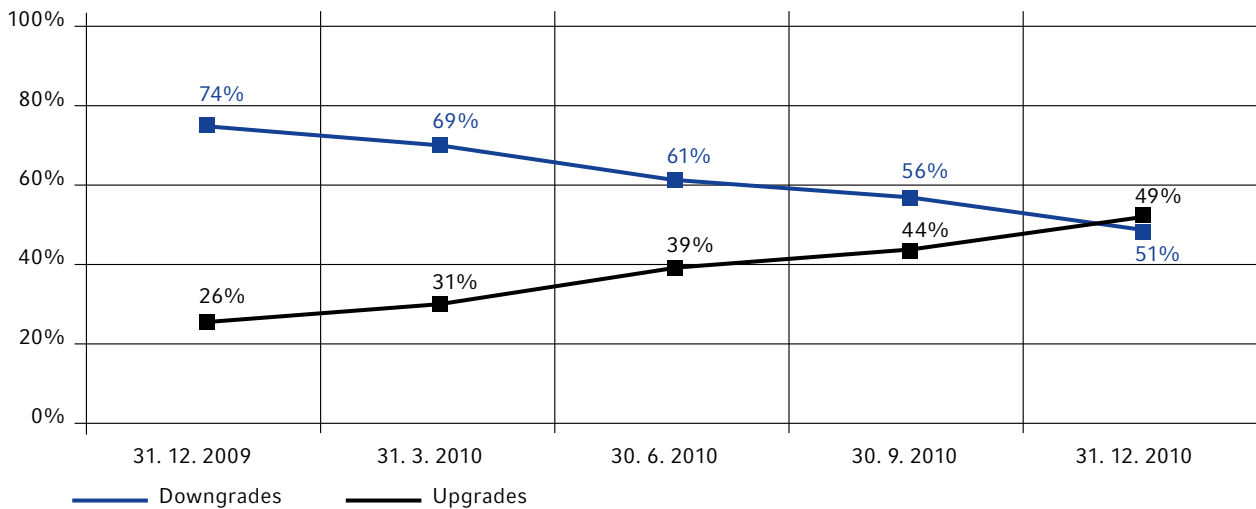


Die deutlich verbesserte Portfolioqualität nach Übertragung auf die EAA zeigt sich insbesondere in der Ratingverteilung. Der Investment Grade-Anteil (A0 bis C2) am gerateten Gesamtportfolio von 81% (ohne Berücksichtigung der Refinanzierung für die EAA) zeigt die hohe Qualität des Gesamtportfolios. Das Engagementvolumen mit Kunden im Sub Investment Grade-Bereich geht um 15 Mrd € (-42%) sichtlich zurück, 72% des Engagements entfallen auf Kunden in den besseren Ratingklassen des Sub Investment Grade-Bereichs (C3 bis C5).

Die EaD-gewichtete Ausfallwahrscheinlichkeit des Kreditportfolios im WestLB Konzern verbessert sich deutlich von 2,7% auf 1,9%. Das mittlere Rating des Kreditportfolios, definiert als EaD-gewichteter Median, ist B1.

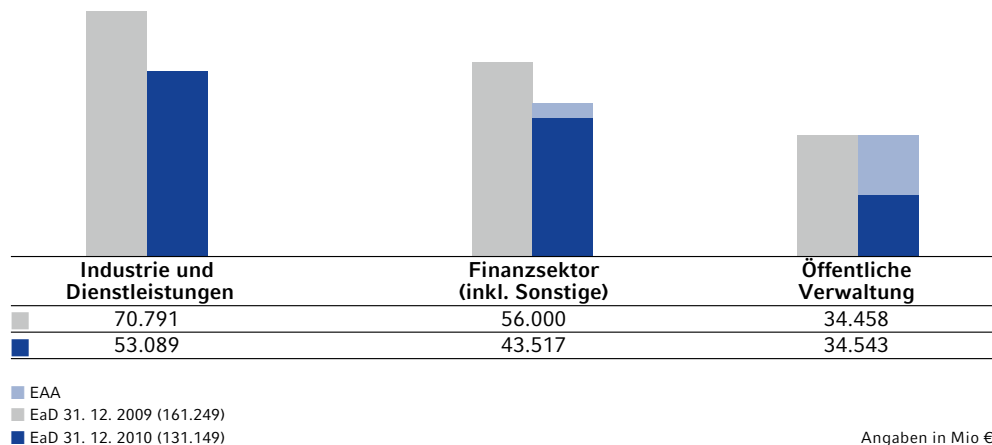
Das mittlere Rating für die Kernbank liegt bei B3, die EaD-gewichtete Ausfallwahrscheinlichkeit bei 1,8%.

Verteilung Ratingmigration im WestLB Konzern (auf Basis Exposure at Default)



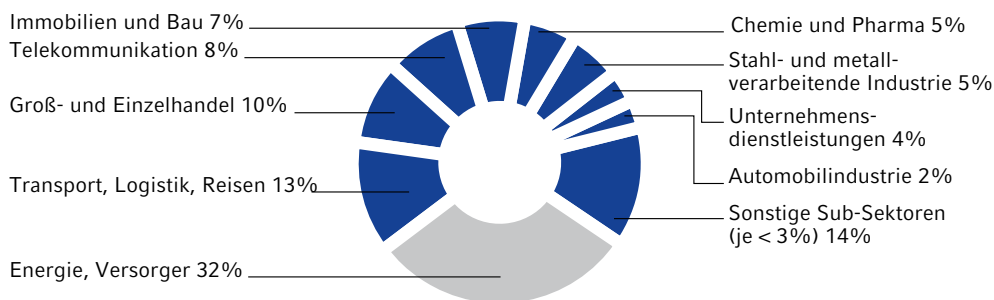
Die Ratingverschlechterungen und Ratingverbesserungen haben sich in den ersten drei Quartalen deutlich aufeinander zubewegt. Im vierten Quartal überwiegen die Ratingverbesserungen.

Aufteilung nach Branchen im WestLB Konzern (Exposure at Default)



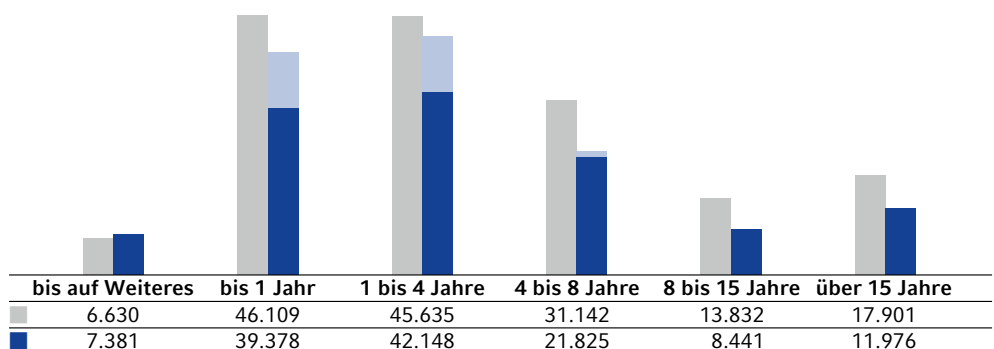
Der branchenbezogene Schwerpunkt liegt mit 40% im Industrie- und Dienstleistungssektor, gefolgt vom Finanzsektor (33%). Ohne Berücksichtigung der vorläufigen Refinanzierung für die EAA läge der EaD-Anteil des Industrie- und Dienstleistungssektors bei 48% und des Finanzsektors bei 35%.

Aufteilung des Industrie- und Dienstleistungssektors nach Sub-Sektoren der WestLB AG (zum 31. Dezember 2010)



Der größte Sektor Industrie und Dienstleistungen setzt sich aus 15 Sub-Sektoren zusammen und ist somit breit diversifiziert. Der Sub-Sektor Energie, Versorger spiegelt mit 32% EaD-Anteil eines der Kerngeschäftsfelder der Bank wider. Zusätzlich besteht im Industrie- und Dienstleistungssektor ein EaD-Volumen in Höhe von 21 Mrd € bei der WestImmo. Für folgende Einzelsektoren sind spezifische Limite festgelegt: Immobilien und Bau; Energie, Versorger; Transport, Logistik, Reisen; Groß- und Einzelhandel; Telekommunikation; Automobilindustrie.

Aufteilung nach Laufzeiten im WestLB Konzern (Exposure at Default)

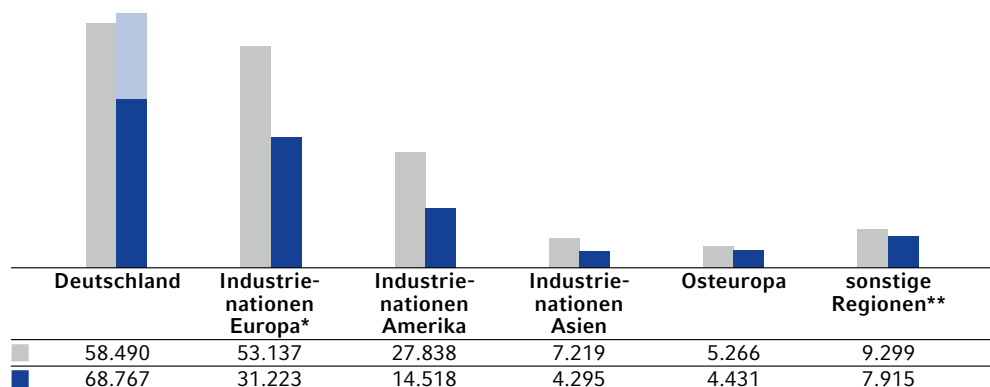


■ EAA
 ■ EaD 31. 12. 2009 (161.249)
 ■ EaD 31. 12. 2010 (131.149)

Angaben in Mio €

Die Verteilung innerhalb der Laufzeitbänder (ohne Berücksichtigung der Refinanzierung für die EAA) ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert; die Reduktion des Exposure at Default verteilt sich auf fast alle Laufzeiten gleichermaßen. Der laufzeitbezogene Schwerpunkt der Engagements liegt mit einem Anteil von 64% auf den mittel- bis langfristigen Laufzeiten „1 bis 4 Jahre“ beziehungsweise „über 4 Jahre“. Bei den mittel- bis langfristigen Engagements handelt es sich nahezu ausschließlich um Kreditgeschäft (überwiegend Firmen-/Immobilienkunden und Staaten).

Aufteilung nach Regionen im WestLB Konzern (Exposure at Default)



■ EAA
 ■ EaD 31. 12. 2009 (161.249)
 ■ EaD 31. 12. 2010 (131.149)

Angaben in Mio €

* ohne Deutschland

** Mittlerer Osten und Afrika, Emerging Markets Amerika, Emerging Markets Asien

Die regionale Verteilung beinhaltet sowohl das länderrisikorelevante Fremdwährungsgeschäft (Transferrisiko) als auch das Lokalwährungsgeschäft. Deutschland und die europäischen Industrienationen stellen nach der Übertragung nicht strategienotwendiger Aktiva auf die EAA mit 76% (72% ohne Berücksichtigung der Refinanzierung für die EAA) weiterhin den bedeutendsten Anteil im Kreditportfolio. Der Anteil des Engagements in Schwellenländern (inkl. Osteuropa) liegt bei moderaten 9%.

Problembehaftete Kreditengagements und Risikovorsorge

Problembehaftete Kreditengagements werden zentral und konzernweit in der WestLB Global Watchlist (GW) erfasst. Sie ist die konzernweite Grundlage für die Risikosteuerung und das Risikomanagement kritischer Bonitätsrisiken. Als Frühwarnsystem gemäß MaRisk definiert, dient sie zur Erfassung, Überwachung und Berichterstattung von Einzelkreditengagements sowie von Kreditportfolios,

- die ein auffälliges beziehungsweise erhöhtes Risikoprofil, erwartete Leistungsstörungen oder bereits eingetretene Leistungsstörungen gemäß Basel II aufweisen oder

- für die aufgrund teilweiser oder gänzlich eingestellter Kreditrückzahlungen eine spezifische Risikovorsorge gebildet wird (notleidende Kredite).

Die Aufnahme in die WGW erfolgt nach festgelegten Risikoindikatoren in verschiedene Kategorien. Die Risikoindikatoren werden periodisch einer Überprüfung („Backtesting“) unterzogen und gegebenenfalls entsprechend adjustiert. Die in der WGW erfassten Informationen und Daten werden kontinuierlich gepflegt und überwacht, um eine regelmäßige Berichterstattung über die aktuelle Risikolage dieser Kredite sowie die Risikovorsorgesituation der Bank an die Gremien (Credit Committee, Global Risk Committee, Vorstand, Risikoausschuss des Aufsichtsrates) durchführen und gewährleisten zu können.

Kreditengagements mit auffälligem Risikoprofil werden darüber hinaus zur Überwachung in die Intensivkreditbearbeitung übernommen. Kreditengagements mit erhöhtem Risikoprofil oder bereits eingetretenen Leistungsstörungen sowie notleidende Kredite werden gemäß MaRisk in die Problemkreditbearbeitung (Bereich Global Workout) transferiert.

Das Volumen problembehafteter Kreditengagements wurde 2010 von 14 Mrd € auf 7 Mrd € halbiert. Dies konnte durch die Auslagerung nicht strategienotwendiger Aktiva in die EAA, aktive Begrenzung des Verlustpotenzials durch Exposurereduzierungen sowie verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen erreicht werden.

Kreditrisikovorsorge

Die als Kreditrisikovorsorge ausgewiesenen Beträge umfassen die aus der Bewertung des akuten und latenten Adressenausfallrisikos resultierenden GuV-Effekte für die WestLB AG:

Risikovorsorgeergebnis – Kreditgeschäft

	Zuführung Wertbericht. Mio €	Auflösung Wertbericht. Mio €	Netto Wertbericht. Mio €	Sonst. Risiko- aufw./-ertrag Mio €	Risikovorsorge- ergebnis Mio €
Akutes Adressenausfallrisiko	- 207,9	111,7	- 96,2	0,6	- 95,6
Bonitätsrisiko	- 203,3	104,0	- 99,3	1,7	- 97,6
Länderrisiko	- 4,6	7,7	3,1	0,0	3,1
Sonstiges Risiko	0,0	0,0	0,0	- 1,1	- 1,1
Latentes Adressenausfallrisiko	- 16,1	10,0	- 6,1	0,0	- 6,1
	- 224,0	121,7	- 102,3	0,6	- 101,7

Ergänzend verweisen wir auf die Angaben zur Kreditrisikovorsorge im Abschnitt „Ertragslage“ sowie auf die Ausführungen im Anhang.

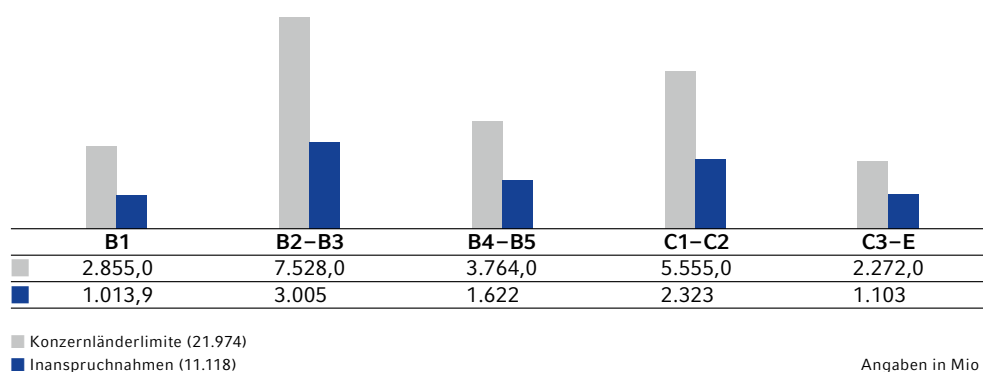
Länderrisiko

Wir definieren das Länderrisiko als das Risiko, dass ein Kreditnehmer seine Fremdwährungsverbindlichkeiten aufgrund eines von der Regierung des Landes verhängten Transferstopps oder aufgrund einer Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage seines Landes nicht (mehr) bedienen kann. Demnach sind alle Engagements, die nicht in der nationalen Währung des Kreditnehmers herausgelegt sind, potenziell mit einem Länderrisiko behaftet und in ein Länderobligo einzustellen.

Alle für die Bank relevanten Länder erhalten ein internes Rating. Abhängig vom Länderrating wird ein Länderlimit vergeben, das sich neben diesem Rating an der Größe des Landes und der Risikotragfähigkeit der Bank orientiert. Die Genehmigung der einzeln beschlossenen Länderlimite sowie die Genehmigung einer möglichen Abweichung vom rechnerischen Limit im Einzelfall erfolgt durch das Credit Committee. Die Kundengeschäftsbereiche steuern die Ausnutzung eigenverantwortlich, maximal bis zur Höhe der festgelegten Länderlimite.

In den Jahren 2008/2009 hatte sich die Risikolage durch den weltweiten wirtschaftlichen Abschwung infolge der Finanzmarktkrise laufend verschlechtert, und viele Schwellenländer waren durch die sinkende Exportnachfrage aus Industrieländern und den Rückgang der Rohstoffpreise empfindlich getroffen worden, sodass in Einzelfällen Stützungskredite des Internationalen Währungsfonds und in Europa durch den Europäischen Stabilisierungsmechanismus notwendig wurden. Bei einer weitgehenden Stabilisierung der ökonomischen Lage 2010 waren nach den signifikanten Länderlimitreduzierungen im Vorjahr nur noch in wenigen Einzelfällen Rating-Downgrades und Länderlimitreduzierungen notwendig.

Auslastung aller limitierten Länder nach Länderratingkategorien zum 31. Dezember 2010, WestLB Konzern



Über die auf Schwellen- und Entwicklungsländer ausgerichtete Länderlimitsteuerung hinausgehend steht seit 2009/2010 auch das Engagement in einigen Industrieländern, insbesondere bei stark verschuldeten EWU-Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien – und hier insbesondere das direkte Staatsexposure (inkl. Gebietskörperschaften und garantierte Transaktionen) – im Fokus einer strikteren Risikoüberwachung. Die umfangreichen Rettungsmaßnahmen von EU und IWF tragen hier zu einer Stabilisierung der Lage bei. Im Rahmen der Übertragung nicht strategienotwendiger Aktiva auf die EAA reduzierte sich das Staatsexposure in ganz Europa und insbesondere auch den PIIGS- Staaten erheblich gegenüber dem Vorjahr. Auch nach der Übertragung wurde das Kernbank-Exposure mit Staaten wie Portugal und Irland im Geschäftsjahr weiter reduziert.

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen des CEBS Stresstests veröffentlichte die Bank ihr Staatsexposure (inkl. Gebietskörperschaften und garantierte Transaktionen) im Handels- und Bankbuch. Für die Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien beträgt das Gesamtexposure (EaD) für die Kernbank zum 31. Dezember 2010 1.711 Mio €. Die jeweiligen Exposures (EaD) je Land sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Land	EaD (Mio €)
Portugal*	158
Italien	798
Irland	14
Griechenland	97
Spanien	644

* Es besteht eine zusätzliche Handelsbuchposition in Höhe von – 89 Mio €.

Die jeweiligen Exposures (EaD) mit Banken sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Land	EaD (Mio €)
Portugal	50
Italien	196
Irland*	350
Griechenland	2
Spanien	284

* 342 Mio € Exposure entfallen auf die EAA-Tochtergesellschaft EAA Covered Bond Bank.

Adressenausfall- und Länderrisiken aus Handelsgeschäften

Die Adressenausfallrisiken im Handelsgeschäft unterteilen sich in das Wiedereindeckungsrisiko (Pre-Settlement-Risiko) aus Derivatgeschäften, Emittentenrisiko aus Wertpapiergeschäften, Settlement-Risiko aus Fremdwährungsgeschäften und Wertpapiergeschäften sowie Kreditrisiko aus Geldmarktgeschäften. Die Adressenausfallrisiken fließen nach Maßgabe der internen Regelungen auch in die Länderrisikoberechnung ein.

Die Ermittlung des Emittentenrisikos aus Wertpapiergeschäften basiert maßgeblich auf dem Mark-to-Market-Ansatz. Zur Ermittlung der Wiedereindeckungsrisiken aus Derivatgeschäften setzt die WestLB auf einem Monte Carlo-Verfahren basierende Portfolio-Simulationsmethoden ein. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden täglich auf die entsprechenden Kreditlinien angerechnet.

Die WestLB hat interne Standards zur Anerkennung risikomindernder Maßnahmen in der Linienanrechnung etabliert. Dazu zählen zum Beispiel Regelungen zur Aufrechnung von Kauf- und Verkaufpositionen im Wertpapiergeschäft sowie Standards zur Anerkennung von Close-out-Netting und Sicherheiten im OTC-Derivatgeschäft, das unter marktüblichen Rahmenverträgen abgeschlossen wurde. Die Genehmigung von Standards zum Close-out-Netting und zur Anerkennung von Sicherheiten unterliegt der Verantwortung des Netting Committees, einem Unterkomitee des Global Risk Committees.

Das Adressenausfallrisiko aus OTC-Derivaten wird im Rahmen von Credit Value Adjustments (CVA) handelsunabhängig bewertet und aktiv vom CVA Desk gesteuert.

Beteiligungsrisiken

Das Beteiligungsrisiko stellt Risiken aus Bereitstellung von Nachrang- und Eigenkapital dar. Die Beteiligungsrisiken werden in der WestLB konzernübergreifend gesteuert. Der Bereich Corporate & Structured Finance Products verantwortet Beteiligungen aus dem Bereich Private Equity/Mezzanine-Finanzierungen. Strategische Beteiligungen und Konzernunternehmen begleitet der Bereich Konzernentwicklung. Die Einheiten überwachen und steuern die Risiken aus diesen Beteiligungen, bei strategischen Beteiligungen erfolgt dies unter Einbeziehung der ergebnisverantwortlichen Marktbereiche. Dabei gilt jenen Engagements besondere Aufmerksamkeit, die originären unternehmerischen Risiken ausgesetzt sind. Die Marktfolgefunktion gemäß den Vorgaben der MaRisk wird durch den Bereich CAD wahrgenommen.

Ein fortlaufendes Controlling analysiert die bestehenden und zukünftigen Risiken der Beteiligungen. Mithilfe dieser Informationen werden die Beteiligungen aus Gesellschafter-sicht begleitet und im Sinne der Geschäftsstrategie für Beteiligungen gesteuert.

Konzernunternehmen mit eigenem Bankstatus sind darüber hinaus vollständig in die Risiko-steuerung und in die betriebswirtschaftliche Steuerung der Bank einbezogen. Zusätzlich wird ein Teil der Beteiligungen von Fachbereichen begleitet, die auch deren Risikosituation überwachen. Dieser Ansatz ermöglicht eine optimale Betreuung von Unternehmen, die aufgrund ihres Tätigkeitsfeldes eng mit den Aktivitäten des entsprechenden Produktbereichs verzahnt sind. Risiken aus Private Equity/Mezzanine-Finanzierungen werden über Diversifizierungs- und Volumenvorgaben sowie durch Ausstiegsszenarien begrenzt.

Im Hinblick auf die Anforderungen von Basel II nutzt die WestLB zur Ermittlung des ökonomischen Kapitals für Beteiligungsrisiken ein PD/LGD-basiertes Berechnungsmodell. Die Risikomessung erfolgt auf Basis der Banken- und Corporates-Risikogewichtungsformel nach Basel II. Um dem erhöhten Risikogehalt von Eigenkapital- gegenüber Fremdkapitalfinanzierungen Rechnung zu tragen, werden jedoch modifizierte Risikoparameter, Probability of Default of Equity (PDE) und Loss Given Default of Equity (LGDE) verwendet. Diese berücksichtigen das Risiko eines Wertverlustes aus der Beteiligung, das über das reine Ausfallrisiko hinausgeht.

Im Geschäftsjahr 2010 hat sich das Beteiligungsrisiko durch Verkäufe und die Übertragung von nicht oder nicht mehr strategischen Beteiligungen an die EAA stark reduziert. Weitere Risikoreduktionen haben sich durch methodische Verfeinerungen (Durchschaubetrachtung) und Kapitalrückführungen ergeben.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken resultieren aus der Unsicherheit über Preis-, Kurs- und Volatilitätsveränderungen an den Finanzmärkten sowie aus Korrelationen, die zwischen unterschiedlichen Märkten und Produkten bestehen.

Überwachung von Marktpreisrisiken

Die WestLB verwendet die Value at Risk (VaR)-Methode, Stresstests, Sensitivitäten und Nominale, um Marktpreisrisiken aus Handelstransaktionen im Handels- und Bankbuch zu quantifizieren und zu überwachen. Diese Risikomaße und Kennzahlen werden in den Marktpreisrisikostراتيجien als Limite und Schwellenwerte für die Gesamtbank und die einzelnen Portfolios festgelegt und dienen als Grundlage für das laufende Management und die Berichterstattung über Marktpreisrisiken. Die Limite für VaR und die Schwellenwerte für die Stresstests werden direkt aus dem für Marktpreisrisiken allokierten ökonomischen Kapital abgeleitet.

Mit Ausgliederung nicht strategienotwendiger Portfolios in die EAA wurden die Marktpreisrisikostراتيجien und die Allokation von Marktpreisrisikokapital angepasst. Insbesondere der Transfer von strukturierten Kreditprodukten und Anleihen der europäischen Peripheriestaaten verbesserte deutlich das Marktpreisrisikoprofil, was sich in entsprechend geringeren Marktpreisrisikolimiten niederschlägt. Das Volumen in Kreditderivate hat sich unter anderem durch die abgeschlossene Restrukturierung des Corporate Synthetic Obligations (CSO)-Portfolios weiter signifikant reduziert. Der Eigenhandel wurde entsprechend der Auflagen der Europäischen Kommission eingestellt. Demgemäß wurden die Marktpreisrisikostراتيجien angepasst.

Risikokonzentrationen ergeben sich lediglich aus eigenen WestLB Anleihen beziehungsweise dem Risiko sich ändernder WestLB Kreditrisikoprämien, welche im VaR und Stresstest einen sehr großen Anteil haben. Daneben existieren gegenwärtig keine wesentlichen Risikokonzentrationen, und ein zukünftiger Aufbau wird mit einer ausgewogenen VaR-Limitierung und Überwachung der Stresstestergebnisse vermieden. Falls erforderlich, werden Marktpreisrisikokonzentrationen in einzelnen Portfolios und Produktgruppen unter anderem mithilfe der sogenannten Non-VaR-Limite auf Nominale und Sensitivitäten überwacht.

Das VaR-Modell kalkuliert täglich für das Handels- und Bankbuch Zinsänderungs-, Aktien- und Währungsrisiken (inkl. Rohwarenrisiken) einschließlich der jeweiligen Volatilitätsrisiken. Das Modell wurde seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Jahr 2005 zur Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für die allgemeinen und spezifischen Marktpreisrisiken im Handelsbuch sowie für die Fremdwährungsrisiken im Bankbuch zugelassen (Full Use). Für interne Zwecke werden zur Ermittlung des VaR ein Konfidenzintervall von 99% sowie eine eintägige Haltedauer der Positionen unterstellt. Für aufsichtsrechtliche Zwecke wird eine Haltedauer von zehn Tagen angenommen. Das Modell wurde um die Komponenten Krisenrisikobeitrag (Stressed VaR) und Incremental Risk Charge (IRC) erweitert. Die Berechnung der Incremental Risk Charge wurde bereits durch die Bundesbank geprüft. Diese zusätzlichen Risikomaße sind Bestandteil des laufenden internen Marktpreisrisikoreportings.

Durch die VaR-Methode werden die Standardmarktpreisrisiken, nicht aber weitere mögliche Risiken aus Handelsgeschäften abgebildet. Dazu zählen zum Beispiel Liquiditäts-, Konzentrations- und Korrelationsrisiken oder auch Risiken im Zusammenhang mit digitalen Produkten. Solche Risiken werden regelmäßig analysiert und bei entsprechender Materialität mithilfe von Sensitivitäts- und Nominallimiten überwacht.

Darüber hinaus werden wöchentlich historische und parametrische Stresstests kalkuliert, die unabhängig von statistisch beobachteten Eintrittswahrscheinlichkeiten die Auswirkung auch solcher Marktpreisrisiken simulieren, die nicht durch den VaR abgedeckt sind. Die Stresstests wurden einer umfangreichen Überprüfung unterzogen und um Extremszenarien zur weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (weltweite Rezession, sehr starker Aufschwung) erweitert.

Value at Risk

Durch den Portfoliotransfer in die EAA und Verkauf weiterer Betriebsteile im Berichtsjahr reduzierte sich das Marktpreisrisiko gegenüber dem 31. Dezember 2009 um 2,5 Mio € auf einen VaR in Höhe von 6,2 Mio € im Handelsbuch und um 63,2 Mio € auf 77,1 Mio € im WestLB Konzern. Nach Abschluss des EAA-Transfers dominieren nunmehr in der Marktpreisrisikostruktur maßgeblich die Kreditrisikoprämien der Fair Value bewerteten WestLB Eigenemissionen.

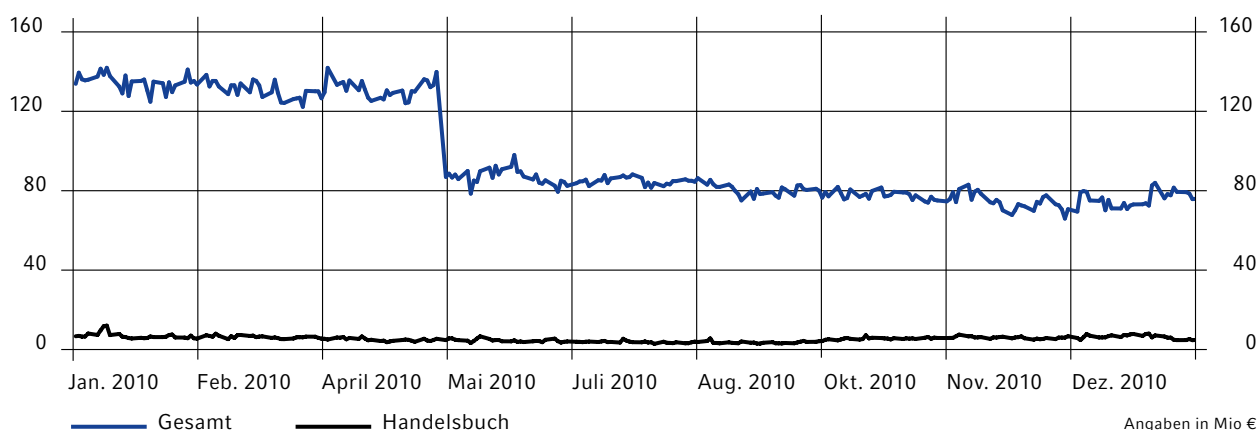
In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken des WestLB Konzerns auf aggregierter Basis dargestellt:

Überblick Value at Risk im Handels- und Bankbuch

Konfidenzniveau 99%/1 Tag	Gesamtauslastung		davon Handelsbuch	
	1. 1.–31. 12. 2010 Mio €	1. 1.–31. 12. 2009 Mio €	1. 1.–31. 12. 2010 Mio €	1. 1.–31. 12. 2009 Mio €
Value at Risk am Stichtag	77	140	6	9
Minimaler Value at Risk	67	137	4	9
Maximaler Value at Risk	143	268	13	22
Value at Risk Durchschnitt	99	224	7	14

Im Jahresverlauf 2010 ergibt sich folgendes Bild:

Entwicklung des VaR im Jahr 2010



Stresstesting

Neben dem VaR sind Stresstests ein weiteres wesentliches Instrument zur Überwachung und Steuerung der Marktpreisrisiken in den Handels- und Bankbüchern der WestLB. Auf den einzelnen Steuerungsebenen ist der Risikoappetit in Form von maximal akzeptierten Verlusten im Stressfall über die Marktpreisrisikostrategien festgelegt und mit ökonomischem Kapital abgedeckt. Die Höhe der unterstellten Stressszenarien orientiert sich dabei an branchenüblichen Stresstesting-Benchmarks wie von der Bundesbank oder der Committee of European Banking Supervisors/European Banking Authority (CEBS/EBA). Die Stressrisiken unterliegen insgesamt einer ebenso rigiden Steuerung wie der VaR.

Das Profil der Stressrisiken verbesserte sich ebenfalls mit der Ausgliederung nicht strategienotwendiger Portfolios in die EAA deutlich. Im Szenario, das unter anderem einen starken Anstieg von Zinsen und Kreditrisikoprämien simuliert, der im statistischen Mittel einmal im Jahr eintritt, wurde zum Jahresultimo ein potenzieller Gewinn in Höhe von circa 400 Mio € erzeugt (Ende 2009: ca. 340 Mio € potenzieller Verlust). Hierbei sorgen die Eigenemissionen für potenzielle Gewinne bei Ausweitung der Kreditrisikoprämien, denen nur geringe Verluste auf der Aktivseite gegenüberstehen.

Neben Szenarien, die die Entwicklung der Kreditrisikoprämie von WestLB Emissionen simulieren, waren weiterhin Zinsszenarien von zentraler Bedeutung. Das Szenario, das eine Erhöhung des Zinsniveaus um 100 Basispunkte simuliert, führte am Jahresultimo 2010 zu einem potenziellen Verlust in Höhe von circa 325 Mio € (Ende 2009: ca. 300 Mio €). Die Zinsszenarien berücksichtigen allerdings nicht das laufende Hedging der strukturierten Zinsbücher und zeigen dadurch Verlustpotenziale, die weit über das hinausgehen, was bei entsprechender Marktentwicklung an Verlusten zu erwarten wäre. Hinsichtlich Aktienrisiken verbesserte sich nach dem Verkauf der Banque d'Orsay das Stressergebnis in dem Szenario, das einen Kursrückgang um 30% simuliert, um ungefähr 60 Mio €. Am Jahresende betrug der potenzielle Verlust ungefähr 35 Mio €.

Die Stressszenarien werden regelmäßig hinsichtlich der aktuellen Marktgegebenheiten und Portfoliostrukturen überprüft und aktualisiert. 2010 kamen weitere Szenarien hinzu, in denen besonders extreme Entwicklungen unterstellt werden, um damit die ganze Bandbreite gerade noch plausibler Szenarien abzudecken.

Als Teil der Stresstests werden für die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch die Barwertänderung relevanter Positionen unter den von der BaFin definierten Zinsschockszenarien „plus 130 Basispunkte“ und „minus 190 Basispunkte“ ermittelt und überwacht.

Per Jahresultimo 2010 hätte ein währungsübergreifender Zinsanstieg um 130 Basispunkte zu einer negativen Wertveränderung zinstragender Positionen im Bankbuch des WestLB Konzerns in Höhe von – 363 Mio € (Veränderung zum Vorjahr: – 76 Mio €) geführt. Der Schwellenwert der Barwertverluste, ab dem für Einzelinstitute die aufsichtsrechtliche Anzeigepflicht greift („Ausreißer-Kriterium“), beträgt 20% der bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel. Dieser Schwellenwert wurde mit maximal 5,9% weder zum Jahresultimo 2010 noch im Verlauf des Jahres erreicht.

Zinsänderungsrisiken im Bankbuch

Mio €	Veränderung der Erträge bei Zinsschock	
	+ 130bp/Delta Vorjahr	– 190bp/Delta Vorjahr
EUR	– 363/– 76	+ 252/– 179

Aufgrund der Vorgaben der in diesem Jahr novellierten MaRisk-Anforderungen sind Eigenkapitalkomponenten nicht mehr Bestandteil der Berechnung des Marktpreisrisikos. Vorzeitige Kreditrückzahlungen werden, soweit technisch möglich, im Marktpreisrisiko berücksichtigt.

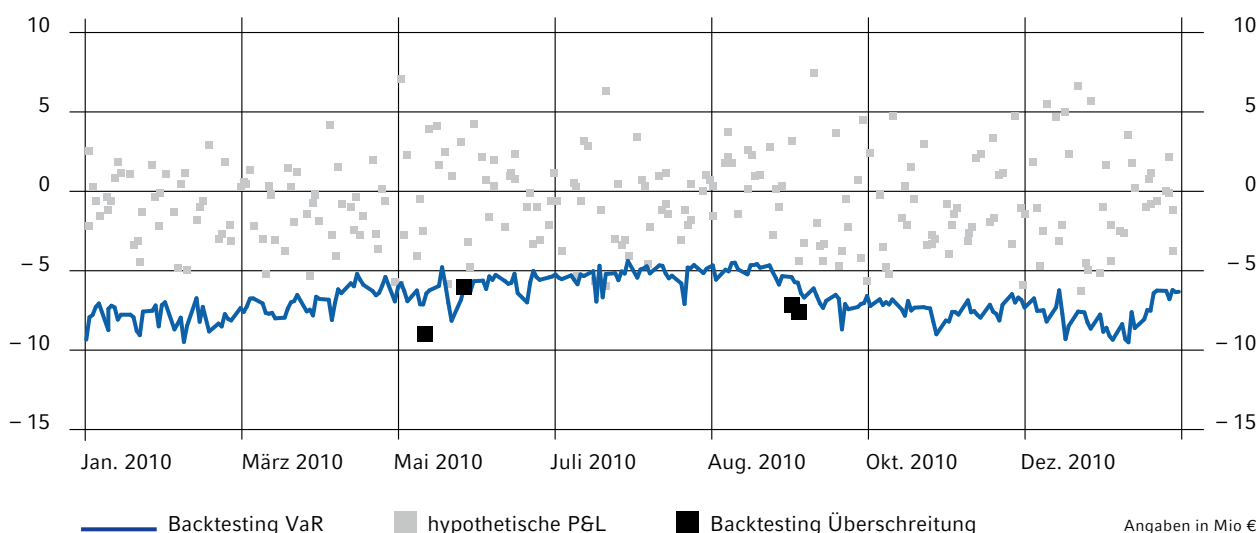
Modellvalidierung und Backtesting

Die relevanten Marktpreisrisikopositionen werden gemäß den Vorgaben der deutschen Bankenaufsicht für die Verwendung interner Marktpreisrisikomodelle kontinuierlich einem sogenannten Backtesting unterzogen. Dabei werden täglich die tatsächlichen Marktwertveränderungen (hypothetische P&L) den durch das VaR-Modell prognostizierten potenziellen Marktwertveränderungen gegenübergestellt.

2010 wurden vier Backtesting-Überschreitungen festgestellt. Ein Zuschlag auf die Eigenkapitalunterlegung ist gemäß regulatorischer Vorgaben somit nicht notwendig.

Zwei Backtesting-Ausnahmen im Mai wurden jeweils durch außergewöhnlich große Bewegungen an den Aktienmärkten ausgelöst. Für zwei weitere Backtesting-Ausnahmen im dritten Quartal waren besonders große Bewegungen an den Rentenmärkten ursächlich. Unsere internen Analysen belegen, dass alle vier Fälle auf seltene Ereignisse zurückzuführen sind, die nicht durch das VaR-Modell zu prognostizieren sind. Damit sehen wir insgesamt die hohe Qualität sowie die Prognosegüte unseres VaR-Modells bestätigt.

Backtesting internes Modell 2010 für das Handelsbuch der WestLB AG



Über das Backtesting hinaus wird unser VaR-Modell einer regelmäßigen Validierung der wesentlichen Modellannahmen unterzogen. Hierbei wird die Gültigkeit und Angemessenheit der wesentlichen Annahmen der VaR-Modellierung unter veränderten Rahmenbedingungen hinsichtlich Marktparametern und Portfoliozusammensetzung überprüft. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden an das Marktpreisrisikokomitee berichtet und ebenfalls der deutschen Bankenaufsicht zur Verfügung gestellt. Im Rahmen dieses Prozesses wird das VaR-Modell kontinuierlich weiterentwickelt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko stellt das Risiko dar, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle eines Liquiditätsengpasses Verbindlichkeiten nur zu erhöhten Marktsätzen refinanziert (Refinanzierungsrisiko) beziehungsweise Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Die Verantwortung für das Liquiditätsmanagement des Konzerns liegt beim Geschäftsbereich Treasury. Darüber hinaus überwacht das Marktrisikomanagement die Liquiditätsrisiken unabhängig. Die regulatorischen Meldungen der Liquiditätsausstattung erstellt der Bereich CGRC. In der Liquiditätsrisikostategie sind für diese einzelnen Horizonte die Berichtsinstrumente und Steuerungsziele definiert. Die Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie legt dann auf dieser Basis die Risikotoleranz für die einzelnen Steuerungsziele fest. Beide werden mindestens jährlich überprüft.

Im Liquiditätsmanagement wird auf der Zeitachse zwischen der operativen, der taktischen und der strategischen Liquidität unterschieden.

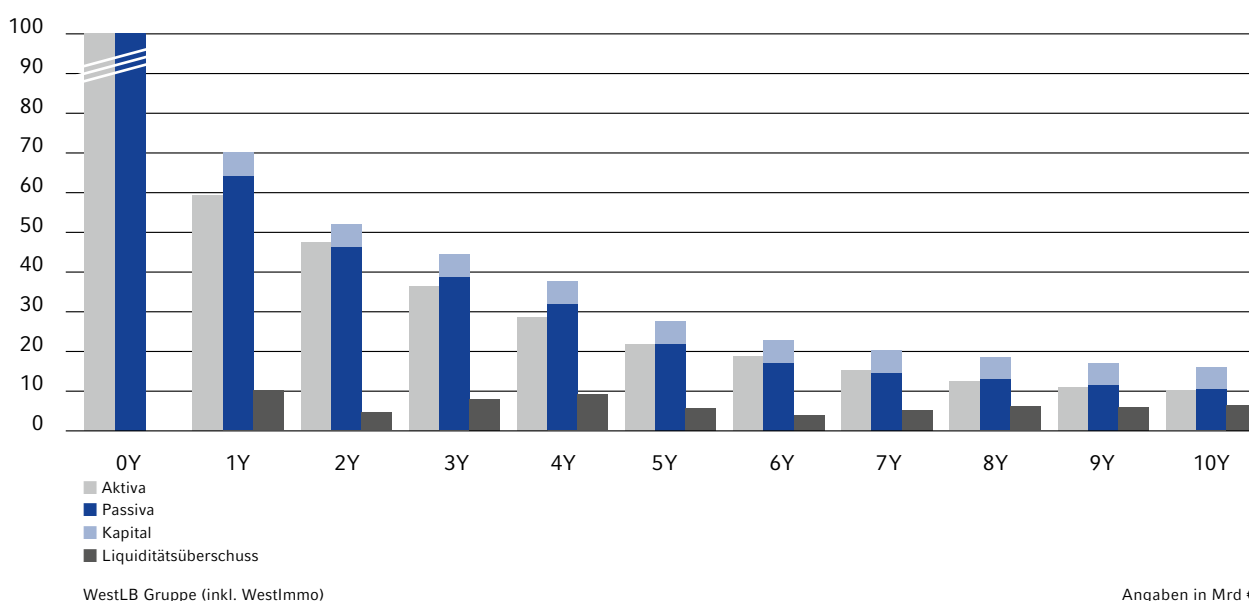
Das Ziel der operativen Liquiditätssteuerung ist die Sicherstellung der untertägigen und kurzfristigen Liquidität für einen Zeitraum bis zu einer Woche. Dazu dienen tägliche Cashflow-Projektionen, der operative Liquiditätsstresstest sowie Projektionen der Entwicklung der Liquiditätsreserve, insbesondere der zentralbankfähigen Sicherheiten.

Die taktische Liquiditätssteuerung dient der Sicherstellung der Liquidität bis zu einem Jahr. Hierzu wird täglich das vertragliche Fälligkeitsprofil aller liquiditätswirksamen Aktiva und Passiva ermittelt und durch potenzielle Ab- und Zuflüsse aus der Liquiditätsreserve, modellierten Einlagen, Annahmen zum Zugang zu unbesicherter Refinanzierung sowie Eventualverbindlichkeiten ergänzt. In den taktischen wie auch operativen Stresstests werden entsprechend vordefinierter Szenarien die liquiditätsbezogenen Verhaltensweisen einzelner Komponenten simuliert. Auf dieser Grundlage wurden für die kumulative Liquiditätsposition quantitative Ziele als Risikotoleranz definiert.

Alle in die Stresstests eingehenden Parameter unterliegen einer ständigen Überprüfung („Backtesting“) und Anpassung an veränderte Marktgegebenheiten.

Das strategische Liquiditätsmanagement stellt sicher, dass die Bank ihren überjährigen Liquiditätsanforderungen gerecht werden kann. Mit der Kapitalbindungsbilanz werden mögliche strukturelle Liquiditätsüberschüsse beziehungsweise -engpässe aufgezeigt. Die strategische Risikotoleranz wird auf Basis der Differenz zwischen Aktiva und Passiva nach einem Jahr festgelegt und wurde 2010 jederzeit eingehalten. Außerdem ist die Kapitalbindungsbilanz die Basis für das langfristige Emissionsprogramm.

Kapitalbindungsbilanz



2010 wurde die Liquiditätssteuerung entsprechend der Rahmenbedingungen weiterentwickelt. So wurde die Erstellung der Liquiditätsstresstests auf eine robustere Systemumgebung umgestellt, wodurch operationelle Risiken reduziert werden konnten.

Der bestehende regelmäßige Dialog mit Aufsichtsbehörden und Zentralbanken wurde 2010 fortgeführt.

Bei OTC-Derivate-Geschäften schließt die Bank auf Kundenwunsch Vereinbarungen zur Leistung von Sicherheiten ab. Diese können eine Aufstockung der gestellten Sicherheiten für den Fall vorsehen, dass das Rating der Bank herabgestuft wird. Die Auswirkungen zusätzlicher Sicherheitenstellung auf die Liquiditätssituation der WestLB bei einer Ratingverschlechterung um einen Notch werden im Rahmen des Stresstests „Downgrade Szenario“ simuliert. Dabei wird das jeweils niedrigste WestLB Rating, das von DBRS, Fitch, Moody's und Standard & Poor's veröffentlicht wird, zugrunde gelegt. Das Liquiditätsrisiko, das sich aus den abgeschlossenen Collateral-Vereinbarungen ergibt, ist im Vergleich mit anderen Liquiditätsrisiken überschaubar.

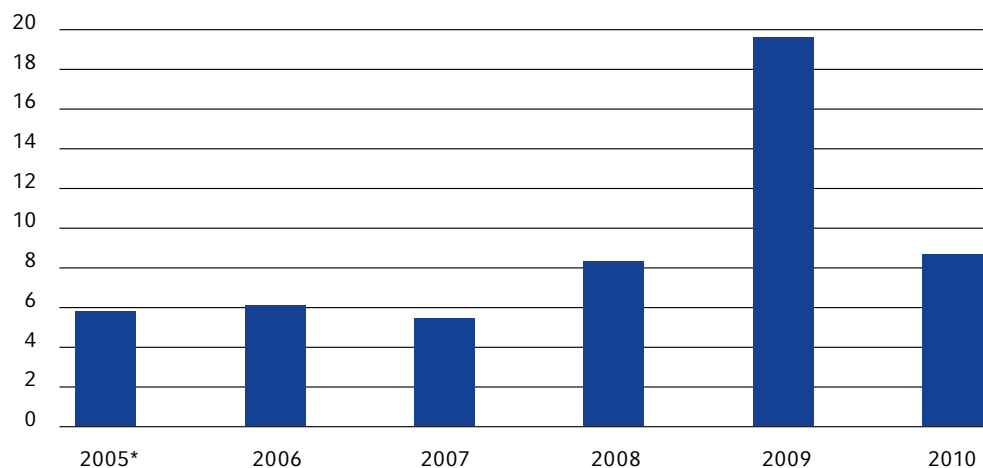
Die Liquidität eines Kreditinstituts wird bankaufsichtsrechtlich anhand der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung (LiqV) beurteilt. Diese Kennzahl setzt die innerhalb eines Monats verfügbaren Zahlungsmittel ins Verhältnis zu den in diesem Zeitraum abrufbaren Zahlungsverpflichtungen. Die Liquidität gilt als ausreichend, wenn die Kennzahl mindestens 1,0 beträgt. In der WestLB belief sich der Wert im Zeitraum Januar bis Dezember 2010 auf durchschnittlich 1,26 und verbesserte sich damit im Vergleich zum Vorjahr (1,14). Die Liquidität des Konzerns war 2010 jederzeit sichergestellt.

Emissionsaktivitäten

Auch 2010 war ein erfolgreiches Jahr für die Emissionstätigkeit der WestLB. Das Fundingprogramm in Höhe von 8 Mrd € für überjährige unbesicherte Schuldtitel war bereits im November 2010 erfüllt. Insgesamt wurden 8,8 Mrd € unbesicherte überjährige Schuldtitel aufgelegt.

Mit einem Anteil von 77% blieb der Sparkassenverbund wie in den Vorjahren die tragende Säule der Refinanzierungsstrategie. Wie auch schon 2009 hatte dabei der Absatz kapitalgarantierter Zertifikate an Sparkassenkunden einen maßgeblichen Anteil (ca. 43%). Ursächlich hierfür war das nachhaltige Niedrigzinsmarktumfeld, aber auch die Leistungsfähigkeit des „Funding Franchise“ mit den Sparkassen.

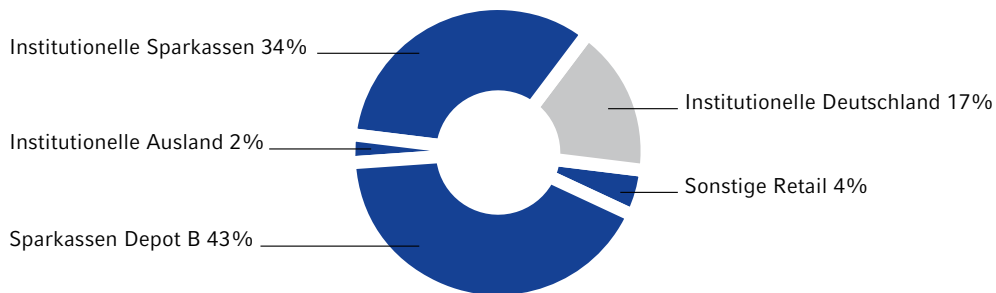
Jährliches Emissionsvolumen (unbesichert, überjährig)



* Emissionsvolumen nach Wegfall der Gewährträgerhaftung im zweiten Halbjahr 2005, annualisiert auf das Geschäftsjahr 2005

Angaben in Mrd €

Unbesicherte Emissionstätigkeit der WestLB AG 2010 nach Investoren



Operationelle Risiken

Operationelle Risiken betreffen die Gefahr von Verlusten, die ihre Ursache(n) in der Unangemessenheit oder dem Versagen von Geschäftsprozessen, Technologie oder des Personals der Bank haben oder als Folge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition umfasst Rechtsrisiken, jedoch keine strategischen und Reputationsrisiken.

Management von operationellen Risiken

Die zentrale Einheit Operational Risk Management (ORM) im Geschäftsbereich CGRC verantwortet das OpRisk-Rahmenwerk und die zugehörigen Instrumente und Richtlinien. Dabei sorgt es konzernweit für die Konsistenz der Steuerung operationeller Risiken, erfasst diese, nimmt Stellung dazu und berät die Geschäftsbereiche des Konzerns. Eine einheitliche Qualität bei der Analyse, Messung, Steuerung und Überwachung der operationellen Risiken wird somit sichergestellt.

Die primäre Verantwortung für das Management operationeller Risiken liegt in den einzelnen Geschäfts- und Funktionsbereichen. Die Bereichsleitung wird dabei vom jeweiligen dezentralen Operational Risk Manager unterstützt, der für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Ansprechpartner in Fragen der Steuerung operationeller Risiken ist. Der dezentrale Operational Risk Manager steht im engen Austausch mit dem zentralen Bereich ORM.

Die Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank für operationelle Risiken erfolgt durch das konzernweit eingeführte E-Learning-Programm und weltweit regelmäßig stattfindende Informationsveranstaltungen. Zusätzlich dienen die regelmäßig stattfindenden OpRisk-Foren in den Regionen (Amerika, Asien-Pazifik, Großbritannien, Kontinentaleuropa) dem systematischen Informationsaustausch zu aktuellen Schadensfällen, die der WestLB und anderen Banken im Zusammenhang mit operationellen Risiken entstanden sind.

Eine enge Zusammenarbeit von ORM mit zentralen Stellen (z.B. Notfallplanung, Revision, Recht und Compliance, Versicherungen, IT- und Non-IT-Security) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen.

Die folgenden OpRisk-Instrumente kommen zum Einsatz:

- Interne/externe Datensammlung
- Risk Self Assessment
- Risikoindikatoren
- Szenarioanalyse
- Maßnahmenverfolgung

Für den Austausch externer Daten ist die WestLB im Datenkonsortium ORX (Operational Riskdata eXchange Association) vertreten.

Zudem kommen Anreizsysteme zum Einsatz, mit denen die Qualität des dezentralen OpRisk-Managements gesteigert werden soll. Dies sind insbesondere:

- Scorecard-Verfahren: Die Qualität des dezentralen OpRisk-Managements wird über verschiedene Kategorien und Kriterien bewertet und verglichen. Infolgedessen wird das im internen Modell kalkulierte (regulatorische und ökonomische) OpRisk-Kapital adjustiert.
- Selbstversicherungsmodell: Die Geschäftsbereiche budgetieren einen Vorsorgebetrag für das Eintreten operationeller Risiken (= Versicherungsprämie). Im Gegenzug erhalten sie im Falle einer Schadenmeldung eine Erstattung (abzüglich Selbstbeteiligung).

Für Schäden, die aus operationellen Risiken entstehen können, ist der Risikotransfer mittels Versicherungen teilweise möglich und unter Kosten-/Nutzen-Erwägungen auch sinnvoll. Die WestLB verfügt auf Konzernebene über einen globalen Versicherungsschutz, der in einem zentralen Versicherungsportfolio zusammengefasst ist. Andere Instrumente zur Risikoverlagerung kommen derzeit in der WestLB nicht zum Einsatz.

Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen der WestLB besteht ein erhöhtes Risiko der Abwanderung bedeutender Leistungsträger, welches trotz frühzeitig eingeleiteter Stabilisierungsmaßnahmen 2010 bereits teilweise eingetreten ist. Im Rahmen der Steuerung der operationellen Risiken wird das Personalrisiko laufend analysiert und bewertet; die Aufsichtsgremien wurden entsprechend informiert. Einen Anstieg operationeller Schäden durch Abwanderungen hat die Bank bislang nicht verzeichnen müssen. Weitere Maßnahmen zur Reduktion zukünftiger Personalrisiken sind geplant; der Dialog hierzu wurde mit den Aufsichtsbehörden und dem SoFFin aufgenommen.

Messung von operationellen Risiken (AMA-Modell)

Seit 2008 wendet die WestLB den AMA (Advanced Measurement Approach) Full Use zur Messung operationeller Risiken für die WestLB Gruppe an.

Das ökonomische Kapital für die interne Steuerung operationeller Risiken wird über das von der WestLB entwickelte Modell bestimmt. Das Modell basiert auf einem Verlustverteilungsansatz. Die Schätzung der Verteilungsparameter erfolgt aus den internen Verlustdaten, den Daten aus dem ORX-Konsortium sowie den Daten aus der Szenarioanalyse.

Es werden Korrelationen der Schadenanzahl (innerhalb eines Geschäftsbereichs über Event Types hinweg) berücksichtigt. Zudem werden für einige Teilbereiche innerhalb des Modells Versicherungsleistungen basierend auf den Parametern Selbstbehalt, maximale Deckungssumme und Eintrittswahrscheinlichkeit mit einbezogen. Dies hat eine geringfügige Reduzierung des operationellen Risikokapitals zur Folge. Die Kapitaladjustierung erfolgt über die BU Scorecard und die Risikoindikatoren. Das Kapital wird auf Geschäftsbereiche und rechtliche Einheiten aufgeteilt.

Das OpRisk-Kapital wird regelmäßig einem Stresstest unterzogen. Auf Basis hypothetischer Szenarioannahmen werden für die betroffenen Basel-II-Ereigniskategorien die Input-Parameter Schadenhäufigkeit, Schadenhöhe und Gewicht variiert (gestresst) und das entsprechende OpRisk-Kapital berechnet. Die Ergebnisse finden jeweils Eingang im bankweiten Kapitalstresstest.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (IKS/RMS) ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Die WestLB hat im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ein der Unternehmenstätigkeit angemessenes IKS und RMS implementiert.

Das rechnungslegungsbezogene IKS/RMS der WestLB umfasst im Wesentlichen Richtlinien und Prozesse, die

- eine angemessene Sicherheit für eine vollständige, zeitnahe, richtige und periodengerechte Erfassung und Buchung von Geschäftsvorfällen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und sonstigen Vorschriften bieten, um eine die tatsächlichen Verhältnisse darstellende öffentliche Finanzberichterstattung sicherzustellen (Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung);
- eine regelmäßige und zeitnahe Information der Entscheidungsträger und Gremien mit den für die Unternehmenssteuerung relevanten Rechnungslegungsdaten gewährleisten (interne Berichterstattung);

- eine angemessene Sicherheit verschaffen, damit nicht genehmigte Anschaffungen und die nicht genehmigte Nutzung oder Veräußerung von Vermögenswerten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Rechnungslegung haben könnten, verhindert oder frühzeitig erkannt werden;
- ein angemessenes Kontroll- und Dokumentationsumfeld bereitstellen (z. B. Funktionstrennung, Einhaltung festgelegter Genehmigungs- beziehungsweise Kompetenzstufen, Einhaltung des Vieraugenprinzips bei der Erfassung von Geschäftsvorfällen, Versand von Geschäfts- und Saldenbestätigungen, geordnetes Belegwesen);
- die Archivierung und Datensicherung von Dokumenten und buchungsbegründenden Unterlagen regeln, die hinreichend detailliert, korrekt und angemessen Auskunft über Geschäftsbewegungen und die Verwendung von Vermögenswerten geben.

Das rechnungslegungsbezogene IKS/RMS unterliegt einer fortlaufenden Überwachung seiner Wirksamkeit. Bestehende technische und fachliche Kontrollen sind regelmäßig Prüfungsgegenstand der internen Revision sowie externer Prüfungen.

Zudem sind die Rechnungslegungsprozesse in den allgemeinen Risikomanagementprozess hinsichtlich der operationellen Risiken der Gesamtbank eingebunden, um Fehler oder Fehlaussagen so weit wie möglich zu verhindern beziehungsweise frühzeitig aufzudecken.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind in elektronischen Handbüchern dokumentiert und weltweit allen Geschäftsbereichen zugänglich. Jahres-, Quartals- beziehungsweise Monatsabschlüsse werden nach einem abgestimmten Terminplan erstellt. Die Einhaltung der Termine wird systemseitig unterstützt und überwacht.

Die zeitnahe Umsetzung und Kommunikation neuer gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen erfolgt in Abhängigkeit vom jeweiligen Umfang und von der Bedeutung für die Bank unter anderem in Form organisatorisch eigenständiger Projekte und durch schriftliche Anweisungen. Dabei werden in Abhängigkeit der Themenstellung alle relevanten Geschäftsbereiche und Managementebenen gemäß den internen Projektrichtlinien eingebunden.

Durch die personelle Einbindung des Rechnungswesens in die relevanten Risiko- und Steuerungskomitees ist sichergestellt, dass strategische und risikobezogene Entwicklungen zeitnah auch in der Rechnungslegung beziehungsweise der Berichterstattung Berücksichtigung finden.

Transaktionen mit neuen Produkten und/oder wesentlichen Special Purpose Entities (SPEs) durchlaufen den dafür vorgesehenen New Product Approval (NPA)- beziehungsweise SPE-Prozess, in den das Rechnungswesen eingebunden ist.

§ 107 Abs. 3 Satz 2 AktG konkretisiert die Überwachungsaufgaben des vom Aufsichtsrat gebildeten Prüfungsausschusses zum Rechnungslegungsprozess, zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionsystems sowie der Abschlussprüfung – hier vor allem der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers –, zur Erteilung der Prüfungsaufträge und zur Angemessenheit des Prüfungshonorars.

Rechtsrisiken

Der Bereich Recht und Compliance verantwortet vorrangig die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken des WestLB Konzerns. Dabei ist er auf eine enge Zusammenarbeit mit sämtlichen Fachbereichen im Konzern angewiesen. Jeder Fachbereich soll die im eigenen Verantwortungsbereich auftretenden oder drohenden rechtlichen Risiken erkennen. Sie werden dann mit den erforderlichen Maßnahmen möglichst umfassend gemindert oder ausgeschlossen. Dabei werden Vorgänge erfasst, die sich aus rechtlichen Gründen Schaden verursachend auswirken können sowie geeignete vorbeugende Gegenmaßnahmen getroffen.

Gegen die WestLB wurde beim Supreme Court of the State of New York eine Klage von Investoren nachrangiger Schuldverschreibungen eingereicht. Die Klage richtet sich gegen die WestLB AG und eine Konzerngesellschaft, die mit dem Management der Investmentgesellschaften befasst war, die die Schuldverschreibungen begeben haben. Diesen wird unter anderem Missmanagement und fehlerhafte Berichterstattung vorgeworfen. Es wird erwartet, dass die Vorwürfe abgewiesen werden. Die WestLB hat zwischenzeitlich ihre Beteiligung an der mitverklagten Konzerngesellschaft einschließlich der anhängigen Prozessrechtsverhältnisse wirtschaftlich rückwirkend zum 1. Januar 2010 im Wege der Bar-Unterbeteiligung auf die EAA übertragen.

Im Dezember 2005 hat die WestLB einen Kredit in Höhe von 100 Mio USD herausgelegt, der grundpfandrechlich durch eine Vielzahl von Immobilienobjekten in den USA besichert war. Im Zusammenhang mit der Verwertung der Sicherheiten wurden gegen die WestLB verschiedene Klagen erhoben, unter anderem mit dem Vorwurf, Ansprüche auf Rückzahlung der Kredite seien wegen überhöhter Kreditzinssätze nicht durchsetzbar. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass die Kläger eine Verletzung entsprechender Rechtsvorschriften nicht erfolgreich geltend machen können. Das wirtschaftliche Risiko aus diesem Engagement ist aufgrund entsprechender Garantien auf die EAA übergegangen.

Die WestLB AG hat den mit einem Service-Provider abgeschlossenen Vertrag zum wesentlichen Teil aus wichtigem Grund vorzeitig beendet. Im Zuge dieser Vertragsbeendigung rechnet die WestLB AG mit eigenen Mehrkosten gegenüber der Planung im zweistelligen Millionenbereich, die sie gegenüber dem Service-Provider geltend zu machen beabsichtigt. Im Verhandlungsweg konnte bislang hierzu kein Ergebnis erzielt werden. Die WestLB AG prüft derzeit die Einleitung gerichtlicher Schritte. Für den Fall einer gerichtlichen Auseinandersetzung wird der Ausgang des Verfahrens maßgeblich vom Ergebnis einer umfangreichen Beweiserhebung abhängen.

Reputationsrisiken

Reputationsrisiko bedeutet die Gefahr eines sich verschlechternden Rufes der WestLB aus Sicht der Anspruchsgruppen/Stakeholder hinsichtlich der Leistungsfähigkeit, Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit der Bank.

Das Reputationsrisiko ist in der WestLB als wesentliche Risikoart über alle Kerngeschäftsfelder und die damit einhergehenden Produkte hinweg definiert. Die Zuständigkeit für die Überwachung von Reputationsrisiken in der WestLB liegt im Operational Risk Management. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit den Bereichen Externe Kommunikation, Group Compliance (inkl. Geldwäsche) und Sustainability Management. Im Rahmen interner Veranstaltungen erfolgt die Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Reputationsrisiken.

Reputationsrisiken, die bei Geschäftsanbahnung auf der Markt- oder der Marktfolgeseite identifiziert werden, ziehen eine spezielle Prüfung des Geschäfts nach sich und können gegebenenfalls zu einer Negativentscheidung führen.

2010 wurde der bereits etablierte RepRisk-Prozess enger in den Kreditprozess eingebunden. Bei relevanten Kreditfällen fließt die RepRisk-Stellungnahme in die Votierung der Marktfolge ein.

Steuerrisiko

Auf eine weitere separate Unterlegung des Steuerrisikos aus strukturierten Transaktionen mit ökonomischem Kapital wird wegen Geringfügigkeit verzichtet. Damit wird dieses Steuerrisiko als keine wesentliche Risikoart mehr für die Bank angesehen und zukünftig nicht mehr Bestandteil des Risikoberichts sein. Für Steuerrisiken aus der Übertragung von Vermögenspositionen und Verbindlichkeiten auf die EAA sowie für andere allgemeine Steuerrisiken bestehen Rückstellungen in angemessener Höhe.

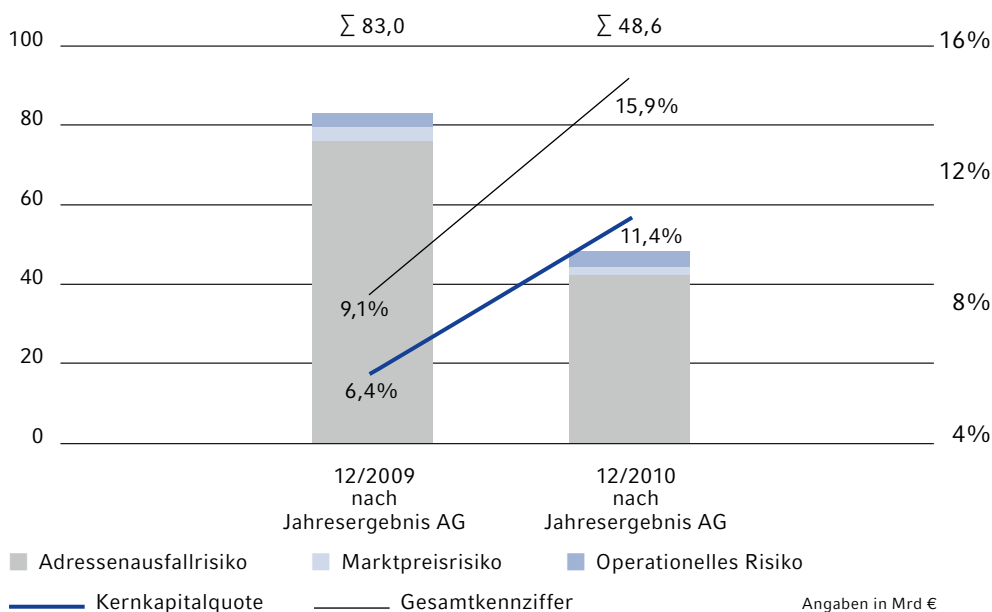
Geschäftsrisiken

Das Geschäftsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass ein Unternehmen seine Ziele als Folge von unternehmerischen Risiken (globale, lokale, branchenspezifische Risiken) sowie Risiken aus den Geschäftsprozessen (Risiken aus der Prozessdurchführung) nicht erreicht.

Die WestLB hat das Geschäftsrisiko als wesentliche Risikoart gemäß MaRisk definiert und in die Berechnung der Risikodeckungsmasse integriert. Die Höhe des Geschäftsrisikos wird mindestens jährlich validiert. Dabei werden anhand eines Szenarioansatzes die realisierten Erträge sowie Aufwendungen ihren budgetierten Werten gegenübergestellt und mögliche Budgetabweichungen der vergangenen Jahre erhoben und der sich daraus ergebende ökonomische Kapitalbedarf ermittelt. Das derzeit integrierte Geschäftsrisiko beruht auf um Sonder- und Diversifikationseffekte (Diversifikation des Geschäftsrisikos mit anderen Risikoarten) bereinigte Abweichungsanalysen für die vergangenen Jahre. Das Geschäftsrisiko wird als Abzugsposten in der Risikotoleranz berücksichtigt.

Kapitalauslastung

Regulatorische Kapitalauslastung des WestLB Konzerns



Die WestLB hat ihre Kennzahlen nach den Baseler Eigenkapitalvereinbarungen (Basel II) und der entsprechenden EU-Richtlinie beziehungsweise der Solvabilitätsrichtlinie (SolvV), zu berechnen. Gemäß § 10 KWG beziehungsweise § 2 SolvV hat die WestLB ihre Geschäftstätigkeit in angemessener Höhe mit Eigenmitteln zu unterlegen. Die geforderte Eigenmittelunterlegung wurde von der WestLB AG Gruppe im Jahr 2010 jederzeit übertroffen.

Zum Jahresende 2010 lagen die regulatorischen Kapitalkennzahlen der WestLB Gruppe nach Jahresabschlusseffekten bei 11,4% (Kernkapitalquote) beziehungsweise 15,9% (Gesamtkennziffer) und damit signifikant über den entsprechenden Vorjahreswerten.

Zu detaillierten Ausführungen verweisen wir auf den Abschnitt „Eigene Mittel“.

Ökonomische Kapitalauslastung (Risikotoleranz)

Gemäß Säule 2 des Basel-II-Rahmenwerks müssen Kreditinstitute über ein Verfahren zur Beurteilung ihrer angemessenen Eigenkapitalausstattung im Verhältnis zu ihrem Risikoprofil sowie über eine Strategie für den Erhalt ihres Eigenkapitalniveaus (Internal Capital Adequacy Assessment Process; ICAAP) verfügen. Mit der Einführung des WestLB Capital Adequacy Programmes (WestCAP) hat die WestLB seit 2004 ein entsprechendes Konzept implementiert, das auf den Anforderungen der Säule 2 sowie auf den MaRisk basiert. Die MaRisk stellen die Umsetzung der Basel II/Säule 2-Anforderungen in deutsches Aufsichtsrecht dar.

Zunächst legt WestCAP die zur Abdeckung potenzieller Verluste zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse fest. Diese Risikodeckungsmasse (auch als ökonomisches Kapital bezeichnet) ist im Wesentlichen identisch mit dem aufsichtlichen Kernkapital des WestLB Konzerns, wobei Hybridkapital aus Tochtergesellschaften nur herangezogen wird, soweit es nicht allein der Verlustabsorption in der jeweiligen Gesellschaft dient. Zusätzlich wird der Saldo aus stillen Lasten und Reserven im ökonomischen Kapital berücksichtigt.

Der Risikodeckungsmasse werden die über einen Horizont von einem Jahr auf Basis eines 2010 erhöhten Konfidenzniveaus von 99,95% berechneten Risiken gegenübergestellt. Dazu werden alle als wesentlich eingestuften Risiken mit internen Modellen quantifiziert und mittels eines Top-Down-Ansatzes zu einem Gesamtrisiko aggregiert. Hierbei wird unterstellt, dass ein Diversifikationspotenzial zwischen den Risikoarten existiert und somit nicht alle Risiken notwendigerweise gleichzeitig schlagend werden. Der Diversifikationseffekt wird dabei im Rahmen der Berichterstattung transparent gemacht. Die Risikoarten, die derzeit mithilfe des ökonomischen Kapitals quantifiziert werden, sind das Kreditrisiko (Verluste aus Kreditausfällen und Ratingverschlechterungen), das Marktpreisrisiko, das Beteiligungsrisiko, das operationelle Risiko und das Geschäftsrisiko. Das Geschäftsrisiko wird als Abzugsposten vom ökonomischen Kapital berücksichtigt, während die anderen Risikoarten in der monatlichen Berichterstattung explizit der verbleibenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt werden.

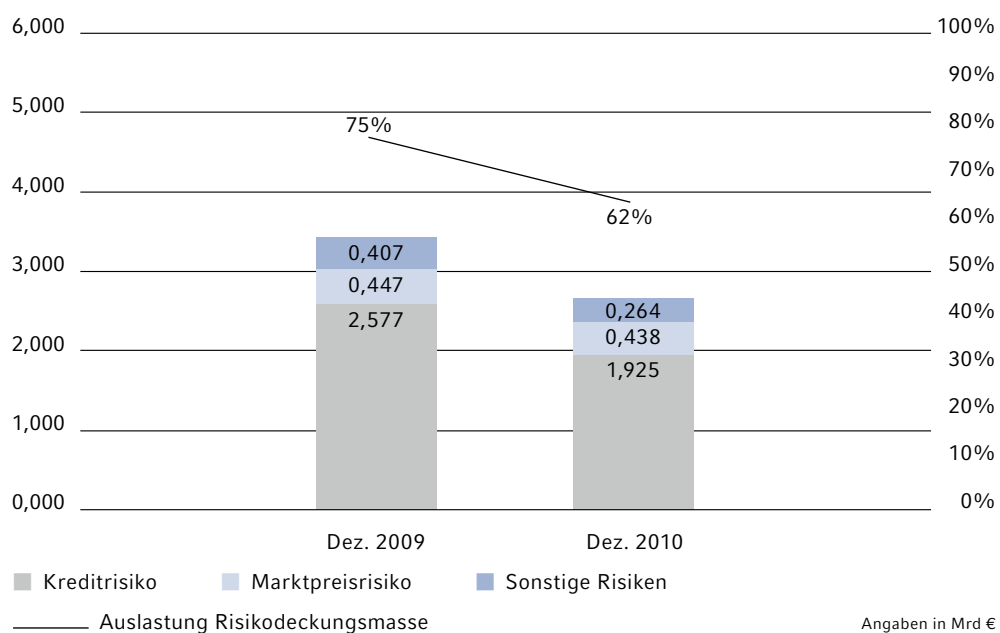
Die ökonomische Kapitalauslastung ergibt sich aus der Relation des Gesamtrisikos zur verfügbaren Risikodeckungsmasse.

Um die ökonomische Kapitalauslastung zu steuern und Konzentrationen im Portfolio zu vermeiden, wird jedem Geschäftsbereich im Rahmen des Budgetprozesses ein ökonomisches Kapitallimit für die einzelnen Risikoarten zugeteilt. Die Limiteinhaltung wird regelmäßig überwacht und im Global Risk Committee berichtet, in dem auch über eventuelle Maßnahmen zur Limiteinhaltung entschieden wird.

Nach der Auslagerung nicht strategienotwendiger Aktiva in die EAA ist die Kapitalausstattung der Kernbank ausreichend, um einen Kapitalpuffer (Differenz aus verfügbarer Risikodeckungsmasse und den Geschäftsbereichen zugeordneten ökonomischen Kapitallimiten) vorzuhalten, der die Risikotragfähigkeit zukünftig auch unter adversen ökonomischen Bedingungen sicherstellt. Dieser Puffer wurde anhand von Stressanalysen zum Zeitpunkt der Auslagerung in die EAA dimensioniert und ergibt sich dadurch, dass die Summe der den Geschäftsbereichen zugeteilten ökonomischen Kapitallimite kleiner als die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse ist (siehe auch Ausführungen im folgenden Abschnitt zum Kapital-Stresstesting).

Die ökonomische Kapitalauslastung lag zum 31. Dezember 2010 bei 62%. Betragsmäßig ist das Kreditrisiko die mit Abstand wichtigste Risikoart. Der Rückgang der Kapitalauslastung im Vergleich zum Vorjahreswert in Höhe von 75% ist vornehmlich auf die Auslagerung in die EAA zurückzuführen. Diese Reduktion ergibt sich trotz Anhebung des Konfidenzniveaus von 99,90% auf 99,95% im Mai 2010 und der derzeit von der WestLB bereitgestellten Refinanzierung der EAA, die sukzessive abgelöst wird.

Ökonomische Kapitalauslastung



Kapital-Stresstesting

Um sicherzustellen, dass die Risikotragfähigkeit auch unter adversen ökonomischen Entwicklungen gegeben ist, werden mindestens einmal pro Quartal die Auswirkungen eines makroökonomischen Abschwungsszenarios auf die ökonomische und regulatorische Kapitalauslastung simuliert. Das hierfür verwendete Szenario wird auf Basis volkswirtschaftlicher Annahmen des Geschäftsbereichs Research ausgearbeitet beziehungsweise aktualisiert. Diese Annahmen umfassen unter anderem Einschätzungen zum Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreisen, Immobilienmärkten, Aktienmärkten, Zinsen, Credit Spreads, Wechselkursen und Marktvolatilitäten und unterstellen im aktuellen Stressszenario eine rezessive Gesamtentwicklung mit geringem wirtschaftspolitischem Gegensteuerungsinstrumentarium, steigender Staatsverschuldung und rückläufiger Aktienmarktentwicklung.

Die Auswirkungen dieser volkswirtschaftlichen Annahmen auf die Entwicklung des Bonitätsprofils und der Wiedereinbringungsquoten in den verschiedenen Anlageklassen, Branchen und Regionen werden zusammen mit den jeweils verantwortlichen Kreditanalysebereichen untersucht. Entsprechend werden auch die Auswirkungen auf die anderen Risikoarten (Marktpreisrisiko, Beteiligungsrisiko und operationelles Risiko) quantifiziert.

Insgesamt werden Effekte sowohl auf die Risikodeckungsmasse/Risikotoleranz (Effekte aus Verlusten, die über die budgetierten Werte hinausgehen) als auch auf die Risikoauslastung (gemessen in ökonomischem Kapital und Risikoaktiva) simuliert.

Die Berechnungen der Stresstests zur regulatorischen beziehungsweise ökonomischen Kapitalauslastung werden dem Global Risk Committee, dem Vorstand und dem Risikoausschuss des Aufsichtsrates berichtet. Außerdem werden die Stresstests zur regulatorischen Kapitalauslastung der Bundesbank gemeldet. Dem Global Risk Committee obliegt es, bei Bedarf entsprechende Gegenmaßnahmen zu initiieren.

Im Dezember 2010 war der Kapitalpuffer ausreichend, um auch die negativen Entwicklungen im unterstellten Stressszenario abzudecken. Sämtliche regulatorischen Mindestkapitalquoten wurden auch im Stressszenario eingehalten.

CEBS Stresstest

Auf Basis des Beschlusses des Europäischen Rats vom Juni 2010 nahm die WestLB als eine von 14 deutschen beziehungsweise 91 europäischen Banken an einem Stresstest makroökonomischer Szenarien teil. Der Test wurde vom Committee of European Banking Supervisors (CEBS) koordiniert. Sowohl im Benchmarkszenario als auch in den sogenannten adversen Szenarien weist die WestLB für die Jahre 2010 und 2011 Kernkapitalquoten aus, die über den von den Aufsichtsbehörden vorgegebenen Minimalquoten liegen.

Die Bank bereitet sich auf eine Teilnahme an dem neuen Stresstest vor.

Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Der Aufsichtsrat gab am 26. Januar 2011 bekannt, dass Dr. Hans-Jürgen Niehaus, Finanzvorstand der WestLB AG, auf eigenen Wunsch und in bestem Einvernehmen zum 30. April 2011 aus der Bank ausscheidet. Die Aufgaben von Dr. Niehaus als Finanzvorstand mit der Verantwortung für die Geschäftsbereiche Controlling und Group Finance werden zum 1. Mai 2011 von Thomas Groß, Chief Risk Officer, zusätzlich übernommen.

Am 15. Februar 2011 hat die Bundesregierung bei der Europäischen Kommission fristgerecht einen von der WestLB erstellten, überarbeiteten Umstrukturierungsplan eingereicht. Für Details des Plans und deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank verweisen wir auf unsere Ausführungen im Ausblick.

Ausblick

Die Erholung der Weltwirtschaft setzt sich 2011 fort. Bei einem sehr unterschiedlichen Tempo in den einzelnen Regionen erwarten wir insgesamt eine globale Wachstumsrate von rund 4,3%, die damit etwas schwächer ist als 2010. In der Tendenz werden in vielen Emerging Markets die Geld- und Fiskalpolitik restriktiver, zudem bleibt die Importnachfrage aus den Industrieländern verhalten. Daraus leiten wir eine moderate Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ab. In den Emerging Markets dürfte Emerging Asia erneut Lateinamerika und noch stärker Mittel- und Osteuropa in den Schatten stellen. Anders als viele Industrieländer verfügen speziell die asiatischen Emerging Markets über Spielraum, um die Wirtschaftspolitik zu lockern, sollte sich die Konjunktur unerwartet deutlich eintrüben. Das gilt nicht zuletzt für China.

Die Industrieländer werden wahrscheinlich eine scharfe fiskalpolitische Restriktion erleben, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Entschuldung des Privatsektors durchaus nicht abgeschlossen ist. Im Einklang mit zahlreichen Befunden, auch zuletzt vom IWF, erwarten wir, dass dadurch das Wachstum im ersten Schritt spürbar gebremst wird, zumal eine wirkungsvolle Lockerung der Geldpolitik praktisch nicht mehr möglich ist.

Den USA trauen wir nach der Verabschiedung der Steuerentlastungen ein Wachstum von über 3% zu. Allerdings hat das verabschiedete Entlastungsprogramm keine dauerhaften Auswirkungen auf die Konjunktur. Für eine nachhaltig höhere Wachstumsdynamik muss sich vor allem die Lage am Arbeitsmarkt erheblich verbessern. Ansonsten droht die Konjunktur wieder auf einen niedrigeren Wachstumspfad zurückzufallen, wenn die temporäre Wirkung der Steuersenkungen an Kraft verliert. Innerhalb des Euro-Raums werden die Wachstumsunterschiede hoch bleiben. So dürfte die Wirtschaftsleistung in der Ländergruppe Spanien, Griechenland, Portugal und Irland angesichts der drastischen Sparprogramme kaum mehr als stagnieren. Die Staatsschuldenkrise bleibt 2011 ein beträchtliches Risiko für die Finanzmarkt- und Konjunkturentwicklung im Euro-Raum. Es ist nicht auszuschließen, dass weitere Länder unter den Euro-Rettungsschirm schlüpfen werden. Aus heutiger Sicht sind vor allem Portugal und daneben Spanien potenzielle Kandidaten. Ob die bislang zugesagten Mittel dafür ausreichen würden, lässt sich im Vorhinein nicht sagen. Dies hängt vom weiteren Verlauf der Konjunktur und der Entwicklung der öffentlichen Haushalte dieser Länder ab. Eine markante Straffung der Geldpolitik ist seitens der großen Notenbanken nicht zu erwarten. Weder die Fed noch die EZB dürften die Leitzinsen 2011 anheben.

Die Wirtschaft in Deutschland profitiert auch 2011 von ihrer hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch wenn die Exportdynamik bei leicht nachlassender Expansion der Weltwirtschaft nicht ganz so kräftig ausfällt wie im vergangenen Jahr, werden die Ausfuhren nach unserer Einschätzung spürbar zunehmen. Erfahrungsgemäß wirkt sich dieses Auslandsgeschäft positiv auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen aus. Da sich die Kapazitätsauslastung im Jahresverlauf 2010 bereits wieder normalisiert hat, wird der

Schwerpunkt der Investitionen auf der Erweiterung der Kapazitäten liegen. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt anhalten wird. Demzufolge bestehen gute Aussichten, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt erstmals seit 1992 wieder unter die Marke von drei Mio sinken wird.

Steigende Beschäftigung, zunehmende Arbeitszeit und sinkende Kurzarbeit wirken sich positiv auf die Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland aus. Hinzu kommt, dass in den Bereichen der Wirtschaft, in denen die Tarifverträge auslaufen, höhere Neuabschlüsse zu erwarten sind. Trotz der Erhöhung der Sozialabgaben und der Kürzung von Transferleistungen werden aller Voraussicht nach die Einkommen der privaten Haushalte stärker zunehmen als 2010. Auch wenn ein Teil der Einkommenszuwächse durch die Teuerung wieder aufgezehrt wird, bleibt Spielraum für eine Ausweitung des privaten Konsums um rund 1,5%. Ohne die verschiedenen fiskalischen Belastungen für die privaten Haushalte wäre nach unseren Berechnungen ein um einen halben Prozentpunkt höheres Konsumplus möglich.

Trotz der leicht restriktiv ausgerichteten Fiskalpolitik dürfte die inländische Endnachfrage etwas stärker expandieren als 2010. Da die Impulse aus dem Außenhandel und der Lageraufstockung wahrscheinlich geringer ausfallen werden als im Vorjahr, wird sich nach unserer Prognose der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 3,6% auf 2,8% 2011 abschwächen. Durch die Belebung der Konsumnachfrage gewinnt der Aufschwung gleichwohl an Breite. Zudem erwarten wir, dass die Konjunktur sich in Deutschland dynamischer als in vielen anderen Industrieländern entwickelt. Die größten Risiken für die Konjunkturerwicklung in Deutschland im Jahr 2011 sehen wir in einer unerwartet kräftigen Abschwächung des globalen Wachstums, in der Schuldenkrise der Peripheriestaaten und in einer nach wie vor möglichen zu restriktiven Kreditvergabe der Banken.

Der internationale Bankenmarkt wird sich 2011 auf stark erhöhte Eigenkapitalanforderungen einstellen müssen. Der Wettbewerb um bonitätsstarke Kunden dürfte zunehmen. Größeren Druck auf die Zinsmargen erwarten wir von den erhöhten Refinanzierungskosten der Banken als Folge der Risikoaversion der Anleger. Hinzu kommt der bereits vollzogene und sich wohl auch 2011 fortsetzende Abbau von Aktiva im Zuge der steigenden Eigenkapitalanforderungen. Insgesamt wird dies die Erfolgsrechnungen der Kreditinstitute eher belasten.

Der Markt für Anleihen dürfte sich prinzipiell positiv entwickeln, sofern sich die Schuldenkrise der Peripheriestaaten Europas nicht weiter verschärft. Für gute Adressen liegt es nach wie vor im eigenen Interesse, den Bondmarkt gegenüber der Kreditfinanzierung zu bevorzugen. Die Finanzierungsbedürfnisse der öffentlichen Hände dürften ohnehin hoch bleiben. Zudem staute sich im Zuge der Emissionsflaute gegen Jahresende ein gewisser Nachholbedarf auf. Die Aussichten für das Emissionsgeschäft bei Anleihen dürften daher gut bleiben. Im Fixed Income-Geschäft allgemein erwarten wir weiterhin einen leichten Rückgang der Margen. Diese Reduktion könnte jedoch durch höhere Kundenaktivität mehr als kompensiert werden.

Das deutlich gestiegene Kursniveau an den Aktienmärkten sollte sich positiv auf die Einnahmen im Aktiengeschäft auswirken. Zudem sehen wir noch deutliches Potenzial bei der Kundenaktivität, die sich 2010 insgesamt nur leicht erhöht hat. Auch das Neuemissionsgeschäft sollte im Jahr 2011 nochmals besser verlaufen. Das Umfeld für Kapitalerhöhungen hat sich mit den nochmals höheren Kursen ebenfalls verbessert.

Die allgemein gestiegenen Preise für Vermögensgegenstände dürften sich positiv auf die Provisionseinnahmen im Wertpapier- und Asset Management-Geschäft auswirken. Auch hier besteht nach wie vor Potenzial durch höhere Kundenaktivität, die 2010 noch stark durch eine hohe Risikoaversion belastet war.

Die weitere Entwicklung des Kapitalmarktgeschäfts ist allerdings von großer Unsicherheit geprägt. Eine Verschärfung der Schuldenkrise der Peripheriestaaten Europas würde zum Beispiel zu einer weiteren Verschlechterung auf der Einnahmenseite des Fixed Income-Geschäfts führen.

Die Kosten im Bankensektor dürften weiter sinken, da die vollen Auswirkungen der im Zuge der Finanzkrise gestarteten Senkungsmaßnahmen im Jahr 2010 noch nicht erreicht wurden. Vereinzelt haben einige Banken auch wieder Expansionsmaßnahmen ergriffen. Per saldo überwiegen dennoch die entlastenden Faktoren auf der Kostenseite, wenn auch in geringerem Ausmaß.

Die Konzentration im Bankensektor wird unseres Erachtens weiter zunehmen, und Banken mit bereits guter Eigenkapitalausstattung werden zulasten der Schwächeren vermutlich weitere Marktanteile gewinnen. Schließlich sind vielfach Banken bestrebt oder gar gezwungen, weitere Aktiva zu veräußern beziehungsweise ganze Geschäftsbereiche zu verkaufen.

Am 15. Februar 2011 hat die Bundesregierung der Europäischen Kommission den vom Aufsichtsrat der WestLB gebilligten überarbeiteten Umstrukturierungsplan fristgemäß vorgelegt. Der Umstrukturierungsplan sieht vor, dass die WestLB ihre Bilanzsumme und die risikogewichteten Aktiva (RWA) bis 2015 bereinigt um circa ein weiteres Drittel im Vergleich zu den in der ursprünglichen Beihilfeentscheidung vom 12. Mai 2009 festgelegten Werten reduziert. Ferner schlägt die Bank die Separierung von vier Teilbetrieben unter dem Dach der WestLB vor, und zwar die Teilbetriebe Verbund & Unternehmensfinanzierung, Spezialfinanzierungen, Transaktionsinstitut sowie Gruppen- & Servicefunktionen. Einzelne Teilbetriebe können zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen von Partneroptionen in Zusammenschlüsse eingebracht oder veräußert werden.

Die im überarbeiteten Umstrukturierungsplan vorgeschlagene weitere Verkleinerung der WestLB würde zu Lasten führen, die von Eigentümern, Land und Bund zu übernehmen wären, trägt jedoch nach Ansicht der WestLB den Forderungen der Europäischen Kommission Rechnung. Insofern hält die Bank den überarbeiteten Umstrukturierungsplan seitens der Europäischen Kommission für genehmigungsfähig.

Gleichfalls am 15. Februar 2011 hat die Bundesregierung einen Bericht des Veräußerungsbevollmächtigten an die Europäische Kommission weitergeleitet, in dem diese über den Stand des Veräußerungsprozesses informiert wird. Der mehrheitliche Eigentümerwechsel der WestLB gemäß Einigung mit der Europäischen Kommission vom 12. Mai 2009 läuft unverändert weiter und ist zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Abschlusses noch nicht abgeschlossen. Auch der Verkauf der WestImmo läuft weiter.

Am 17. Februar 2011 erhielt die WestLB Kenntnis von einem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 15. Februar 2011 an Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia, das darüber informiert, dass die Eigentümer der WestLB derzeit eine weitere Struktur für den Fall prüfen, dass einerseits eine Veräußerung der WestLB nicht zu einem Erfolg führen und andererseits der von der WestLB vorgelegte überarbeitete neue Umstrukturierungsplan den Anforderungen der Europäischen Kommission nicht in einer Form entsprechen sollte, die für eine endgültige Genehmigungsentscheidung für die WestLB notwendig wäre. Diese avisierte, derzeit in Prüfung befindliche Struktur beinhaltet die Aufteilung der WestLB in die drei folgenden Bereiche: Schaffung einer Verbundbank im Eigentum der Sparkassenorganisation, Veräußerung von Teilportfolios an Dritte und Übertragung nicht veräußerbarer Portfolios auf die Erste Abwicklungsanstalt und Redimensionierung der verbleibenden WestLB auf eine reine Servicing-Einheit. Es wird darauf hingewiesen, dass ein detaillierter Umsetzungsplan für diese Struktur innerhalb von zwei Monaten ab dem 15. Februar 2011 eingereicht werden könnte. Die ökonomische Tragfähigkeit dieser Skizze ist noch zu prüfen und aus Sicht der Bank derzeit nicht beurteilbar.

Die weitere Transformation der WestLB ist mit erhöhter Unsicherheit verbunden und kann erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WestLB in den kommenden Jahren haben. Die WestLB taxiert in ihrem überarbeiteten Umstrukturierungsplan die potenziellen Kosten für einen Personalabbau und IT-Umbau auf einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag, der gegebenenfalls ergebnismindernd in der Erfolgsrechnung 2011 zu berücksichtigen wäre, wenn die erforderlichen Entscheidungen – auch zu einer kompensierenden Kapitalmaßnahme – hierzu vorliegen.

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Restrukturierungsfondsgesetz – RStruktFG) ist auch die WestLB ab 2011 grundsätzlich verpflichtet, einen Beitrag an den Restrukturierungsfonds (sog. Bankenabgabe) zu entrichten. Näheres über die Jahres- und Sonderbeiträge soll nach § 12 Abs. 10 RStruktFG eine Rechtsverordnung regeln, die sich derzeit noch im Konsultationsstadium befindet. Eine Aussage zu der konkreten Belastung durch die Bankenabgabe ab dem Geschäftsjahr 2011 kann die WestLB daher zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht treffen.

Ohne Berücksichtigung von etwaigen Restrukturierungsaufwendungen sowie der Bankenabgabe prognostiziert die Bank indikativ für den HGB-Einzelabschluss auf der Grundlage des bei der Europäischen Kommission eingereichten, überarbeiteten Umstrukturierungsplans für 2011 ein in etwa ausgeglichenes Jahresergebnis und für 2012 einen Jahresüberschuss in einer Größenordnung von rund 100 Mio €.

WestLB AG Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite

	<i>siehe Anhang Ziffer</i>	€	€	31. 12. 2010 €	31. 12. 2009 angepasst* T€	31. 12. 2009 testiert T€
1. Barreserve						
a) Kassenbestand			5.094.654,21		(4.268)	(4.268)
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.900.574.709,08		(1.804.728)	(1.804.728)
darunter:				1.905.669.363,29	1.808.996	1.808.996
bei der Deutschen Bundesbank						
€ 832.742.223,54 (Vj.: T€ 1.304.670)						
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind						
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen			52.433.331,86		(339.548)	(339.548)
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar						
€ 0,00 (Vj.: T€ 335.883)						
b) Wechsel			0,00		(0)	(0)
				52.433.331,86	339.548	339.548
3. Forderungen an Kreditinstitute 4, 9, 18, 37, 43						
a) täglich fällig			3.268.050.791,82		(11.018.939)	(11.036.682)
b) andere Forderungen			8.479.313.201,33		(43.881.112)	(44.774.847)
				11.747.363.993,15	54.900.051	55.811.529
4. Forderungen an Kunden 5, 6, 9, 16, 18, 37, 43, 46, 48				43.380.909.837,87	73.845.850	69.501.915
darunter:						
durch Grundpfandrechte gesichert						
€ 50.474.578,39 (Vj.: T€ 381.590)						
Kommunalkredite						
€ 10.000.835.182,86 (Vj.: T€ 10.987.913)						
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere 7, 9, 14, 18, 19, 37, 44						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			2.747.273.172,22		(177.862)	(177.862)
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank						
€ 2.747.273.172,22 (Vj.: T€ 140.371)						
ab) von anderen Emittenten			500.391.756,94		(4.282.471)	(4.282.471)
darunter:			3.247.664.929,16		(4.460.333)	(4.460.333)
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank						
€ 500.391.756,94 (Vj.: T€ 3.186.408)						
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			13.529.915.680,51		(5.497.223)	(7.666.132)
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank						
€ 12.617.289.468,88 (Vj.: T€ 6.605.324)						
bb) von anderen Emittenten			5.046.549.452,14		(9.999.606)	(34.215.382)
darunter:			18.576.465.132,65		(15.496.829)	(41.881.514)
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank						
€ 3.865.506.095,29 (Vj.: T€ 17.075.866)						
c) eigene Schuldverschreibungen						
Nennbetrag			0,00		(309.468)	(309.468)
€ 0,00 (Vj.: T€ 268.839)				21.824.130.061,81	20.266.630	46.651.315
				Übertrag:	151.161.075	174.113.303
				78.910.506.587,98		

* Die testierten Werte zum 31. Dezember 2009 wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit um die Effekte der Abspaltung sowie der Einzahlung der zweiten und dritten Tranche der stillen Einlage des SoFFin angepasst.

Passivseite

	siehe Anhang Ziffer	€	€	31. 12. 2010 €	31. 12. 2009 angepasst* T€	31. 12. 2009 testiert T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber						
Kreditinstituten	16, 20, 23, 26					
a) täglich fällig			3.108.536.867,45		(9.334.764)	(9.334.764)
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			14.641.203.043,36		(56.382.588)	(60.914.394)
				17.749.739.910,81	65.717.352	70.249.158
2. Verbindlichkeiten gegenüber						
Kunden	16, 21, 23, 26					
a) Spareinlagen						
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			179.967,62		(180)	(180)
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			0,00		(0)	(0)
			179.967,62		(180)	(180)
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig			6.021.518.712,50		(13.216.094)	(13.216.182)
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			23.722.725.623,18		(35.331.176)	(39.936.294)
			29.744.244.335,68		(48.547.270)	(53.152.476)
				29.744.424.303,30	48.547.450	53.152.656
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	16, 22, 23, 26, 46					
a) begebene Schuldverschreibungen			26.221.350.542,84		(28.878.571)	(34.799.062)
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			4.048.066.086,96		(2.723.264)	(9.260.442)
darunter:				30.269.416.629,80	31.601.835	44.059.504
Geldmarktpapiere						
€ 32.730.401,50 (Vj.: T€ 351.244)						
3a. Handelsbestand	23			84.283.550.869,85	-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten	24			569.549.983,95	344.402	344.402
darunter:						
Treuhandkredite						
€ 5.055.401,29 (Vj.: T€ 5.882)						
5. Sonstige Verbindlichkeiten	23, 25, 45			1.133.972.112,29	10.088.778	10.234.287
6. Rechnungsabgrenzungsposten	26, 45			421.492.609,20	449.797	594.694
6a. Passive latente Steuern	17			284.508,82	-	-
7. Rückstellungen	27, 36					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			548.516.777,84		(567.574)	(567.574)
b) Steuerrückstellungen			451.634.476,61		(367.018)	(367.018)
c) andere Rückstellungen			838.609.934,21		(923.459)	(925.645)
				1.838.761.188,66	1.858.051	1.860.237
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	28			2.322.402.976,95	2.522.399	2.522.399
9. Genussrechtskapital	25, 29			471.105.390,87	738.239	738.239
darunter:						
vor Ablauf von zwei Jahren fällig						
€ 375.449.421,55 (Vj.: T€ 507.148)						
				Übertrag: 168.804.700.484,50	161.868.303	183.755.576

* Die testierten Werte zum 31. Dezember 2009 wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit um die Effekte der Abspaltung sowie der Einzahlung der zweiten und dritten Tranche der stillen Einlage des SoFFin angepasst.

WestLB AG Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite

	siehe Anhang Ziffer	€	€	31. 12. 2010 €	31. 12. 2009 angepasst* T€	31. 12. 2009 testiert T€
			Übertrag:	78.910.506.587,98	151.161.075	174.113.303
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8, 9, 14, 18, 37, 43			124.555.628,50	335.449	361.237
6a. Handelsbestand	9, 18, 45			89.366.897.226,10	-	-
7. Beteiligungen	10, 14, 37, 54			519.428.992,25	511.190	639.505
darunter:						
an Kreditinstituten						
€ 9.529.906,70 (Vj.: T€ 25.048)						
an Finanzdienstleistungsinstituten						
€ 2.700,64 (Vj.: T€ 3)						
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	11, 14, 37, 54			1.636.088.801,83	2.403.782	2.961.075
darunter:						
an Kreditinstituten						
€ 822.270.992,96 (Vj.: T€ 1.839.308)						
an Finanzdienstleistungsinstituten						
€ 27.778.384,12 (Vj.: T€ 54.048)						
9. Treuhandvermögen	12			569.549.983,95	344.402	344.402
darunter:						
Treuhandkredite						
€ 5.055.401,29 (Vj.: T€ 5.882)						
10. Immaterielle Anlagewerte	14					
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen						
an solchen Rechten und Werten		34.913.257,96		34.913.257,96	(40.922)	(40.922)
					40.922	40.922
11. Sachanlagen	14, 36			69.703.879,42	77.182	77.182
12. Sonstige Vermögensgegenstände	9, 13, 45			1.433.464.642,47	10.891.890	9.145.962
13. Rechnungsabgrenzungsposten	16, 45			589.773.497,52	606.016	712.999
14. Aktive latente Steuern	17			55.915.541,11	-	-
Summe der Aktiva	32			173.310.798.039,09	166.371.908	188.396.587

* Die testierten Werte zum 31. Dezember 2009 wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit um die Effekte der Abspaltung sowie der Einzahlung der zweiten und dritten Tranche der stillen Einlage des SoFFin angepasst.

WestLB AG Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	siehe Anhang Ziffer	€	€	1. 1. – 31. 12. 2010 €	1. 1. – 31. 12. 2009 T€
1. Zinserträge aus	33				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		2.876.695.920,85			(3.843.805)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		538.922.510,73			(1.370.324)
			3.415.618.431,58		(5.214.129)
2. Zinsaufwendungen	25, 27, 28		2.646.244.550,33	769.373.881,25	(4.148.372)
					1.065.757
3. Laufende Erträge aus	33				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			13.814.105,92		(15.524)
b) Beteiligungen			22.531.775,78		(9.538)
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			272.255.424,42		(149.060)
				308.601.306,12	174.122
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	33			99.494.902,09	156.022
5. Provisionserträge	33		454.840.119,38		(435.005)
6. Provisionsaufwendungen			127.336.729,13	327.503.390,25	(302.855)
					132.150
7. Nettoaufwand des Handelsbestands/ Nettoertrag des Handelsbestands	33			- 46.488.861,63	151.246
8. Erträge aus dem Leasinggeschäft	33, 35			1.257.296,81	1.166
9. Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	14, 35			578.208,89	536
10. Sonstige betriebliche Erträge	33, 36			228.842.811,65	108.273
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	47	402.464.482,75			(429.781)
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	27, 47	39.565.767,10			(172.197)
darunter:			442.030.249,85		(601.978)
für Altersversorgung € 3.847.859,58 (Ertrag) (Vj.: T€ 129.422 [Aufwand])					
b) andere Verwaltungsaufwendungen			479.848.284,19	921.878.534,04	(481.663)
					1.083.641
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	14			30.756.235,23	33.039
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen	27, 36, 47			284.640.701,02	211.024
			Übertrag:	450.731.047,36	460.496

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	<i>siehe Anhang</i>		1. 1. – 31. 12. 2010	1. 1. – 31. 12. 2009	
	<i>Ziffer</i>	€	€	T€	
			Übertrag:	450.731.047,36	460.496
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	26, 37		107.069.764,19	594.214	
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	14, 37		333.683.255,00	107.028	
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme	37		7.376.195,67	39.462	
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.601.832,50	- 280.208	
18. Außerordentliche Aufwendungen	39	60.615.249,47		(0)	
19. Außerordentliches Ergebnis	39		- 60.615.249,47	0	
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	40	59.074.410,52		(- 5.714)	
darunter: Ertrag aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern € 53.138.436,67 (Vj.: -)					
21. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen		- 1.060.993,55		(- 9.016)	
			58.013.416,97	- 14.730	
22. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			0,00	- 294.938	
23. Vermögensminderung durch Abspaltung			2.465.000.000,00	672.406	
24. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			1.162.118.407,45	773.010	
25. Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen			0,00	100.000	
26. Entnahmen aus Genussrechtskapital			0,00	65.215	
27. Entnahmen aus den stillen Einlagen			0,00	29.119	
28. Ertrag aus der Kapitalherabsetzung			1.302.881.592,55	0	
29. Bilanzgewinn			0,00	0	

WestLB AG Anhang zum 31. Dezember 2010

Allgemeine Angaben

1. Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der WestLB AG (im Folgenden Bank oder WestLB) ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV), den einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vom 25. Mai 2009 geänderten Vorschriften haben wir berücksichtigt. Angaben, die wahlweise in der Bilanz oder im Anhang gemacht werden können, erfolgen im Anhang.

Aufgrund der Übertragung von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) sowie der erstmaligen vollständigen Anwendung der durch das BilMoG geänderten Vorschriften ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen eingeschränkt (vgl. Anhangangaben 2 und 3). Demzufolge haben wir in der Bilanz die Effekte der Übertragung sowie der Einzahlung der zweiten und dritten Tranche der stillen Einlage des SoFFin auf Basis der testierten Werte zum 31. Dezember 2009 gemäß der Stellungnahme HFA 5/1988 des IDW in der Fassung von 1998 in einer dritten Spalte angegeben. Wesentliche Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung erläutern wir an den jeweiligen Stellen im Anhang und im Lagebericht. Auf die Anpassung der Vorjahreszahlen aufgrund der erstmaligen vollständigen Anwendung der durch das BilMoG geänderten Vorschriften haben wir verzichtet, aber wesentliche, durch die Anwendung des BilMoG bedingte Veränderungen bei den entsprechenden Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung im Anhang und im Lagebericht angegeben.

Wir stellen zusätzlich zum Jahresabschluss einen Konzernabschluss gemäß § 315a HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss werden gemäß § 325 und § 328 HGB beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers (www.ebundesanzeiger.de) eingereicht und bekannt gemacht.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen werden mit ihrem Restkapital, vermindert um Restdisagien, ausgewiesen. Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert; die zugehörigen Disagien sind als aktive Rechnungsabgrenzungsposten erfasst. Agien zu Forderungen oder Verbindlichkeiten werden als aktivische beziehungsweise passivische Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden – soweit es sich nicht um nachrangige Verbindlichkeiten handelt – mit der zugrunde liegenden Forderung oder Verbindlichkeit bilanziert. Die Abgrenzung der Agien/Disagien aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft erfolgt nach der Effektivzinsmethode. Wechsel sowie Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen werden abgezinst und mit den effektiven Hereinnehmesätzen ausgewiesen. Unverzinsliche Mitarbeiterdarlehen sind mit dem Restkapital ausgewiesen. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich effektivzinskonstant abgrenzter Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen angemessen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungs- und Eventualforderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen, die analog zu den steuerlichen Bewertungsmethoden gebildet werden, sowie Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Bei Kreditvergaben an Kreditnehmer in Ländern mit akutem Transferrisiko bilden wir pauschalierte Länderwertberichtigungen. Die Höhe der Wertberichtigungssätze wird aus dem Renditeunterschied zwischen Staatsanleihen erster Bonität und am Markt beobachtbarer Preise für Staatspapiere des betreffenden Landes innerhalb des jeweiligen Restlaufzeitraums der Kreditvergabe abgeleitet. Bei Ländern ohne beobachtbare Marktpreise für Staatsanleihen wird auf regelmäßig aktualisierte Wertberichtigungsquoten externer Ratingagenturen zurückgegriffen. Der Kreis der Länder mit erhöhtem Risiko basiert auf dem internen Rating der WestLB, welches aktuelle und erwartete volkswirtschaftliche Daten sowie die politische Gesamtsituation des Landes widerspiegelt und regelmäßig angepasst wird.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Börsen- beziehungsweise Marktpreisen oder niedrigeren Buchkursen bewertet.

Die Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden (Finanzanlagebestand), werden zu Anschaffungskosten bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden zeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Soweit Wertpapiere des Finanzanlagebestandes unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips zu Werten bilanziert sind, die über den aktuellen Markt- oder Börsenwerten liegen, sind diese Unterschiede im Anhang gesondert angegeben. Diese Angabe verändert sich im Zeitablauf bestands-, aber auch zins- beziehungsweise kursinduziert.

Die strukturierten Finanzinstrumente werden gemäß der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Zur einheitlichen oder getrennten Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente (IDW RS HFA 22) bilanziert.

Für die im Handelsbestand ausgewiesenen Aktien, Anleihen, derivativen Produkte und übrigen Handelsbestände werden die beizulegenden Zeitwerte zum Bilanzstichtag in einem ersten Schritt einzelgeschäftszugehörig und handelsunabhängig ermittelt. Die Bewertung erfolgt mit Börsen- oder Marktpreisen vom 30. Dezember 2010 beziehungsweise mithilfe anerkannter Bewertungsmethoden; Anteilzinsen, Einmalzahlungen und Optionsprämien werden dabei berücksichtigt. Sofern Börsen- beziehungsweise Marktpreise insbesondere bei derivativen Finanzinstrumenten nicht existieren beziehungsweise nicht verlässlich feststellbar sind, werden die beizulegenden Zeitwerte auf der Basis von marktüblichen Preismodellen oder diskontierten Cashflows ermittelt.

Bei einigen auf der Grundlage eines Bewertungsmodells ermittelten Werten haben wir Bewertungsabschläge vorgenommen, da in diesen Fällen nicht alle Faktoren, die von den Marktteilnehmern in Erwägung gezogen werden, in den Modellen berücksichtigt sind. Hierbei handelt es sich insbesondere um Bewertungsabschläge für Bonitäts-, Modell- und Liquiditätsrisiken.

In Anwendung der risikoadjustierten Marktbewertungsmethode fassen wir in einem zweiten Schritt die zu beizulegenden Zeitwerten bilanzierten Handelsgeschäfte entsprechend der Risikosteuerung in den jeweiligen Geschäftsbereichen zu Portfolios zusammen. Die zusammengefassten Bewertungsergebnisse eines jeden Portfolios werden dann um das mit einem mathematischen Verfahren (Monte Carlo-Simulation) berechnete Verlustpotenzial (Value at Risk, VaR) gekürzt. Dabei sind die VaR-Abschläge, basierend auf den Berechnungsmethoden des Risikomanagements der Bank, so bemessen, dass ein zu erwartender maximaler Verlust aus offenen Handelspositionen bei einer Haltedauer von zehn Tagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% ausgeglichen werden kann. Das seit dem Jahr 2005 angewendete Verfahren der risikoadjustierten Marktbewertungsmethode steht auch mit den durch das BilMoG geänderten handelsrechtlichen Vorschriften nach § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB im Einklang und war demzufolge nicht anzupassen.

Im Einzelnen verwenden wir für die relevanten Produktkategorien die folgenden Bewertungsmethoden und -parameter:

Zinsprodukte: Liquide börsengehandelte Produkte (z. B. Futures) werden mit ihren Börsenpreisen bewertet. Für viele nicht börsengehandelte (OTC-)Derivate gibt es standardisierte Spezifikationen (z. B. Swaps, Caps, Swaptions) und Bewertungsverfahren (Black 76) sowie zuverlässige Marktquotierungen (Swapsätze, Cap-Volatilitäten). Sofern diese verfügbar sind, werden sie zur Bewertung herangezogen. Für exotischere OTC-Derivate (z. B. Bermudan Swaptions, CMS-Spread-Swaps) werden eigenentwickelte Modelle verwandt, die auf dem Markov-Funktional-Ansatz beruhen. Wertpapiere mit exotischen Kupons werden konsistent mit den entsprechenden Absicherungs-OTC-Derivaten bewertet. Dabei wird für die Barwertrechnung zusätzlich der Credit Spread des jeweiligen Emittenten verwendet.

Schuldverschreibungen werden über Marktpreise bewertet. Weniger liquide Papiere, bei denen Marktpreise nicht direkt zur Verfügung stehen, werden entweder zu beobachtbaren Marktpreisen vergleichbarer Instrumente oder aber mittels Diskontierung von Cashflows unter Berücksichtigung von Credit Spreads bewertet, die aus den beobachtbaren Preisen für vergleichbare Instrumente abgeleitet werden.

Aktien- und Rohstoffprodukte: Liquide börsengehandelte Produkte (Terminkontrakte, Optionen) werden mit ihren Börsenpreisen bewertet. Die Preisbestimmung klassischer Aktien- und Rohstoff-Derivate mit einem einzelnen Basiswert (z. B. Kauf- und Verkaufs-Optionen, Knock-Out-Optionen, Digital-Optionen) erfolgt mittels Finiter Differenzen-Methoden für die Black-Scholes-Differenzialgleichung. Exotischere Derivate mit potenziell mehreren Basiswerten werden hingegen über Monte Carlo-Simulationen bewertet. Hier kommen eigenentwickelte Routinen, basierend auf marktetablierten Modellen, zum Einsatz. Bei allen Aktien- und Rohstoff-Derivaten wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts die risikofreie Zinskurve verwendet. Bei Aktienprodukten sind außerdem Dividendenschätzungen, bei Rohstoffprodukten sogenannte Nutzenkurven einzubeziehen. Die Nutzenkurven bilden mit dem Rohstoffhandel verbundene monetäre Vor- als auch Nachteile ab. Sofern die Derivate optionale Komponenten beinhalten, müssen die Volatilitäten der Basiswerte berücksichtigt werden. Gibt es mehr als einen Basiswert, so werden die Korrelationen zwischen diesen einbezogen. Währungskursvolatilitäten und die Korrelationen zwischen Basiswerten und Währungskursen sind immer dann relevant, wenn sich die Währungen von Derivat und Basiswert(en) unterscheiden. Bei Fondsderivaten entsprechen die jeweiligen Ausschüttungen den Dividendenzahlungen bei Aktien. Wenn die Derivate Partizipationszertifikaten entsprechen, kann für die Bewertung eine analytische Formel ohne Simulation verwendet werden. In diesem Fall sind keine Fondsvolatilitäten erforderlich.

Kreditprodukte: Wertpapiere mit exotischen Kupons oder mit Kreditkomponenten wie Credit Linked Notes und weitere von Kredit-Derivaten abgeleitete Produkte wie Perfect Asset Swaps werden konsistent mit den entsprechenden OTC-Derivaten bewertet. Wo notwendig, wird dabei für die Barwertrechnung zusätzlich der Credit Spread des jeweiligen Emittenten verwendet.

	Produkt	Bewertungsmodell	Bewertungsparameter
Zinsprodukte	Standardswaps	Barwertmethode	Zinssätze
	Exotische Swaps	Markov Funktional	Zinssätze Zinsvolatilitäten
	FRAs	Barwertmethode	Zinssätze
	Standard-Caps, -Floors, -Collars	Black 76	Zinssätze Zinsvolatilitäten
	Exotische Caps, Floors	Markov Funktional	Zinssätze Zinsvolatilitäten
	Europäische Standard-Swaptions	Black 76	Zinssätze Zinsvolatilitäten
	Exotische Swaptions	Markov Funktional	Zinssätze Zinsvolatilitäten
	Währungsprodukte	Währungsswaps	Barwertmethode
Optionen		Black 76	Zinssätze Währungskurse Währungskursvolatilitäten
Forward-Zins-/ Währungsswaps		Barwertmethode	Zinssätze Währungskurse
Aktien-, Fonds- und Rohstoffprodukte (inkl. Edelmetalle)		Terminkontrakte	Finite Differenzen
	Standard-Optionen (einzelner Basiswert)	Finite Differenzen	Preis des Basiswertes, Zinssätze Dividendenzahlungen (Aktien, Aktienindizes) Nutzenkurven (Rohstoffe) Volatilitäten (Basiswert, Währungskurs) Währungskurs-Basiswert-Korrelation
	Exotische Optionen	Monte Carlo-Simulation	Preis des Basiswertes, Zinssätze Dividendenzahlungen (Aktien, Aktienindizes) Nutzenkurven (Rohstoffe) Volatilitäten (Basiswerte, Währungskurse) Korrelationen (Basiswerte, Währungskurse)
	Partizipationszertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswertes, Zinssätze
	Kapitalgarantierte Zertifikate	Analytische Formel, Finite Differenzen	Preis des Basiswertes, Zinssätze Fondsausschüttungen Fondsvolatilitäten
Kreditprodukte	Credit Default Swaps (einzelner Referenzschuldner)	Hazard-Rate- Bootstrapping-Modell	Credit Spreads
	Basket Credit Default Swaps (homogen in Korrelationen und Restbedienungsquoten)	Hazard-Rate- Bootstrapping-Modell Ein-Faktor-Gauß-Modell	Credit Spreads Korrelationsfaktoren (abgeleitet aus Marktkonsensdaten)
	Basket Credit Default Swaps (inhomogen in Korrelationen oder Restbedienungsquoten)	Hazard-Rate- Bootstrapping-Modell Monte Carlo-Simulation	Credit Spreads Korrelationsfaktoren (abgeleitet aus Marktkonsensdaten)
	Collateralized Synthetic Obligation	Hazard-Rate- Bootstrapping-Modell Ein-Faktor-Gauß-Modell	Credit Spreads Korrelationen (abgeleitet aus Marktdaten)
	Forderungsbesicherte Wertpapiere	Bloomberg-Cash-Flow- Modell	Credit Spreads Conditional Prepayment Rate

Die für die Bewertung von Finanzinstrumenten teilweise erforderlichen Annahmen und Schätzungen beruhen auf subjektiven Beurteilungen des Managements und sind zwangsläufig mit Prognoseunsicherheiten behaftet. Auch wenn wir im Rahmen der Schätzungen auf verfügbare Informationen, historische Erfahrungen und andere Beurteilungsfaktoren zurückgegriffen haben, können die tatsächlichen zukünftigen Ereignisse von den Schätzungen abweichen. Dies kann sich nicht unerheblich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken. Nach unserer Ansicht sind die verwendeten Parameter sachgerecht und vertretbar.

Laufende Zinsaufwendungen und -erträge sowie Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie die Refinanzierungskosten des Handelsbestands werden als Teil des Zinsergebnisses beziehungsweise der laufenden Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Mit der Einführung des BilMoG betrifft dies auch laufende Zinserträge und -aufwendungen aus derivativen Finanzinstrumenten. Kursgewinne und -verluste sowie erhaltene und geleistete Zahlungen aus Termin-, Options- und anderen derivativen Geschäften sind, soweit sie aus Handelsgeschäften resultieren, im Nettoergebnis des Handelsbestands erfasst. Gleiches gilt für die Bewertungsergebnisse aus Handelsprodukten. Provisionsaufwendungen und -erträge, insbesondere Transaktionsnebenkosten, aus Geschäften mit Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden infolge der Einführung des BilMoG im Nettoergebnis des Handelsbestands und nicht mehr im Provisionsergebnis ausgewiesen; diese Ausweisänderung belastet im Geschäftsjahr 2010 das Nettoergebnis des Handelsbestands in Höhe von 106,3 Mio €.

Soweit die WestLB in einem Geschäftsjahr Nettoerträge des Handelsbestands erwirtschaftet, werden gemäß § 340e Abs. 4 HGB mindestens 10% der Nettoerträge des Handelsbestands dem Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zugeführt und dort gesondert ausgewiesen. Dieser Posten darf nur zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands oder soweit er 50% des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands übersteigt aufgelöst werden. Im Geschäftsjahr 2010 ist ein Nettoaufwand des Handelsbestands angefallen.

Mit der Einführung des BilMoG wurde der bilanzielle Ausweis von Finanzinstrumenten des Handelsbestands geändert. Diese werden nunmehr im Bilanzposten Handelsbestand der Aktiv- beziehungsweise Passivseite ausgewiesen. Dementsprechend führen die geänderten Ausweisbestimmungen im Vorjahresvergleich zu Umgliederungen der Finanzinstrumente des Handelsbestands aus den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und sonstige Vermögensgegenstände sowie aus den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbriefte Verbindlichkeiten und sonstige Verbindlichkeiten in die entsprechenden aktivischen/passivischen Handelsbestandsposten. Die bislang bei der WestLB praktizierte Vorgehensweise zum Nettoausweis gedeckter Wertpapier-Leerverkaufspositionen wurde eingestellt; Verpflichtungen aus Leerverkäufen werden unsaldiert im passivischen Handelsbestand ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Finanzinstrumente aus dem Handelsbestand gemäß § 340e Abs. 3 Satz 3 HGB umgliedert; die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden nicht geändert.

Neu eingeführt wurde durch das BilMoG auch § 254 HGB zur Bildung von Bewertungseinheiten. Sichert die Bank konkrete Risiken (z. B. Zinsänderungsrisiken) aus Vermögensgegenständen, Verbindlichkeiten, schwebenden Geschäften oder mit hoher Sicherheit erwarteten Transaktionen mithilfe von Finanzinstrumenten ab und bildet für diesen Zweck

eine Bewertungseinheit, sind die allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze (insbesondere der Grundsatz der Einzelbewertung sowie das Anschaffungskosten-, das Realisations- und das Imparitätsprinzip) auf diese Sicherungsbeziehung nicht anzuwenden, soweit sie effektiv ist. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung sowie andere, nicht abgesicherte Risiken unterliegen weiterhin den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften.

Die WestLB steuert das allgemeine Zinsänderungsrisiko im Bankbuch zentral im Rahmen des Aktiv-/Passivmanagements. Hierbei handelt es sich nach herrschender Meinung nicht um eine Bewertungseinheit im Sinne des § 254 HGB, sondern um eine Bewertungskonvention, bei der alle derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumente des Bankbuchs in einem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen (Refinanzierungsverbund). Folglich ermittelt die WestLB im Rahmen der verlustfreien Bewertung für Zinsänderungsrisiken im Bankbuch barwertbezogen, ob dem Wert der Leistungsverpflichtungen insgesamt ein ausreichend hoher Gegenleistungsanspruch gegenübersteht. Sofern aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs ein Verpflichtungsüberschuss resultieren würde, wäre dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip durch Bildung einer Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 HGB (Drohverlustrückstellung) Rechnung zu tragen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Die Auflagen der Europäischen Kommission sehen die zeitnahe Veräußerung zahlreicher Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen vor. Demzufolge waren bei der Bewertung der betroffenen, noch nicht veräußerten Gesellschaften die Veräußerungsgesichtspunkte zu berücksichtigen.

Sachanlagen und entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden entsprechend ihrer voraussichtlichen zeitlichen Nutzungsdauer abgeschrieben; geringwertige Wirtschaftsgüter schreiben wir im Jahr der Anschaffung voll ab. Von dem Wahlrecht gemäß BilMoG, die auf die Entwicklungsphase von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens entfallenden Herstellungskosten zu aktivieren, macht die Bank keinen Gebrauch.

Mit der Einführung des BilMoG ergaben sich erhebliche Änderungen in der Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste. Bei der Bewertung von Rückstellungen sind infolge der Gesetzesänderung Kosten- und Preissteigerungen, bei Pensionsrückstellungen insbesondere Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie ein Rententrend verpflichtend zu berücksichtigen. Ferner wurde ein Abzinsungsgebot für Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr eingeführt. Die Abzinsung hat auf der Grundlage des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der Rückstellungen beziehungsweise der diesen zugrunde liegenden Verpflichtungen, zu erfolgen. Die Zinskurve wird zum Ende eines jeden Monats ermittelt und der Öffentlichkeit auf der Internetseite der Deutschen Bundesbank zur Verfügung gestellt.

Bei den Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen einschließlich der Verpflichtungen gegenüber der NRW.BANK aus Pensionszusagen wurde bezogen auf den Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung der geänderten Vorschriften am 1. Januar 2010 in der Gesamtbetrachtung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen eine Unterdeckung in Höhe von 478,3 Mio € ermittelt. Die Bank macht von dem Wahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB Gebrauch, den sich aus der geänderten Bewertung ergebenden Unterschiedsbetrag über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zuzuführen. Der anteilige Zuführungsbetrag wird im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen.

Weiterhin wurde im Rahmen der erstmaligen Anwendung der geänderten Vorschriften am 1. Januar 2010 dem Einzelbewertungsgrundsatz folgend für einen Teil der anderen Rückstellungen ein Zuführungsbedarf ermittelt, der das Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 mit einem außerordentlichen Aufwand von 28,7 Mio € belastet. Für einen anderen Teil der anderen Rückstellungen wurden Überdeckungen in Höhe von 15,1 Mio € ermittelt, bei denen die Bank vom Wahlrecht der Beibehaltung dieser Überdeckungen gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch macht.

Das für das Geschäftsjahr berechnete Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB haben wir nicht angegeben, da diese Angabe in unseren Konzernabschluss einbezogen wird.

Zwischen der WestLB und den ihr nahestehenden Unternehmen und Personen bestanden im Geschäftsjahr 2010 ausschließlich Geschäfte, denen marktübliche Bedingungen zugrunde lagen. Auf eine Angabe gemäß § 285 Nr. 21 HGB wurde daher verzichtet.

Mit dem BilMoG wurden die Vorschriften zur Währungsumrechnung geändert. Dies erfolgte in der Form, dass zunächst § 256a HGB, eine für alle Unternehmen geltende Norm, erstmals in das Gesetz eingefügt wurde. Gemäß § 256a HGB sind auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umzurechnen und grundsätzlich nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften zu behandeln. Ergänzend schreibt die für Kreditinstitute geltende Spezialnorm des § 340h HGB zur Währungsumrechnung vor, dass § 256a HGB mit der Maßgabe gilt, dass Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen sind, soweit die Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind. Ferner sind gemäß dem geänderten § 340e Abs. 3 HGB Handelsbestände, einschließlich diesen zugeordnete Fremdwährungspositionen, zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. Die Bewertung von Fremdwährungspositionen im Handel nach § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB geht der Bewertung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB vor.

Da die WestLB bereits in Vorjahren die Bewertung von Handelsbeständen nach der risikoadjustierten Marktbewertungsmethode vorgenommen hat und Fremdwährungspositionen im Nichthandelsbestand als besonders gedeckt eingestuft waren, haben sich die Vorschriften

zur Währungsumrechnung hinsichtlich der Aufwands- und Ertragsvereinnahmung für die WestLB vom Ergebnis her nicht geändert. Die Währungsrisiken aus Nichthandelsbeständen der WestLB werden für Zwecke des Risikomanagements grundsätzlich in dafür vorgesehene Handelsbücher transferiert und dort nach den Vorschriften für die Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands bewertet. Dementsprechend werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340e Abs. 3 HGB im Nettoergebnis des Handelsbestands erfasst.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte sind mit den EZB-Referenzkursen vom 31. Dezember 2010 umgerechnet, schwebende Termingeschäfte (Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäfte) zum Terminmittelkurs beziehungsweise Optionspreis desselben Tages. Kursgesicherte Aufwendungen und Erträge werden zum Sicherungskurs umgerechnet. Swapprämien aus kursgesicherten Bilanzposten werden zeitanteilig abgegrenzt und im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mit der Einführung des BilMoG wurde auch das Konzept zur Ermittlung latenter Steuern geändert. In Abkehr vom GuV-orientierten Konzept („timing differences concept“) ist nunmehr das bilanzorientierte Konzept („temporary differences concept“) anzuwenden. Die WestLB macht von dem Wahlrecht zur Aktivierung latenter Steuern im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 erstmals Gebrauch. Dabei wurden keine aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge angesetzt. Aus der Umstellung ergab sich ein erfolgsneutral mit den Gewinnrücklagen zu verrechnender Effekt in Höhe von 2,5 Mio €.

Im Deckungsstock der WestLB sind zum Stichtag keine Hypothekendarlehen enthalten. Die Aufteilung der Kommunalkredite (9,3 Mrd €) und andere Forderungen (1,2 Mrd €) ergibt sich im Detail aus der Angabe in der Tabelle „Zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen“. Keine Forderung im Deckungsstock ist täglich fällig, und Forderungen gegen Beleihung von Wertpapieren liegen nicht vor. Aus dem Pfandbriefgeschäft ergaben sich keine materiellen Rechnungsabgrenzungsposten. Die WestLB hat ausschließlich öffentliche Namenspfandbriefe (1,8 Mrd €) sowie öffentliche Pfandbriefe (7,8 Mrd €) begeben. Täglich fällige Pfandbriefe und zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe sind nicht vorhanden.

3. Stabilisierungsmaßnahme

Zum Jahresende 2009 hatten sich der SoFFin, die WestLB und ihre Eigentümer auf einen Fahrplan zur Stabilisierung der Bank verständigt. Daraufhin wurde am 23. Dezember 2009 die Gründung der EAA in das Handelsregister eingetragen.

Entsprechend dieses Fahrplans wurden in einem ersten Schritt Wertpapiere zum HGB-Buchwert von rund 6,2 Mrd € und Verbindlichkeiten zum HGB-Buchwert von rund 5,5 Mrd € rückwirkend zum 1. Januar 2009 im Wege der Abspaltung zur Aufnahme gemäß §§ 123 Abs. 2 Nr. 1 und 131 Abs. 1 Umwandlungsgesetz (UmwG) in Verbindung mit § 8a

Abs. 8 Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz (FMStFG) auf die EAA übertragen. Die Eintragung der Spaltung in das Handelsregister wurde ebenfalls am 23. Dezember 2009 vollzogen. Im Rahmen dieser Abspaltung erhielt die EAA von der WestLB AG Eigenkapital in Höhe von 672,4 Mio €. Im Gegenzug erfolgte die Einzahlung der ersten Tranche der stillen Einlage des SoFFin zugunsten der WestLB in Höhe von 672,4 Mio € am 23. Dezember 2009. Zu weiteren Ausführungen verweisen wir auf unseren Einzelabschluss 2009.

Am 4. Januar 2010 wurde die zweite Tranche der stillen Einlage des SoFFin in Höhe von 1,5 Mrd € eingezahlt.

Auf Basis der entsprechenden Hauptversammlungsbeschlüsse im April 2010 erfolgte am 30. April 2010 wie geplant der zweite Schritt mit der Übertragung des Hauptportfolios auf die EAA rückwirkend zum 1. Januar 2010. Dabei kamen neben der Abspaltung auch die Transferwege der Unterbeteiligung, der rechtsgeschäftlichen Übertragung sowie der Garantie zur Anwendung. Insgesamt wurden deutlich mehr Vermögenswerte als Verbindlichkeiten übertragen. In Höhe von 2.465,0 Mio € erhielt die EAA zusätzliches Eigenkapital. Der darüber hinausgehende Unterschiedsbetrag (Ausgleichsforderung) wurde zunächst durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen der EAA und die Einbuchung von Kreditforderungen beglichen (vgl. Vermögenslage im Lagebericht). Die Abspaltung zur Aufnahme gemäß §§ 123 Abs. 2 Nr. 1, 131 Abs. 1 UmwG in Verbindung mit § 8a Abs. 8 FMStFG wurde am 30. April 2010 in das Handelsregister Düsseldorf eingetragen.

Ebenfalls am 30. April 2010 ging die Zahlung der dritten Tranche der stillen Einlage des SoFFin in Höhe von 827,6 Mio € ein und füllte damit die stille Einlage auf insgesamt nominal 3,0 Mrd € auf. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 23. April 2010 wurde das Grundkapital der WestLB von 2.269,5 Mio € um 1.302,9 Mio € auf 966,6 Mio € herabgesetzt (vereinfachte Kapitalherabsetzung gemäß § 145 UmwG in Verbindung mit § 229 ff. AktG). Die Kapitalrücklage wurde um 1.162,1 Mio € auf 96,7 Mio € reduziert.

Unter Berücksichtigung der Übertragung des ersten Teilportfolios am 23. Dezember 2009 wurden 3.137,4 Mio € Eigenkapital auf die EAA transferiert. Im Gegenzug erhielt die WestLB die stille Einlage des SoFFin in Höhe von 3,0 Mrd €, die handelsrechtliches Eigenkapital und aufsichtsrechtliches Kernkapital darstellt.

Der Vorstand der Bank wurde von der außerordentlichen Hauptversammlung am 23. April 2010 ermächtigt, dem Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) das Recht einzuräumen, die stille Einlage ganz oder teilweise in Aktien der WestLB AG umzutauschen. Hierzu wurde eine neue Aktiegattung C eingerichtet, die mit einem Dividendenvorzug von 10%, einem Vorzug bei Gewinnen aus dem Verkauf von Betriebsteilen und Tochtergesellschaften sowie einem Vorrang im Liquidationsfall ausgestattet ist. Die Beteiligung des FMS darf 49,9% des Grundkapitals nicht übersteigen. Es wurde gemäß § 7a Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz (FMStBG) in Verbindung mit § 192 ff. AktG eine bedingte Kapitalerhöhung in Höhe von 966,6 Mio € vorgenommen. Der Vertrag über die Einräumung eines Wandlungsrechts wurde im April 2010 abgeschlossen.

Bei der Darstellung der angepassten Vorjahresbilanz im Bilanzformblatt wurden zum einen die zweite und dritte Tranche der stillen Einlage des SoFFin in Höhe von 2,3 Mrd € und zum anderen die rechnerische Ausgleichsforderung an die EAA in Höhe von 17,2 Mrd € ausgewiesen.

Durch die am 30. April 2010 erfolgte Übertragung des Hauptportfolios nicht strategienotwendiger Aktivitäten rückwirkend zum 1. Januar 2010 verringerten sich die Aktiva um 41,6 Mrd € und die Passiva um 21,9 Mrd €. Der Betrag der übertragenen Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen belief sich auf insgesamt 9,8 Mrd €. Die nachfolgenden Tabellen zeigen die auf die EAA übertragenen Aktiva und Passiva nach Bilanzposten mit Buchwerten zum 1. Januar 2010:

	1. 1. 2010 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	911,5
Forderungen an Kunden	12.879,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26.384,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	25,8
Beteiligungen	128,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	557,3
Sonstige Vermögensgegenstände	581,6
Rechnungsabgrenzungsposten	107,0
Summe Aktiva	41.575,2

	1. 1. 2010 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.531,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.605,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.457,7
Sonstige Verbindlichkeiten	145,5
Rechnungsabgrenzungsposten	144,9
Rückstellungen	2,2
Summe Passiva	21.887,3

Zusätzlich wurden Vermögenswerte (Buchwert am 31. Dezember 2010: 1,9 Mrd €) von der EAA garantiert. Im Unterschied zu den anderen Transferwegen verbleiben im Falle der Garantieübernahme durch die EAA die garantierten Vermögenswerte in der Bilanz der WestLB. Insofern erfasst die WestLB auch weiterhin die Erträge aus den garantierten Vermögenswerten in der Gewinn- und Verlustrechnung. Jedoch stehen diesen Erträgen neben den Refinanzierungsaufwendungen die Aufwendungen für Garantiegebühren gegenüber, die die WestLB der EAA für die Übernahme der Ausfallrisiken zahlt. Bis zum 31. Dezember 2010 ergaben sich hieraus insgesamt Aufwendungen in Höhe von 12,4 Mio €.

Steuerliche Fragestellungen aus der Übertragung des Hauptportfolios wurden, soweit sie das Inland betreffen, im Rahmen einer verbindlichen Auskunft weitestgehend geklärt. Für mögliche verbliebene steuerliche Risiken vor allem im Ausland ist Vorsorge getroffen.

Erläuterungen zur Bilanz

4. Forderungen an Kreditinstitute

	31. 12. 2010 Mio €		31. 12. 2009 Mio €	
	Forderungen an angeschlossene Kreditinstitute	Forderungen an andere Kreditinstitute	Forderungen an angeschlossene Kreditinstitute	Forderungen an andere Kreditinstitute
täglich fällig	375,6	2.892,5	268,4	10.768,3
mit Restlaufzeiten				
– bis 3 Monate	36,4	959,5	299,7	30.325,7
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	52,3	2.352,3	128,6	8.703,8
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.125,5	2.194,9	688,5	2.127,3
– mehr als 5 Jahre	124,7	633,7	1.622,1	879,1
Insgesamt	2.714,5	9.032,9	3.007,3	52.804,2
Bilanzausweis	11.747,4		55.811,5	

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 911,5 Mio €.

Zu den angeschlossenen Kreditinstituten nach § 2 Ziffer 2 der Satzung der WestLB AG (Sparkassenzentralbankfunktion) gehören die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und die Sparkassen in Brandenburg.

In den Forderungen an andere Kreditinstitute sind Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 2.808,5 (Vorjahr 8.649,0) Mio € und an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 1,4 (Vorjahr 159,5) Mio € enthalten. Auf Leasingfinanzierungen entfallen Forderungen in Höhe von 1.035,5 (Vorjahr 276,3) Mio €.

5. Forderungen an Kunden

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Bilanzausweis	43.380,9	69.501,9
darunter:		
– an verbundene Unternehmen	738,6	2.366,1
– an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	414,1	590,7
– aus dem Leasinggeschäft	717,6	2.292,1
mit Restlaufzeiten		
– bis 3 Monate	4.082,5	10.991,0
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6.279,2	12.785,1
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	20.984,1	29.412,4
– mehr als 5 Jahre	11.540,6	13.878,2
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	494,5	2.435,2

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die Forderungen an Kunden um 12.879,0 Mio €.

6. Durch Grundpfandrechte besicherte Forderungen

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Forderungen an Kunden mit Restlaufzeiten		
– bis 3 Monate	16,5	41,8
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	10,9	26,4
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	13,8	196,5
– mehr als 5 Jahre	9,3	116,9
Bilanzausweis	50,5	381,6

7. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Bilanzausweis	21.824,1	46.651,3
darunter:		
Beträge, die bis zum 31. 12. des folgenden Geschäftsjahres fällig werden	6.747,6	10.288,8
Zusammensetzung		
– Geldmarktpapiere	3.247,7	4.460,3
– Anleihen und Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	13.529,9	7.666,1
– Anleihen und Schuldverschreibungen anderer Emittenten	5.046,5	34.215,4
– eigene Schuldverschreibungen	–	309,5
Zusammensetzung nach Börsenfähigkeit		
– börsenfähige Wertpapiere	21.824,1	46.651,3
davon:		
– börsennotiert	5.427,9	21.162,2
– nicht börsennotiert	16.396,2	25.489,1
Zusammensetzung nach Bestandsart		
– Handelsbestand	–	10.625,9
– Liquiditätsreserve	–	84,4
– Finanzanlagebestand	21.824,1	35.941,0
Zusammensetzung nach Konzernzugehörigkeit		
– Wertpapiere von verbundenen Unternehmen	2.039,5	8.160,3
– Wertpapiere von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	260,8

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere um 26.384,7 Mio €.

Der Finanzanlagebestand in Höhe von 21,8 (Vorjahr 35,9) Mrd € ist Teil des Anlagevermögens. Zum Bilanzstichtag sind Finanzanlagen mit einem Buchwert von 3,8 (Vorjahr 20,5) Mrd € zum gemilderten Niederstwert angesetzt. Der beizulegende Zeitwert dieser Bestände beläuft sich auf 3,7 (Vorjahr 18,9) Mrd €. Von dem Bestand entfallen 0,4 (Vorjahr 1,9) Mrd € auf Anleihen, die in Verbindung mit Zinsswaps angeschafft wurden (Asset Swaps).

Den Teil der genannten Anlagebestände, der nicht auf Einzelbasis mit Asset Swaps abgesichert wurde (3,4 Mrd €), refinanzieren wir entweder fristen- und währungskongruent oder sichern ihn auf Portfoliobasis gegen zinsinduzierte Wertveränderungen ab.

8. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Bilanzausweis	124,6	361,2
Zusammensetzung nach Börsenfähigkeit		
– börsenfähige Wertpapiere	105,9	276,8
davon:		
– börsennotiert	20,0	245,1
– nicht börsennotiert	85,9	31,7
Zusammensetzung nach Bestandsart		
– Handelsbestand	–	246,1
– Liquiditätsreserve	–	25,4
– Finanzanlagebestand	124,6	89,7

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere um 25,8 Mio €.

Von den im Finanzanlagebestand gehaltenen Papieren wurde ein Bestand von 25,0 Mio € zum gemilderten Niederstwert bewertet. Der beizulegende Zeitwert dieser Bestände unterschreitet um 5,4 Mio € den Buchwert; im Vorjahr lag der beizulegende Zeitwert um 13,0 Mio € unter dem Buchwert.

9. Handelsbestand

	31. 12. 2010 Mio €
Derivative Finanzinstrumente	43.338,1
Forderungen	34.330,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.472,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.247,5
Risikoabschlag gemäß § 340 e Abs. 3 S. 1 HGB	– 21,1
Bilanzausweis	89.366,9

Der erstmalig mit der Umsetzung des BilMoG auszuweisende Posten Handelsbestand setzt sich im Wesentlichen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie den beizulegenden Zeitwerten der Derivate des Handelsbestands zusammen. Im Hinblick auf den erstmaligen Ansatz der beizulegenden Zeitwerte für die Derivate erfolgte damit eine deutliche Bilanzverlängerung im Vergleich zum Vorjahr.

Der Rückgang in den Posten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ist zu einem großen Teil auf den geänderten Ausweis der Wertpapierpensionsgeschäfte (Reverse Repos) sowie der Zinsabgrenzungen aus Derivaten zurückzuführen.

Weitere Umgliederungen in den Handelsbestand betrafen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie sonstige Vermögensgegenstände.

10. Beteiligungen

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Bilanzausweis	519,4	639,5
darunter:		
– an Kreditinstituten	9,5	25,0
– an Finanzdienstleistungsinstituten	0,0	0,0
Zusammensetzung nach Börsenfähigkeit		
– börsenfähige Wertpapiere	2,3	42,9
davon:		
– börsennotiert	1,2	1,2
– nicht börsennotiert	1,1	41,7

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die Beteiligungen um 128,3 Mio €.

11. Anteile an verbundenen Unternehmen

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Bilanzausweis	1.636,1	2.961,1
darunter:		
– an Kreditinstituten	822,3	1.839,3
– an Finanzdienstleistungsinstituten	27,8	54,0
Zusammensetzung nach Börsenfähigkeit		
– börsenfähige Wertpapiere	281,3	1.070,7
davon:		
– nicht börsennotiert	281,3	1.070,7

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die Anteile an verbundenen Unternehmen um 557,3 Mio €. Weitere Rückgänge resultieren aus Veräußerungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Auflagen und betrafen insbesondere die WestLB International S.A., Luxemburg, und die Banque d'Orsay S.A., Paris.

Bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen unterschreitet bei einem Volumen von 63,0 Mio € der beizulegende Zeitwert den Buchwert um 8,7 Mio €. Wir gehen von keiner dauerhaften Wertminderung aus.

12. Treuhandvermögen

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Forderungen an Kunden	5,1	5,9
Sonstige Vermögensgegenstände	564,4	338,5
Bilanzausweis	569,5	344,4

Der Anstieg im Geschäftsjahr 2010 resultiert im Wesentlichen aus der Übernahme des Treuhandgeschäfts von der Westdeutschen ImmobilienBank AG, Mainz.

13. Sonstige Vermögensgegenstände

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Bilanzausweis	1.433,5	9.146,0
darunter:		
– Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	651,7	584,5
– Steuererstattungsansprüche	458,7	351,4
– Forderungen aus Ergebnisübernahmen	120,2	198,9
– Ansprüche aus Swapgeschäften	0,1	1.260,0
– Prämien für Optionsrechte	–	4.031,7
– Ausgleichsposten aus der Bewertung der Handelsgeschäfte	–	2.563,9

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die sonstigen Vermögensgegenstände um 581,6 Mio €.

Die am 31. Dezember 2010 ausgewiesenen Ansprüche aus Swapgeschäften resultieren aus Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind. Ansonsten sind die noch im Vorjahr hier ausgewiesenen Ansprüche aus Swapgeschäften, Prämien für Optionsrechte und Ausgleichsposten aus der Bewertung der Handelsgeschäfte gemäß BilMoG nunmehr im Handelsbestand enthalten.

14. Anlagevermögen

	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen kumuliert	Abschreibungen Geschäftsjahr	Buchwert	Buchwert	Übertragungsbedingte Abgänge	
in Mio €	1. 1. 2010					31. 12. 2010		31. 12. 2010	31. 12. 2009		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens	9.588,3							–	21.824,1	35.941,0	26.384,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens	89,3							–	124,6	89,7	0,4
Beteiligungen	584,1							6,4	519,4	639,5	128,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.218,2							387,1	1.636,1	2.961,1	557,3
Immaterielle Anlagewerte	281,9	5,5	14,4	–	–	238,1	11,4	34,9	40,9	–	–
Grundstücke und Gebäude	47,5	0,2	0,5	–	–	37,4	0,6	9,8	10,6	–	–
Leasingvermögen	7,0	–	–	–	–	1,5	0,6	5,5	5,7	–	–
Betriebs- und Geschäftsausstattung	280,8	13,3	34,1	–	–	205,6	18,8	54,4	60,9	–	–

Wechselkursveränderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei ausländischen Niederlassungen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten sowie bei den kumulierten Abschreibungen berücksichtigt. Die Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1. Januar 2010 umfassen die Bestände nach Abspaltung.

Die Veränderungen im Geschäftsjahr bei den Wertpapieren umfassen im Wesentlichen die Zugänge der Schuldverschreibungen zur Refinanzierung der EAA in Höhe von 14,7 Mrd €. Neben weiteren Zu- und Abgängen resultieren die Bestandsveränderungen bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren aus der zeitanteiligen Auflösung von Agien und Disagien. Die Bestandsveränderung im Geschäftsjahr bei den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren betrifft im Wesentlichen Investmentzertifikate. Im Geschäftsjahr 2010 haben wir keine Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens aufgrund einer erwarteten dauerhaften Wertminderung vorgenommen.

Die Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit 228,0 Mio € auf die Umsetzung der EU-Auflagen zurückzuführen. 155,6 Mio € entfallen auf die Repatriierung von Kapital einer im Geschäftsjahr veräußerten Tochtergesellschaft.

Der Posten Grundstücke und Gebäude enthält ausschließlich nicht dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende Liegenschaften. Auf Grundstücke und Gebäude aus Rettungserwerben, die wir länger als fünf Jahre im Bestand haben, entfallen 2,5 (Vorjahr 2,6) Mio €.

15. Eigene Aktien

Während des gesamten Geschäftsjahres haben wir keine eigenen Aktien erworben. Am Jahresende befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand.

16. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Einmalzahlungen aus Swaps	212,0	215,6
Disagio aus dem Emissionsgeschäft	200,8	272,9
Disagio aus Verbindlichkeiten	147,4	197,8
Agio aus Forderungen	5,8	5,2
Sonstiges	23,8	21,5
Bilanzausweis	589,8	713,0

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten um 107,0 Mio €.

Die Einmalzahlungen aus Swaps resultieren insbesondere aus Zins-/Währungsswaps und Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind.

17. Latente Steuern

Die latenten Steuern beruhen auf den folgenden Differenzen und steuerlichen Verlustvorträgen:

	Bemessungs- grundlage €	Steuersatz in %
Barreserve	- 2.646.378,58	31,23
Forderungen an Kreditinstitute	4.984.078.646,58	27,25
Forderungen an Kunden	2.869.641.789,32	28,17
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	265.249.048,77	32,23
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – Sonstige	31.729.427,00	27,25
Handelsbestand – Vor Risikoabschlag i.S.d. § 340e Abs. 3 HGB	- 30.854.567.227,34	27,26
Handelsbestand – Risikoabschlag (./.)	8.874.392,15	27,25
Anteile an verbundenen Unternehmen – Personengesellschaften – Nur körperschaftsteuerpflichtig	19.182.689,38	15,82
Anteile an verbundenen Unternehmen – Personengesellschaften – Gewerbe- und körperschaftsteuerpflichtig	- 24.889.583,45	31,23
Immaterielle Anlagewerte – Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	9.150.795,22	27,25
Immaterielle Anlagewerte – Sonstige	- 420.074,36	27,03
Sachanlagen	14.793.935,89	36,30
Sonstige Vermögensgegenstände – Sonstige	103.146.970,30	25,81
Rechnungsabgrenzungsposten	10.881.531,22	33,21
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 4.344.784.313,34	27,25
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 1.727.926.289,87	27,25
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 1.092.087.279,79	27,25
Handelsbestand	30.951.891.285,83	27,25
Sonstige Verbindlichkeiten – Sonstige	5.130.413,69	27,11
Rechnungsabgrenzungsposten	4.273.558,21	27,25
Rückstellungen – Pensionen u. ä. Verpflichtungen zur Verrechnung mit Vermögensgegenständen vor Verrechnung	44.434.932,95	31,16
Rückstellungen – Drohverlustrückstellungen	53.579.137,06	27,25
Rückstellungen – andere Rückstellungen	133.957.854,78	36,56
Erfolgswirksame abzugsfähige temp. Diff. vor BMG-Transfer – KöSt-Anteil	39.608.741.314,65	27,28
Erfolgswirksame zu versteuernde temp. Diff. vor BMG-Transfer – KöSt-Anteil	- 38.146.066.053,03	27,22
Erfolgswirksame abzugsfähige temp. Diff. vor BMG-Transfer – GewSt-Anteil	39.589.558.625,27	0,10
Erfolgswirksame zu versteuernde temp. Diff. vor BMG-Transfer – GewSt-Anteil	- 38.146.066.053,03	0,04
Erhaltene abzugsfähige temp. Diff. – KöSt-Anteil	6.411.396,17	15,82
Erhaltene zu versteuernde temp. Diff. – KöSt-Anteil	- 65.939.378,14	15,82
Erhaltene abzugsfähige temp. Diff. – GewSt-Anteil	6.411.396,17	15,40
Erhaltene zu versteuernde temp. Diff. – GewSt-Anteil	- 65.939.378,14	15,40
Erfolgswirksame abzugsfähige temp. Diff. nach BMG-Transfer – KöSt-Anteil	39.615.152.710,82	27,28
Erfolgswirksame zu versteuernde temp. Diff. nach BMG-Transfer – KöSt-Anteil	- 38.212.005.431,17	27,20
Erfolgswirksame abzugsfähige temp. Diff. nach BMG-Transfer – GewSt-Anteil	39.595.970.021,44	0,10
Erfolgswirksame zu versteuernde temp. Diff. nach BMG-Transfer – GewSt-Anteil	- 38.212.005.431,17	0,06
Bewertungsabschlag auf abzugsfähige temp. Diff. nach BMG-Transfer – KöSt-Anteil	- 1.238.923.988,80	29,33
Bewertungsabschlag auf abzugsfähige temp. Diff. nach BMG-Transfer – GewSt-Anteil	- 76.151.925,02	13,15
Voraussichtlich zukünftig nutzbarer KSt-/SolZ-Verlustvortrag	782.254.110,37	22,34
Voraussichtlich zukünftig nutzbarer GewSt-Verlustvortrag	567.757.106,22	17,21
Voraussichtlich zukünftig verrechenbare „Capital Losses“	178.488.955,25	10,00
Bewertungsabschlag auf KSt-/SolZ-Verlustvortrag	- 782.254.110,37	22,34
Bewertungsabschlag auf GewSt-Verlustvortrag	- 567.757.106,22	17,21
Bewertungsabschlag auf verrechenbare „Capital Losses“	- 178.488.955,25	10,00

Zum 31. Dezember 2010 betragen die aktiven latenten Steuern der WestLB 55,9 Mio €; die passiven latenten Steuern belaufen sich auf 0,3 Mio €. Daraus ergibt sich aus der Aktivierung latenter Steuern ein Betrag in Höhe von 55,6 Mio €, der der Ausschüttungssperre gemäß § 268 Abs. 8 HGB unterliegt.

Aus der durch das BilMoG geänderten Anwendung des bilanzorientierten Konzepts zur Ermittlung der latenten Steuern anstelle des bisherigen GuV-orientierten Konzepts ergab sich ein Steuereffekt in Höhe von 2,5 Mio €, der erfolgsneutral in den anderen Gewinnrücklagen zu erfassen war.

18. Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind enthalten in:

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	128,7	248,3
darunter: gegenüber verbundenen Unternehmen	16,0	160,0
darunter: gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	88,3
Forderungen an Kunden	138,1	220,5
darunter: gegenüber verbundenen Unternehmen	1,0	31,5
darunter: gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	12,9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27,8	69,7
darunter: gegenüber verbundenen Unternehmen	–	0,1
darunter: gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	49,6	70,7
darunter: gegenüber verbundenen Unternehmen	–	1,2
darunter: gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Handelsbestand	16,8	–
darunter: gegenüber verbundenen Unternehmen	1,8	–
darunter: gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Insgesamt	361,0	609,2

19. In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen in Pension gegebenen Vermögensgegenstände beträgt 9.972,9 (Vorjahr 11.206,0) Mio €.

20. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31. 12. 2010 Mio €		31. 12. 2009 Mio €	
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditinstituten
täglich fällig	2.214,7	893,8	2.819,6	6.515,1
mit Restlaufzeiten				
– bis 3 Monate	2.823,1	5.392,6	2.911,7	36.137,3
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.332,7	682,4	1.282,7	11.824,5
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	847,0	2.401,8	1.281,7	4.123,9
– mehr als 5 Jahre	598,8	562,8	790,7	2.562,0
Insgesamt	7.816,3	9.933,4	9.086,4	61.162,8
Bilanzausweis	17.749,7		70.249,2	

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 4.531,8 Mio €.

In diesem Bilanzposten sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 38,5 (Vorjahr 3.827,0) Mio € und gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 0 (Vorjahr 112,0) Mio € enthalten.

21. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Spareinlagen	0,2	0,2
darunter:		
– Spareinlagen mit vereinbarten Kündigungsfristen		
– bis 3 Monate	0,2	0,2
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	–	–
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	–	–
– mehr als 5 Jahre	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.744,2	53.152,5
darunter:		
– täglich fällig	6.021,5	13.216,2
mit Restlaufzeiten		
– bis 3 Monate	12.022,2	20.457,8
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.795,3	6.155,0
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.865,1	4.326,4
– mehr als 5 Jahre	7.040,1	8.997,1
Bilanzausweis	29.744,4	53.152,7
darunter:		
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	545,2	893,1
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29,9	56,8

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 4.605,2 Mio €.

22. Verbriefte Verbindlichkeiten

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Begebene Schuldverschreibungen	26.221,4	34.799,1
darunter:		
Beträge, die bis zum 31. 12. des folgenden Geschäftsjahres fällig werden	2.700,0	8.753,9
Anderer verbrieft Verbindlichkeiten	4.048,0	9.260,4
darunter mit Restlaufzeiten:		
– bis 3 Monate	194,4	365,3
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	254,8	678,1
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.468,8	4.863,1
– mehr als 5 Jahre	130,0	3.353,9
Bilanzausweis	30.269,4	44.059,5
darunter:		
– gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die verbrieften Verbindlichkeiten um 12.457,7 Mio €.

23. Handelsbestand

	31. 12. 2010 Mio €
Derivative Finanzinstrumente	43.518,5
Verbindlichkeiten	40.765,1
Bilanzausweis	84.283,6

Der erstmalig mit der Umsetzung des BilMoG auszuweisende Posten Handelsbestand setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Wertpapierpensionsgeschäften sowie den beizulegenden Zeitwerten der Derivate des Handelsbestands.

Im Hinblick auf den erstmaligen Ansatz der beizulegenden Zeitwerte für die Derivate erfolgte damit eine deutliche Bilanzverlängerung im Vergleich zum Vorjahr.

Der Rückgang in den Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ist zu einem großen Teil auf den geänderten Ausweis der Wertpapierpensionsgeschäfte sowie der Zinsabgrenzungen aus Derivaten zurückzuführen.

Weitere Umgliederungen in den Handelsbestand betrafen verbrieft Verbindlichkeiten sowie sonstige Verbindlichkeiten.

24. Treuhandverbindlichkeiten

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,4	0,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	569,1	344,0
Bilanzausweis	569,5	344,4

Der Anstieg im Geschäftsjahr 2010 resultiert im Wesentlichen aus der Übernahme des Treuhandgeschäfts von der Westdeutschen ImmobilienBank AG, Mainz.

25. Sonstige Verbindlichkeiten

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Bilanzausweis	1.134,0	10.234,3
darunter:		
- Verpflichtungen gegenüber der NRW.BANK aus Pensionszusagen	670,1	634,9
- Verbindlichkeiten aus fälligen Genussrechten	267,1	579,3
- Verpflichtungen aus Swappgeschäften	0,5	1.257,7
- Prämien aus Optionsgeschäften	-	6.531,6
- Lieferverpflichtungen aus Wertpapiergeschäften	-	966,8

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die sonstigen Verbindlichkeiten um 145,5 Mio €.

Die am 31. Dezember 2010 ausgewiesenen Verpflichtungen aus Swappgeschäften resultieren aus Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind. Ansonsten sind die noch im Vorjahr hier ausgewiesenen Verpflichtungen aus Swappgeschäften, Prämien aus Optionsgeschäften und Lieferverpflichtungen aus Wertpapiergeschäften gemäß BilMoG nunmehr im Handelsbestand enthalten.

26. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Einmalzahlungen aus Swaps	363,0	523,2
Agio aus dem Emissionsgeschäft	45,5	48,5
Agio aus Verbindlichkeiten	2,5	4,5
Sonstiges	10,5	18,5
Bilanzausweis	421,5	594,7

Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die passiven Rechnungsabgrenzungsposten um 144,9 Mio €.

Die Einmalzahlungen aus Swaps resultieren insbesondere aus Zins-/Währungsswaps und Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind.

27. Rückstellungen

	Bestand	Übertragungsbedingte Abgänge	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Zuführung aufgrund der BilMoG-Erstanwendung	Sonstige Änderungen	Bestand
in Mio €	31. 12. 2009								31. 12. 2010
für Pensionsverpflichtungen	567,6	0,0	49,9	21,8	10,1	42,2	8,9	- 8,6	548,5
für Steuern	367,0	0,0	15,4	30,4	127,4	0,0	0,0	3,1	451,7
Andere Rückstellungen	925,6	2,2	342,2	168,9	375,4	19,2	28,7	3,0	838,6
- im Personalbereich	382,0	0,0	109,1	19,3	75,3	15,1	27,3	7,0	378,3
- für Kredite/Beteiligungen	66,4	2,2	4,4	35,0	26,5	0,4	0,0	- 5,1	46,6
- Sonstige	477,2	0,0	228,7	114,6	273,6	3,7	1,4	1,1	413,7
Bilanzausweis	1.860,2	2,2	407,5	221,1	512,9	61,4	37,6	- 2,5	1.838,8

Aufgrund der Abspaltung auf die EAA verringerten sich die anderen Rückstellungen um 2,2 Mio €.

Die Barwerte der Altersversorgungsverpflichtungen ermitteln unabhängige Versicherungsmathematiker nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) unter Berücksichtigung zukünftiger Gehalts- und Rentensteigerungen. Hierfür wurden folgende Rechnungsparameter und Annahmen zugrunde gelegt:

	31. 12. 2010
Abzinsungssatz	5,16%
Gehaltstrend	4,00%
Rententrend	2,00%
Fluktuation	4,00%-5,00%
Sterbetafeln	Heubeck Richttafeln 2005 G

Von der bei Erstanwendung des BilMoG ermittelten Unterdeckung aus der Bewertung der Altersversorgungsverpflichtungen in Höhe von 478,3 Mio € (einschl. der Verpflichtungen gegenüber der NRW.BANK aus Pensionszusagen in Höhe von 344,7 Mio €) wurde im Geschäftsjahr 2010 gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ein Fünftel zugeführt. Zum 31. Dezember 2010 bestehen somit nicht in der Bilanz ausgewiesene Altersversorgungsverpflichtungen in Höhe von 446,4 Mio €. Davon entfallen auf die Verpflichtungen gegenüber der NRW.BANK aus Pensionszusagen 321,7 Mio €. Die bestehende Pensionsrückstellung in Höhe von 670,1 Mio € zum 31. Dezember 2010 weisen wir unter den sonstigen Verbindlichkeiten aus (siehe Anhangangabe Nr. 25).

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB besteht für sämtliche Rückstellungen, deren Wertansatz aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertung von Verpflichtungen an sich gemindert werden müsste, ein Beibehaltungswahlrecht, soweit der Differenzbetrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Die WestLB hat von diesem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die Überdeckungen in Höhe von 15,1 Mio € wurden mit 4,9 Mio € gegen den aus diesem Teil der Rückstellungen im Geschäftsjahr 2010 entstandenen Aufzinsungsaufwand gestellt. 2,0 Mio € wurden aufgelöst, da die zugrunde liegenden Einzelfälle im Geschäftsjahr 2010 beendet wurden. Zum 31. Dezember 2010 bestehen somit Überdeckungen in Höhe von 8,2 Mio €.

Bei weiteren anderen Rückstellungen haben sich die Wertansätze aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertung von Verpflichtungen erhöht. Die erforderlichen Zuführungsbeträge in Höhe von 28,7 Mio € wurden vollständig zulasten des außerordentlichen Ergebnisses erfasst.

Im Geschäftsjahr 2010 erforderlicher Aufzinsungsaufwand der Rückstellungen in Höhe von 130,8 Mio € wurde mit 4,9 Mio € gegen die aus der Erstanwendung des BilMoG resultierenden Überdeckungen kompensiert. Der verbleibende nicht bankgeschäftliche Aufzinsungsaufwand in Höhe von 125,5 Mio € wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Von den anderen Rückstellungen entfallen 293,1 (Vorjahr 342,3) Mio € auf Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reduzierung des Personalbestands, davon betreffen 35,7 (Vorjahr 70,8) Mio € Restrukturierungsrückstellungen (sonstige Rückstellungen). Darüber hinaus sind in den sonstigen Rückstellungen 60,8 (Vorjahr 99,2) Mio € für Dienstleistungen für die Erste Abwicklungsanstalt, 39,5 (Vorjahr 0,0) Mio € als Stützungsmaßnahme für eine Gesellschaft im Lebensversicherungsgeschäft, 17,9 (Vorjahr 25,5) Mio € zur Abdeckung von Prozessrisiken, 42,6 (Vorjahr 50,1) Mio € für die Anpassung der Betriebs- und Organisationsstruktur sowie 16,3 (Vorjahr 18,8) Mio € für Vertriebsprovisionen enthalten.

28. Nachrangige Verbindlichkeiten

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Bilanzausweis	2.322,4	2.522,4
darunter:		
– gegenüber verbundenen Unternehmen	866,9	998,5
– gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0

Vom Gesamtvolumen der nachrangigen Verbindlichkeiten entfällt ein Betrag in Höhe von 28,0 (Vorjahr 253,6) Mio € auf eine Restlaufzeit von weniger als zwei Jahren. Die Ursprungslaufzeiten liegen zwischen 5 und 40 Jahren.

Für nachrangige Verbindlichkeiten fielen im Geschäftsjahr 2010 Zinsaufwendungen in Höhe von 105,7 (Vorjahr 185,3) Mio € an. Die von der WestLB selbst oder über Tochtergesellschaften eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist nicht vereinbart.

Nachfolgende Mittelaufnahme übersteigt zum 31. Dezember 2010 10% des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Kenn-Nummer	Währung	Betrag in Mio €	Zinssatz	Fälligkeit
WKN 807957	EUR	300,0	5,00%	15. 12. 2015

Es gelten die Bedingungen für nachrangige Schuldverschreibungen. Eine Umwandlung in Kapital oder in eine andere Schuldf orm ist vertraglich nicht festgeschrieben.

29. Genussrechtskapital

Das Genussrechtskapital entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Bestand 31. 12. 2009 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Bestand 31. 12. 2010 Mio €
738,2	–	– 267,1	471,1

Die Genussscheine sehen vor, dass sich im Falle eines Bilanzverlustes der Rückzahlungsanspruch des Genussscheininhabers in demselben Verhältnis vermindert, in dem das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital einschließlich Genussscheinkapital durch die Abdeckung des Bilanzverlustes gemindert wird. Für das Geschäftsjahr 2009 wurde den Genussscheininhabern ein Anteil am Verlust in Höhe von insgesamt 65,2 Mio € zugewiesen; davon entfielen 28,7 Mio € auf zum 31. Dezember 2009 endfällige Genussscheine, die wir unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen hatten. Die im Geschäftsjahr 2010 ausgelaufenen Genussscheine, die unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen sind, nahmen mit 13,2 Mio € am Verlust des Geschäftsjahres 2009 teil. Aufgrund des ausgeglichenen Jahresergebnisses unterblieb für das Geschäftsjahr 2010 die Bedienung der Genussscheine-Kupons.

Die Laufzeitstruktur des Genussrechtskapitals (nominal nach Abzug der Verlustzuweisung 2009, vor Abzug der Disagien) stellt sich folgendermaßen dar:

Fälligkeit	Rückzahlungsanspruch Mio €
2011	240,0
2012	135,4
2013	34,1
2014 bis 2019	61,6
Summe	471,1

Die Genussscheine stellen für die Bank in Höhe von 95,7 (Vorjahr 230,9) Mio € Eigenmittel im Sinne von § 10 Abs. 5 KWG dar.

30. Eigenkapital

Im Zuge der Übertragung des Hauptportfolios auf die EAA am 30. April 2010 rückwirkend zum 1. Januar 2010 erhielt die EAA Eigenkapital in Höhe von 2.465,0 Mio €. Infolgedessen wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 23. April 2010 das Grundkapital der WestLB von 2.269,5 Mio € um 1.302,9 Mio € auf 966,6 Mio € herabgesetzt (vereinfachte Kapitalherabsetzung gemäß § 145 UmwG i.V.m. § 229 ff. AktG). Die Kapitalrücklage wurde um 1.162,1 Mio € auf 96,7 Mio € reduziert.

Zum 31. Dezember 2010 belief sich somit das gezeichnete Kapital der WestLB auf 966,6 (Vorjahr 2.269,5) Mio €. Es bestand zum Stichtag aus 22.695.306 (Vorjahr 22.695.306) Stück nennwertlosen, auf den Namen lautende Aktien. Hiervon sind 8.107.400 Stück mit einem bis zum Jahr 2016 geltenden Dividendenvorzug ausgestattet. Der auf die einzelne Stückaktie entfallende rechnerische Betrag am Grundkapital beträgt 42,59 (Vorjahr 100,00) €. Alle Aktien sind mit dem gleichen Stimmrecht ausgestattet. Hinsichtlich der aktuellen Aktionärsstruktur verweisen wir auf die Anhangangabe Nr. 50.

Die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 2,5 Mio € resultieren aus der erstmaligen Anwendung des bilanzorientierten Konzepts zur Ermittlung der latenten Steuern gemäß BilMoG anstelle des bisherigen GuV-orientierten Konzepts.

2005 hat die WestLB stille Einlagen über 300,0 Mio US\$ und 240,0 Mio € (insgesamt 469,4 Mio €) begeben. Die stillen Gesellschafter nahmen im Geschäftsjahr 2009 im Verhältnis des Buchwerts ihrer stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Verlust teilnehmenden Kernkapitalanteile der WestLB in Höhe von 28,4 Mio € am Verlust teil. Aufgrund des ausgeglichenen Jahresergebnisses erfolgt keine Wiederauffüllung und demzufolge auch keine Ausschüttung für das Jahr 2010.

Gemäß dem Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft vom 12. Dezember 2009 hat der SoFFin zum 23. Dezember 2009 die erste Tranche der stillen Einlage in Höhe von 672,4 Mio € an die WestLB geleistet. Der Vertrag sieht die Teilnahme des stillen Gesellschafters an einem Bilanzverlust im Verhältnis des jeweiligen Einlagennennbetrags zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile (§ 10 Abs. 2a, 4 und 5 KWG) vor. Die Gesamtverlustbeteiligung des SoFFin ist auf seine stille Einlage beschränkt. Am Verlust 2009 nahm die erste Tranche der stillen Einlage pro rata temporis teil. Die zweite Tranche der stillen Einlage in Höhe von 1,5 Mrd € wurde am 4. Januar 2010 und die dritte Tranche in Höhe von 827,6 Mio € am 30. April 2010 eingezahlt. Der Vorstand der Bank wurde von der außerordentlichen Hauptversammlung am 23. April 2010 ermächtigt, dem Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) das Recht einzuräumen, die stille Einlage ganz oder teilweise in Aktien der WestLB AG umzutauschen. Hierzu wurde eine neue Aktiengattung C eingerichtet, die mit einem Dividendenvorzug von 10%, einem Vor-

zug bei Gewinnen aus dem Verkauf von Betriebsteilen und Tochtergesellschaften sowie einem Vorrang im Liquidationsfall ausgestattet ist. Die Beteiligung des FMS darf 49,9% des Grundkapitals nicht übersteigen. Es wurde gemäß § 7a Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz (FMStBG) in Verbindung mit § 192 ff. AktG eine bedingte Kapitalerhöhung in Höhe von 966,6 Mio € vorgenommen. Der Vertrag über die Einräumung eines Wandlungsrechts wurde im April 2010 abgeschlossen. Aufgrund des ausgeglichenen Jahresergebnisses erfolgt auf die stille Einlage keine Wiederauffüllung und demzufolge auch keine Ausschüttung für das Jahr 2010.

Das Jahresergebnis der WestLB für das Geschäftsjahr 2010 beträgt 0 €.

	Bestand per 31. 12. 2009 Mio €	Abspaltungs- bedingte Abgänge Mio €	Veränderung aus Wandlung/Begebung stiller Einlagen Mio €	Sonstige Kapital- veränderungen Mio €	Bestand per 31. 12. 2010 Mio €
Gezeichnetes Kapital	2.269,5	- 1.302,9	-	-	966,6
Kapitalrücklage	1.258,8	- 1.162,1	-	-	96,7
Gewinnrücklagen	-	-	-	2,5	2,5
Typische stille Einlagen					
- begeben 2005	441,0	-	-	-	441,0
- begeben 2009/2010	671,7	-	2.327,6	-	2.999,3
Bilanzgewinn	-	-	-	-	-
Handelsrechtliches Eigenkapital	4.641,0	- 2.465,0	2.327,6	2,5	4.506,1

31. Haftung für Altverbindlichkeiten – Grandfathering

In Übereinstimmung mit der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Kommission vom 17. Juli 2001 wurde in Art. 1 § 11 des Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen festgelegt, dass die öffentlich-rechtlichen Haftungsinstrumente Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die WestLB nach einer bis zum 18. Juli 2005 geltenden Übergangsfrist für neu eingegangene Verbindlichkeiten und Verpflichtungen nicht mehr bestehen.

Hinsichtlich der Gewährträgerhaftung gelten für vor dem 19. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten folgende Regelungen zum Grandfathering:

- Alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen der WestLB, die zum Stichtag 18. Juli 2001 bereits vereinbart worden waren, sind bis zum Ende ihrer Laufzeit ohne Einschränkung durch die Gewährträgerhaftung gedeckt.
- Die im Zeitraum vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 begründeten Verbindlichkeiten und Verpflichtungen der WestLB bleiben von der Gewährträgerhaftung in ihrer ursprünglichen Form weiterhin gedeckt, soweit die Laufzeit dieser Verbindlichkeiten und Verpflichtungen nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht; bei einer darüber hinausgehenden Laufzeit unterliegen sie nicht der Gewährträgerhaftung.

Die Träger der früheren Westdeutschen Landesbank Girozentrale werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber der WestLB umgehend nachkommen, sobald sie bei Fälligkeit der jeweiligen Verbindlichkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger keine Befriedigung aus dem Vermögen der WestLB erhalten können. Dies schließt ausdrücklich die Möglichkeit ein, Verbindlichkeiten in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der Fälligkeit zu bedienen. Eine beihilferechtliche Notifizierung ist in diesem Fall nicht erforderlich.

Nach dem Transfer auf die EAA bestehen zum 31. Dezember 2010 noch dem Grandfathering unterliegende Verbindlichkeiten in Höhe von 3,9 Mrd € in der WestLB AG.

32. Fremdwährungsaktiva/Fremdwährungspassiva

Auf Fremdwährung lautende bilanzielle Aktiva bestehen am Bilanzstichtag in Höhe von 33,9 (Vorjahr 66,9) Mrd €, auf Fremdwährung lautende bilanzielle Passiva betragen 13,6 (Vorjahr 23,2) Mrd €.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

33. Geografische Aufteilung von Ertragskomponenten

Die wesentlichen Ertragskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung der WestLB wurden auf den im Folgenden dargestellten geografischen Märkten erzielt:

1. 1. bis 31. 12. 2010 Mio €	Zinserträge	Laufende Erträge	Provisions- erträge	Nettoergebnis des Handelsbestands	Leasing- erträge	Sonstige betriebliche Erträge
Deutschland	18.773,5	404,7	264,0	- 33,3	-	170,9
Großbritannien	16.879,4	0,3	66,8	- 55,9	-	20,0
Übriges Europa	86,5	-	24,5	3,3	-	1,6
Fernost und Australien	501,8	-	23,5	4,6	-	4,8
Nordamerika	4.683,5	3,1	111,1	34,8	1,3	31,5
Kompensationen	- 37.509,1	-	- 35,1	-	-	-
GuV-Ausweis	3.415,6	408,1	454,8	- 46,5	1,3	228,8

Die geografische Zuordnung der Erträge erfolgt nach dem Sitz der die Bestände bilanzierenden beziehungsweise geschäftsdurchführenden Niederlassung. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung der WestLB insgesamt eliminierten Ergebnisse aus zwischen den regionalen Stellen getätigten Geschäften sind in dieser Darstellung enthalten. Die laufenden Erträge enthalten die Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen.

34. Dienstleistungen für die Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen betreffen insbesondere die Depotverwaltung, die Vermögensverwaltung sowie die Verwaltung von Treuhandvermögen.

35. Ergebnis aus dem Leasinggeschäft

In den Erträgen aus dem Leasinggeschäft sind die laufenden Leasingerträge enthalten. Die Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft enthalten die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände.

36. Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1. 1. – 31. 12. 2010 Mio €	1. 1. – 31. 12. 2009 Mio €
Sonstige betriebliche Erträge		
GuV-Ausweis	228,8	108,3
darunter:		
Erträge aus der Auflösung von anderen Rückstellungen	129,8	51,0
Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen für die EAA	58,3	–
Erstattung aus Verrechnung an Konzernunternehmen und Dritte	19,0	15,2
darunter: Erträge aus IT-Dienstleistungen	7,1	8,3
Miet- und Grundstückserträge	4,6	4,2
Erträge aus Vorsteuererstattungen	–	20,7

	1. 1. – 31. 12. 2010 Mio €	1. 1. – 31. 12. 2009 Mio €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		
GuV-Ausweis	284,6	211,0
darunter:		
Aufzinsung von Rückstellungen	125,5	–
Zuführungen zu den anderen Rückstellungen	78,8	104,1
Aufwendungen aus konzerninternen Verrechnungen	25,1	24,4
Zuführung zur DSGVO-Sicherungsreserve	15,3	–
Aufwendungen für nicht bankgenutzte Grundstücke und Gebäude	1,3	0,8
Verluste aus Sachanlageverkäufen	1,1	2,5
Aufwand aus Rechtsstreitigkeiten	–	60,9

Der im Geschäftsjahr 2010 durch das BilMoG erforderliche nicht bankgeschäftliche Aufzinsungsaufwand der Rückstellungen wird im sonstigen betrieblichen Aufwand gezeigt, entsprechende Beträge wurden bis einschließlich des Geschäftsjahres 2009 im Personalaufwand und anderen Aufwandsposten ausgewiesen.

37. Risikovorsorge

Einzelwertberichtigungen und Kreditrückstellungen
(ohne Reserven gemäß §§ 340f, 340g HGB)

	2010 Mio €	2009 Mio €
Anfangsbestand 1. 1.	1.420,1	1.030,8
Übertragungsbedingte Abgänge	- 969,8	0,0
Zuführungen	207,9	807,0
Aufzinsung	0,1	0,0
Auflösungen	- 111,7	- 143,2
Verbräuche	- 40,6	- 271,4
Kurswertdifferenzen/sonstige Änderungen	12,2	- 3,1
Endbestand 31. 12.	518,2	1.420,1

Abschreibungen und Wertberichtigungen gemäß § 340f Abs. 3 und § 340c Abs. 2 HGB

	1. 1. – 31. 12. 2010 Mio €	1. 1. – 31. 12. 2009 Mio €
Risikoergebnis	- 440,8	- 701,2
Kredite und Wertpapiere Ertrag/Aufwand	- 107,1	- 594,2
davon: – Kredite	- 101,7	- 623,3
– Wertpapiere	- 5,4	29,1
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen und Wertpapiere Ertrag/Aufwand	- 333,7	- 107,0
davon: – Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	- 352,9	- 416,0
– Wertpapiere	19,2	309,0

Entsprechend § 340f Abs. 3 HGB weisen wir die Erträge und Aufwendungen aus der Bewertung im Kreditgeschäft kompensiert mit Abschreibungen auf sowie Erträgen aus Zuschreibungen zu Wertpapieren der Liquiditätsreserve aus. Der Nettoaufwand beträgt danach 107,1 (Vorjahr 594,2) Mio €. Analog dazu erfolgte gemäß § 340c Abs. 2 HGB die Kompensation der Aufwendungen für Beteiligungen, für Anteile an verbundenen Unternehmen sowie für Wertpapiere des Anlagebestandes mit den entsprechenden Erträgen. Insgesamt weisen wir danach einen Aufwand von 333,7 (Vorjahr 107,0) Mio € als Risikoergebnis für Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen und Wertpapiere aus.

Darüber hinaus fielen Aufwendungen aus der Verlustübernahme bei Tochtergesellschaften von 7,4 (Vorjahr 39,5) Mio € an.

38. Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Im Geschäftsjahr 2010 sind periodenfremde Erträge in Höhe von 154,3 Mio € aus Steuer-rückerstattungen und Steuerzinsen für Vorjahre angefallen.

39. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von – 60,6 Mio € resultiert aus der Zuführung für Rückstellungen, deren Wertansätze sich aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertung von Verpflichtungen erhöht haben. Im Vorjahr ist kein außerordentliches Ergebnis angefallen.

40. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von insgesamt 59,1 Mio € setzen sich aus einem Ertrag aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern in Höhe von 53,1 Mio € und einem Ertrag aus laufenden Steuern in Höhe von 6,0 Mio € zusammen. Der laufende Steuerertrag entfällt mit 15,5 Mio € auf das Inland, diesem steht ein Steueraufwand in Höhe von 9,5 Mio € der ausländischen Niederlassungen gegenüber. In diesen Beträgen sind Steuerrückerstattungen, Zuführungen zu und Auflösungen von Steuerrückstellungen saldiert. Im Vorjahr setzte sich der Ertragsteueraufwand in Höhe von 5,7 Mio € aus einem Steueraufwand in Höhe von 12,4 Mio € im Inland und einem Steuerertrag in Höhe von 6,7 Mio € der ausländischen Niederlassungen zusammen.

Sonstige Angaben

41. Haftungsverhältnisse

Eventualverbindlichkeiten

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	4.554,0	7.393,7

Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten setzen sich insbesondere aus Akkreditiven sowie Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen im Kreditgeschäft zusammen. Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die Eventualverbindlichkeiten um 2,1 Mrd €. Wir gehen davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen im Wesentlichen nachkommen und nicht mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist. Aufgrund des eingerichteten Frühwarnsystems werden die Engagements der Kreditnehmer mit auffälligem oder erhöhtem Risikoprofil entsprechend überwacht. In einzelnen Fällen, in denen ein Ausfall des Kreditnehmers wahrscheinlich ist, haben wir entsprechende Kreditrückstellungen gebildet.

Andere Verpflichtungen

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um noch nicht in Anspruch genommene, extern zugesagte Kreditlinien. Infolge der Übertragung auf die EAA verringerten sich die unwiderruflichen Kreditzusagen um 7,7 Mrd €. Weitere Rückgänge sind überwiegend auf nicht mehr bestehende Liquiditätslinien gegenüber Zweckgesellschaften zurückzuführen.

Das angegebene Volumen in Höhe von 17,2 (Vorjahr 36,3) Mrd € resultiert aus dem laufenden inländischen und ausländischen Kreditgeschäft. Zur Steuerung der Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken aus unwiderruflichen Kreditzusagen verweisen wir auf die entsprechenden Abschnitte im Lagebericht.

42. Patronatserklärungen

Die WestLB trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, in Höhe ihrer Beteiligungsquote dafür Sorge, dass die Kreditinstitute und die Finanzierungs- und Verwaltungsgesellschaften, an denen sie mehrheitlich beteiligt ist, ihre Verpflichtungen erfüllen können. In dem Umfang, in dem sich unsere Anteilsbesitzquote an der jeweiligen Gesellschaft vermindert, reduziert sich auch jeweils unsere Verpflichtung aus der vorstehenden Patronatserklärung hinsichtlich solcher Verpflichtungen der entsprechenden Gesellschaft, die erst nach dem jeweiligen Absinken unserer Anteilsbesitzquote begründet werden; sinkt die Anteilsbesitzquote dabei unter eine Mehrheitsbeteiligung, erlischt unsere Patronatserklärung hinsichtlich solcher Verpflichtungen der entsprechenden Gesellschaft, die erst nach dem Absinken unserer Anteilsbesitzquote unter eine Mehrheitsbeteiligung begründet werden. Die von dieser Erklärung erfassten 5 Unternehmen (Vorjahr 12 Unternehmen) und die Anteilsquote (direkte und indirekte Anteile), nach der die WestLB diese Verpflichtung übernimmt, sind:

Banco WestLB do Brasil S.A., São Paulo	100%
Bank WestLB Vostok (ZAO), Moskau	100%
Westdeutsche ImmobilienBank AG, Mainz	100%
WestLB do Brasil Cayman Ltd., George Town	100%
WestRM – West Risk Markets AG, Baar	100%

Außerdem wurden für folgende 3 (Vorjahr 3) Unternehmen gegenüber Dritten Patronatserklärungen abgegeben:

PE Projekt-Entwicklungsgesellschaft mbH & Co.
Büro- und Businesscenter Leipzig Park KG, Düsseldorf
readybank ag, Berlin
Westdeutsche ImmobilienBank AG, Mainz

43. Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Bestellung von Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten

Die WestLB hat Aktiva durch Abtretung beziehungsweise Verpfändung zur Sicherung eigener Verbindlichkeiten an Dritte übertragen:

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
An Zentralnotenbanken abgetretene oder verpfändete Wertpapiere	19.610,7	23.391,6
Forderungsabtretungen für öffentliche Kreditprogramme	128,1	188,7
An andere Kreditinstitute oder Kunden verpfändete Wertpapiere	19,3	1,1
Absicherung von Pensionsverpflichtungen	15,5	16,0
Zur Teilnahme an Börsen- und Clearingeinrichtungen als Sicherheiten hinterlegte Wertpapiere	–	527,6
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	19.773,6	24.125,0

Auslagerung von Tätigkeiten

Die Bank hat diverse IT- und abwicklungsunterstützende Tätigkeiten, im Wesentlichen IT-Infrastruktur-Anwendungen, Stammdatenpflege, Abwicklung und Verwaltung von Wertpapieren, Inkasso von Kreditkartenportfolien, an Drittunternehmen ausgelagert. Ziele der Auslagerungen sind nach einer umfassenden Wirtschaftlichkeits- und Risikoanalyse zu erreichende Effizienzsteigerungen, eine Verbesserung der Wettbewerbsposition sowie nachhaltig erzielbare Kostenvorteile. Die Auslagerungen erfolgen in Übereinstimmung mit den Anforderungen des § 25a KWG sowie der MaRisk, wobei die Auslagerungsprozesse regelmäßig hinsichtlich potenzieller Risiken analysiert und bedarfsgerecht angepasst werden.

Widerrufliche Kreditzusagen

Die WestLB hat ihren Kunden Kredit- und Liquiditätslinien eingeräumt, die seitens der Bank jederzeit kündbar sind. Diese Linien sind Bankgeschäfte und dienen der Erzielung von Zins- und Provisionserträgen. Aus diesen Linien resultieren bankübliche Kredit- und Marktrisiken. Ein Teil dieser Linien entfällt auf Verbriefungsgesellschaften des WestLB Konzerns.

44. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Einlagensicherung und weitere Sicherungsmechanismen

Die WestLB ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV). Dabei handelt es sich um eine institutsichernde Einrichtung im Sinne des § 12 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes (EAEG), die Teil des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe (Haftungsverbund) ist.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe setzt sich aus elf Sparkassen-Stützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen zusammen, die gemeinsam einen Haftungsverbund bilden. Zwischen den regionalen und überregionalen Fonds bestehen Regelungen zum Ausgleich bei Stützungsfällen (Überlaufvereinbarungen). Im Geschäftsjahr 2010 ergab sich eine rechnerische Nachschussverpflichtung in Höhe von 285,3 (Vorjahr 202,5) Mio € aufgrund der Vereinbarung über die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen.

Seit dem 1. Oktober 2004 haben der Rheinische Sparkassen- und Giroverband und der Sparkassenverband Westfalen-Lippe gemeinsam mit der WestLB je einen Reservefonds mit einem Volumen von jeweils 500,0 Mio € zur Stützung der Mitgliedssparkassen und der WestLB für den Fall finanzieller Schwierigkeiten eingerichtet. Die Fonds setzen sich jeweils aus Barmitteln in Höhe von 250,0 Mio € und einer Nachschusspflicht in gleicher Höhe zusammen, die für die Phoenix-Transaktion gebunden sind.

Gewährträgerhaftung

Die WestLB haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen noch als Gewährträger der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz (für bis zum 1. Oktober 2004 begründete Verbindlichkeiten), und der HSH Nordbank AG, Hamburg/Kiel, sowie der Westdeutschen ImmobilienBank AG, Mainz, und der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main. Da Neuverbindlichkeiten dieser Institute seit 19. Juli 2005 nicht mehr der Gewährträgerhaftung unterliegen, reduziert sich das Volumen der gedeckten Verbindlichkeiten durch die Rückführung zwischenzeitlich fälliger Beträge kontinuierlich.

Sonstige Haftungsverhältnisse

Die WestLB hat im Zusammenhang mit den von Drittunternehmen herausgegebenen Restwertgarantien einzelne „Letter of Undertaking“ abgegeben. Diese Letter of Undertaking enthalten Bedingungen, nach deren Eintreten von den Begünstigten der Restwertgarantien die Ausstellung von Rückgarantien für die Verpflichtungen der Drittunternehmen aus den Restwertgarantien verlangt werden kann. In zwei Fällen wurde im Jahr 2006 jeweils eine entsprechende Rückgarantie ausgestellt; zwei weitere Fälle werden derzeit hinsichtlich einer Rückgarantie verhandelt.

Die Nachschussverpflichtungen der WestLB aus ihrer Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank betragen unverändert 65,3 Mio €. Der Bank können weitere Verpflichtungen aus der Mithaftung für die Nachschussverpflichtungen gegenüber der Liquiditätskonsortialbank von Gesellschaftern entstehen, die Mitglieder des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) sind.

Der Fehlbetrag wegen nicht bilanzierter mittelbarer Versorgungsverpflichtungen im Sinne von Art. 28 Abs. 2 EGHGB beläuft sich auf 96,1 (Vorjahr 70,4) Mio €.

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Leasing- und Dienstleistungsverträgen sowie aus nicht eingeforderten Resteinzahlungsverpflichtungen und noch nicht abgerufenen Linien aus Private Equity-Investments in Höhe von insgesamt 1.291,7 (Vorjahr 1.467,2) Mio € (davon mit verbundenen Unternehmen 514,9 [Vorjahr 556,6] Mio €). Die Laufzeit der Verträge beträgt maximal 22 Jahre.

Die WestLB hat gegenüber einer früheren Tochtergesellschaft die im Rahmen einer Immobilienfinanzierung eingegangenen langfristigen „Erbpachtzinsverpflichtungen“ gegenüber dem Grundstückseigentümer bis zum Jahr 2110 garantiert. Der Berechtigte aus der Garantie hat im Rahmen des Verkaufs der Tochtergesellschaft die WestLB aus dieser Verpflichtung nicht entlassen. Um diese vertragliche Verpflichtung aufseiten der WestLB abzusichern, verpflichtete sich wiederum der Erwerber der Tochtergesellschaft, die WestLB aus dieser Garantie freizustellen. Zur Unterlegung der abgegebenen Rückgarantie wurden der WestLB die Gesellschaftsanteile der verkauften Tochtergesellschaft verpfändet.

45. Termingeschäfte/derivative Produkte

Die Bank schließt im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Termingeschäfte beziehungsweise derivative Geschäfte folgender Art ab:

■ Zinsbezogene Produkte

Zinsswaps, Zinsfutures, Forward Rate Agreements (FRAs), Zinsoptionen, begebene Zinsoptionsscheine, Zinscaps, Zinsfloors, Zinscollars und Swaptions.

■ Währungsbezogene Produkte

Devisentermingeschäfte, Devisenoptionsgeschäfte, begebene Währungsoptionsscheine, Zins-/Währungsswaps, Forward-Zins-/Währungsswaps.

■ Aktien- und sonstige preisbezogene Produkte

Aktienterminkontrakte, Aktienoptionen, Index-Terminkontrakte, Index-Optionen, begebene Aktien- und Index-Optionsscheine, edelmetallpreis- und rohwarenpreisbezogene Termingeschäfte und Optionen.

■ Kreditderivate

Credit Default Swaps, Total Return Swaps und Credit Linked Notes.

Das Gesamtvolumen der Termingeschäfte beziehungsweise derivativen Geschäfte am Bilanzstichtag beträgt auf Basis von Nominalwerten 2.254,9 (Vorjahr 2.442,9) Mrd €. Der Schwerpunkt liegt unverändert bei den zinsbezogenen Produkten, deren Anteil sich auf 84,2% (Vorjahr 83,4%) des Gesamtvolumens erhöhte.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Stichtagsvolumen

in Mio €	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Zinsbezogene Produkte	1.898.604	2.038.183	34.231	31.912	32.907	30.040
OTC-Produkte	1.738.063	1.661.583	34.230	31.892	32.906	30.025
Börsengehandelte Produkte	160.541	376.600	1	20	1	15
Währungsbezogene Produkte	259.284	234.517	7.197	7.084	6.279	7.489
OTC-Produkte	259.284	234.517	7.197	7.084	6.279	7.489
Aktien- und sonstige preisbezogene Produkte	43.342	54.648	2.489	4.543	3.446	4.977
OTC-Produkte	18.631	15.109	933	1.727	1.503	1.947
Börsengehandelte Produkte	24.711	39.539	1.556	2.816	1.943	3.030
Kreditderivate	53.714	115.599	1.123	2.563	1.161	2.679
OTC-Produkte	53.714	115.599	1.123	2.563	1.161	2.679
Derivative Geschäfte insgesamt	2.254.944	2.442.947	45.040	46.102	43.793	45.185
OTC-Produkte	2.069.692	2.026.808	43.483	43.266	41.849	42.140
Börsengehandelte Produkte	185.252	416.139	1.557	2.836	1.944	3.045

Neben den in der Tabelle aufgeführten Kreditderivaten des Handelsbuches ordnen wir Kreditderivate auch dem Anlagebuch zu. Das Volumen der Kreditderivate des Anlagebuches, bei denen die Bank als Sicherungsnehmer auftritt (Käufe), betrug zum 31. Dezember 2010 insgesamt nominal 977,0 (Vorjahr 1.138,0) Mio €. Kreditderivate des Anlagebuches, bei denen die WestLB als Sicherungsgeber beziehungsweise Garantgeber fungiert (Verkäufe), bestanden zum 31. Dezember 2010 in Höhe von nominal 0 (Vorjahr 100,0) Mio €.

Die jahresdurchschnittlichen Nominalwerte der derivativen Geschäfte und übrigen Termin-geschäfte lagen im Geschäftsjahr 2010 bei 2.646,7 (Vorjahr 2.782,5) Mrd €.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Durchschnittsvolumen

Durchschnitt 1. 1. bis 31. 12. in Mio €	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Zinsbezogene Produkte	2.261.737	2.335.724	40.676	35.312	38.908	33.142
OTC-Produkte	1.917.877	1.706.451	40.661	35.288	38.897	33.121
Börsengehandelte Produkte	343.860	629.273	15	24	11	21
Währungsbezogene Produkte	262.106	239.353	8.183	9.551	8.097	8.724
OTC-Produkte	262.106	239.353	8.183	9.551	8.097	8.724
Aktien- und sonstige preisbezogene Produkte	53.911	69.768	3.566	5.390	4.342	6.139
OTC-Produkte	17.956	25.340	1.162	1.658	1.610	2.094
Börsengehandelte Produkte	35.955	44.428	2.404	3.732	2.732	4.045
Kreditderivate	68.898	137.681	1.366	5.019	1.418	4.784
OTC-Produkte	68.898	137.681	1.366	5.019	1.418	4.784
Derivative Geschäfte insgesamt	2.646.652	2.782.526	53.791	55.272	52.765	52.789
OTC-Produkte	2.266.837	2.108.825	51.372	51.516	50.022	48.723
Börsengehandelte Produkte	379.815	673.701	2.419	3.756	2.743	4.066

Angaben zu Buchwerten von Nichthandelsbeständen, die nur bei gezahlten beziehungsweise erhaltenen Optionsprämien und bei Zinszahlungskomponenten relevant sind, führen wir unter den Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ und „Aktive Rechnungsabgrenzungsposten“ sowie „Sonstige Verbindlichkeiten“ und „Passive Rechnungsabgrenzungsposten“ auf.

Die derivativen Geschäfte sind fast ausschließlich dem Handelsbestand zuzuordnen; Kundengeschäfte werden grundsätzlich über die Handelsbereiche abgeschlossen. Kontrakte zur Absicherung eigener Nichthandelsbestände weisen wir mit Ausnahme von Kreditderivaten als interne Kontrakte im Handelsbestand aus.

Die Fristigkeit liegt bei den Zinskontrakten, den währungsbezogenen Produkten und bei Produkten mit Aktien- und sonstigen Preisrisiken vornehmlich im kurz- und mittelfristigen Bereich. Bei den Kreditderivaten überwiegt der mittelfristige Bereich mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Derivative Geschäfte – Fristengliederung

Nominalwerte in Mio €	Zinsbezogene Produkte		Währungsbezogene Produkte		Aktien- und sonstige preisbezogene Produkte		Kreditderivate	
	31. 12. 2010	31. 12. 2009	31. 12. 2010	31. 12. 2009	31. 12. 2010	31. 12. 2009	31. 12. 2010	31. 12. 2009
mit Restlaufzeiten								
– bis 3 Monate	434.092	478.871	45.736	51.099	4.905	6.814	2.221	4.340
– 3 Monate bis 1 Jahr	484.494	576.701	64.248	49.592	14.881	21.413	8.202	10.682
– 1 bis 5 Jahre	662.880	617.192	116.553	96.035	19.677	26.421	36.661	76.951
– über 5 Jahre	317.138	365.419	32.747	37.791	3.879	0	6.630	23.626
Insgesamt	1.898.604	2.038.183	259.284	234.517	43.342	54.648	53.714	115.599

46. Angaben gemäß Pfandbriefgesetz

Die umlaufenden Pfandbriefe und die dafür verwendeten Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 PfandBG setzen sich wie folgt zusammen:

Gesamtbeträge

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
I. Nominalwerte		
öffentliche Pfandbriefe	9.609,8	10.120,2
Deckungsmasse	10.471,3	11.032,1
davon:		
– Derivate	–	–
– Geldforderungen gegen geeignete Kreditinstitute	402,0	477,8
Überdeckung	861,5	911,9
II. Barwerte		
öffentliche Pfandbriefe	10.229,6	10.720,3
Deckungsmasse	11.015,1	11.523,7
davon:		
– Derivate	–	–
– Geldforderungen gegen geeignete Kreditinstitute	427,3	508,8
Überdeckung	785,5	803,4
III. Risikobarwerte*		
öffentliche Pfandbriefe	10.229,6	10.720,3
Deckungsmasse	10.935,1	11.421,1
davon:		
– Derivate	–	–
– Geldforderungen gegen geeignete Kreditinstitute	427,3	508,8
Überdeckung	705,5	700,8

* Internes Risikomodell gemäß § 5 Abs. 2 PfandBarwertV

Laufzeitstruktur (Restlaufzeit)

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
bis einschließlich 1 Jahr		
öffentliche Pfandbriefe	694,5	2.461,5
Deckungsmasse	383,9	1.746,8
mehr als 1 Jahr bis einschließlich 2 Jahre		
öffentliche Pfandbriefe	2.129,5	694,5
Deckungsmasse	1.634,8	438,0
mehr als 2 Jahre bis einschließlich 3 Jahre		
öffentliche Pfandbriefe	942,5	2.129,5
Deckungsmasse	1.295,9	1.233,4
mehr als 3 Jahre bis einschließlich 4 Jahre		
öffentliche Pfandbriefe	320,0	247,5
Deckungsmasse	1.205,7	1.320,5
mehr als 4 Jahre bis einschließlich 5 Jahre		
öffentliche Pfandbriefe	1.712,5	520,0
Deckungsmasse	1.974,3	1.082,9
mehr als 5 Jahre bis einschließlich 10 Jahre		
öffentliche Pfandbriefe	2.700,9	2.956,8
Deckungsmasse	2.637,2	4.098,6
länger als 10 Jahre		
öffentliche Pfandbriefe	1.109,9	1.110,4
Deckungsmasse	1.339,5	1.111,9

Umlaufende Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 und 2 PfandBG:

Zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Bundesrepublik Deutschland		
Staat	73,4	155,5
Regionale Gebietskörperschaften	2.909,1	3.119,5
Örtliche Gebietskörperschaften	4.483,6	4.777,0
Sonstige Schuldner	1.045,2	1.121,5
Schweiz		
Regionale Gebietskörperschaften	502,1	485,3
Örtliche Gebietskörperschaften	40,2	33,6
Österreich		
Staat	115,0	80,0
Regionale Gebietskörperschaften	200,0	85,0
Örtliche Gebietskörperschaften	91,5	105,5
Spanien		
Staat	-	100,0
Regionale Gebietskörperschaften	361,3	251,2

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
Belgien	171,9	175,4
Regionale Gebietskörperschaften	31,4	32,7
Örtliche Gebietskörperschaften	100,0	100,0
Sonstige Schuldner	40,5	42,7
Portugal	170,0	170,0
Staat	150,0	150,0
Regionale Gebietskörperschaften	20,0	20,0
Frankreich	152,5	51,7
Staat	40,0	–
Regionale Gebietskörperschaften	22,5	7,5
Sonstige Schuldner	90,0	44,2
Niederlande	110,0	50,0
Staat	50,0	50,0
Örtliche Gebietskörperschaften	60,0	–
Kanada	25,6	80,9
Regionale Gebietskörperschaften	25,6	25,6
Sonstige Schuldner	–	55,3
Luxemburg	15,0	15,0
Sonstige Schuldner	15,0	15,0
Finnland	4,9	–
Staat	4,9	–
Griechenland	–	100,0
Staat	–	100,0
Slowenien	–	40,0
Staat	–	40,0
Irland	–	35,0
Staat	–	35,0
Gesamtsummen	10.471,3	11.032,1

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

	31. 12. 2010 Mio €	31. 12. 2009 Mio €
	–	–

47. Bezüge der Organe

	2010 Mio €	2009 Mio €
Gesamtbezüge Vorstand	3,1	9,5
– davon fix	3,1	8,6
– davon erfolgsorientiert	0,0	0,9
Gesamtbezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder sowie deren Hinterbliebene	6,6	6,6
Bezüge Aufsichtsratsmitglieder	1,2	1,1
– davon fix	1,2	1,1
Pensionsrückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder sowie deren Hinterbliebene	67,5	72,6

Für das Geschäftsjahr 2009 wurde keine erfolgsorientierte Vergütung an Mitglieder des Vorstands gezahlt. Der angegebene Betrag bezieht sich auf Zahlungen für frühere Geschäftsjahre.

Bei den Bezügen der Aufsichtsratsmitglieder in Höhe von 1,2 (Vorjahr 1,1) Mio € handelt es sich um die pauschale Abrechnung der baren Auslagen der Aufsichtsratsmitglieder in Höhe von 0,2 (Vorjahr 0,2) Mio € sowie um eine Rückstellungsbildung für die Vergütung in Höhe von 1,0 (Vorjahr 0,9) Mio €.

Die Veränderung der Höhe der Pensionsrückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder sowie deren Hinterbliebene resultiert im Wesentlichen aus der durch das BilMoG geänderten Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen.

48. Kredite an Organe

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrates der WestLB wurden keine Vorschüsse und Kredite gewährt.

49. Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Anzahl der Beschäftigten betrug im Jahresdurchschnitt 2010:

Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	männlich	weiblich	insgesamt 2010	insgesamt 2009
Inländische Niederlassungen	1.611	1.340	2.951	3.071
Ausländische Niederlassungen	635	410	1.045	1.167
Insgesamt	2.246	1.750	3.996	4.238

Durchschnittlich 69 (Vorjahr 84) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befanden sich in einem Ausbildungs- oder ausbildungsähnlichen Verhältnis.

50. Beteiligungen an der WestLB AG

Aktionäre	Beteiligungsquote	
	31. 12. 2010 in %	31. 12. 2009 in %
NRW.BANK	30,862	30,862
Land Nordrhein-Westfalen	17,766	17,766
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	25,032	25,032
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	25,032	25,032
Landschaftsverband Rheinland	0,654	0,654
Landschaftsverband Westfalen-Lippe*	0,654	0,654
Summe	100,000	100,000

* Mittelbar gehalten über die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Münster

Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 und 5 AktG waren im Berichtsjahr nicht erforderlich.

51. Mandate der Vorstandsmitglieder

In den nachfolgend aufgeführten Gesellschaften sind Vorstandsmitglieder der WestLB Mitglieder beziehungsweise Vorsitzende eines Aufsichtsrates oder anderer Kontrollgremien. Bei den mit * gekennzeichneten Mandaten handelt es sich um freiwillige Angaben, die über die Angabepflicht von Mandaten bei großen Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 in Verbindung mit § 267 Abs. 3 HGB hinausgehen.

Dietrich Voigtländer

DekaBank Deutsche Girozentrale*
readybank ag

Hubert Beckmann

readybank ag
Westdeutsche ImmobilienBank AG
WestLB International S.A. (bis 31. 12. 2010)

Klemens Breuer

DekaBank Deutsche Girozentrale (seit 15. 4. 2010)*
WestLB International S.A. (bis 31. 12. 2010)
WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH

Thomas Groß

Banque d'Orsay S.A. (bis 30. 11. 2010)
Westdeutsche ImmobilienBank AG
WestLB Bank Polska S.A. (bis 1. 12. 2010)

Dr. Hans-Jürgen Niehaus

Banque d'Orsay S.A. (bis 30. 11. 2010)
Westdeutsche ImmobilienBank AG

Werner Taiber

Banco WestLB do Brasil S.A.
Banque d'Orsay S.A. (bis 30. 11. 2010)
WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH

52. Mandate der Mitarbeiter

Folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Mitglieder beziehungsweise Vorsitzende eines Aufsichtsrates in nachfolgend aufgeführten Gesellschaften. Bei den mit * gekennzeichneten Mandaten handelt es sich um freiwillige Angaben, die über die Angabepflicht von Mandaten bei großen Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 in Verbindung mit § 267 Abs. 3 HGB hinausgehen.

Ian Beckman

Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A. (bis 10. 4. 2010)

Karl-Heinz Böhmer

Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A. (seit 10. 4. 2010 bis 12. 10. 2010)

Neil Colverd

WestLB Covered Bond Bank plc (bis 24. 3. 2010)

WestLB Ireland plc (bis 24. 3. 2010)

Stefan Dreesbach

Banco WestLB do Brasil S.A.

Bank WestLB Vostok (ZAO)

WestLB Bank Polska S.A. (bis 1. 12. 2010)

Dietmar Fischer

WestLB AG

Michael Frank

Banco WestLB do Brasil S.A.

WestLB New York Capital Investment Ltd.

WestLB Securities Inc.

Alan Halperin

WestLB New York Capital Investment Ltd.

Alexander Hasselberg

Basinghall Finance plc (bis 7. 5. 2010)

Kai-Uwe Henkel

Bank WestLB Vostok (ZAO)

Stephen Heyworth

Basinghall Finance plc (bis 29. 9. 2010)

[Sigrid Janetzko](#)

WestLB AG

[Ralf Josten](#)

OIE AG (bis 31. 8. 2010)

Stadtwerke Düren GmbH (bis 31. 8. 2010)

[Thomas Kaiser](#)

WestLB Ireland plc (bis 30. 4. 2010)

[Manfred Kammans](#)

WestLB Bank Polska S.A. (bis 1. 12. 2010)

[Sonja Kardorf](#)

Banco WestLB do Brasil S.A. (bis 10. 6. 2010)

[Stephan Kloock](#)

Banco WestLB do Brasil S.A.

[Lutz Kranzbühler](#)

Bank WestLB Vostok (ZAO)

[Timo Krempe](#)

Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A. (seit 15. 7. 2010)

[Christiane Kutil-Bleibaum](#)

WestLB AG

[Sabine Luchte](#)

Bank WestLB Vostok (ZAO)

readybank ag

WestLB Bank Polska S.A. (bis 1. 12. 2010)

[Doris Ludwig](#)

WestLB AG

[Frank Malone](#)

Basinghall Finance plc (seit 29. 9. 2010)

EAA Covered Bond Bank plc (seit 25. 11. 2010)

EAA Ireland plc (seit 25. 11. 2010)

[Alston \(Rob\) Marshall](#)

Basinghall Finance plc (bis 29. 9. 2010)

[Yoram Matalon](#)

Banco WestLB do Brasil S.A.
Bank WestLB Vostok (ZAO)

[Manfred Matthewes](#)

WestLB AG

[Thomas McCaffery](#)

WestLB New York Capital Investment Ltd.

[James McPartlan](#)

Banco WestLB do Brasil S.A.

[Lucian Milburn](#)

Methuselah Life Markets Ltd. (seit 9. 12. 2010)

[Peter Minhorst](#)

readybank ag
Westdeutsche ImmobilienBank AG (seit 15. 2. 2010)
WestLB International S.A. (bis 31. 12. 2010)

[Louise Moat](#)

Bank WestLB Vostok (ZAO)

[Guido W. Mundt](#)

Banque d'Orsay S.A. (bis 30. 11. 2010)

[Thierry Nardon](#)

WestLB New York Capital Investment Ltd.

[Max Niesert](#)

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft m.b.H.

[Heinz-Günter Sander](#)

WestLB AG

[Dr. Johannes Scheel](#)

WestLB International S.A. (bis 31. 12. 2010)

[Frank Simon](#)

European Policy Exchange Ltd.

Heinz-Otto Stamp

Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A. (bis 15. 7. 2010)

Gerhard Steigüber

Banco WestLB do Brasil S.A. (seit 10. 6. 2010)

Manish Taneja

WestLB Securities Inc.

Alexander Tcherepnine

Banco Finantia S.A.

Klenk Holz AG

Martin Tillert

WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH

Nadine Veldung

Banque d'Orsay S.A. (bis 7. 1. 2010)

Joachim Voss

technotrans AG (bis 21. 9. 2010)

Matthias Wargers

Westdeutsche ImmobilienBank AG (bis 15. 2. 2010)

WestLB Securities Inc. (bis 15. 2. 2010)

Ingo Wichelhaus

European Policy Exchange Ltd.

53. Organe der WestLB

Mitglieder des Vorstands

Dietrich Voigtländer, Vorsitzender

Hubert Beckmann, Stellvertretender Vorsitzender

Klemens Breuer

Thomas Groß

Dr. Hans-Jürgen Niehaus

Werner Taiber

Mitglieder des Aufsichtsrates

Michael Breuer

Vorsitzender

Präsident, Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Doris Ludwig

Stellvertretende Vorsitzende

Direktorin, WestLB AG Düsseldorf

Raimund Bär

Betriebsratsvorsitzender, Westdeutsche ImmobilienBank AG

Dietmar P. Binkowska

Vorsitzender des Vorstands, NRW.BANK

Rolf Finger

Gewerchaftssekretär im Fachbereich Finanzdienstleistungen,
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Dietmar Fischer

Director, WestLB AG Düsseldorf

Dr. Rolf Gerlach

Präsident, Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstands, Sparkasse Bochum

Cornelia Hintz

Gewerchaftssekretärin, ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Sigrid Janetzko

Bankdirektorin, WestLB AG Düsseldorf

Dr. Wolfgang Kirsch (bis 30. 4. 2010)

Landesdirektor, Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Christiane Kutil-Bleibaum

Direktorin, WestLB AG Düsseldorf

[Dr. Gerhard Langemeyer](#) (bis 30. 6. 2010)

Ehemaliger Oberbürgermeister, Stadt Dortmund

[Dr. Helmut Linssen](#) (bis 12. 8. 2010)

Finanzminister a. D., Land Nordrhein-Westfalen

[Annette Lipphaus](#)

Landesrechtsschutz-Leiterin, ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

[Dr. Siegfried Luther](#) (bis 31. 12. 2010)

Ehemaliger Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands, Bertelsmann AG

[Manfred Matthewes](#)

Direktor, WestLB AG Düsseldorf

[Dr. Annette Messemer](#) (seit 30. 4. 2010)

Investmentbankerin, Frankfurt

[Hildegard Müller](#) (seit 30. 4. 2010)

Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung,
BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

[Heinz Paus](#) (seit 1. 7. 2010)

Bürgermeister, Stadt Paderborn

[Heinz-Günter Sander](#)

Direktor, WestLB AG Düsseldorf

[Wolfgang Steller](#) (seit 24. 2. 2011)

Staatssekretär a. D., Düsseldorf

[Harry Voigtsberger](#) (bis 30. 4. 2010)

Ehemaliger Landesdirektor, Landschaftsverband Rheinland

[Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (seit 13. 8. 2010)

Finanzminister, Land Nordrhein-Westfalen

[Alexander Wüerst](#)

Vorsitzender des Vorstands, Kreissparkasse Köln

54. Angaben zum Anteilsbesitz

Liste des Anteilsbesitzes

Meldendes Unternehmen: WestLB AG

Stand: 31. 12. 2010

Zielwahrung/Einheit: EUR/in Tsd.

Angabe Kapitalanteil und abweichende Stimmrechte in %

I. In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen

1. Voll konsolidierte Tochterunternehmen

a. Tochterunternehmen nach IAS 27

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1	Banco WestLB do Brasil S.A. ^{2 3 15}	Sao Paulo, Brasilien	100,00		BRL	221.923,61	25.332,10
2	Bank WestLB Vostok (ZAO) ^{3 15}	Moscow, Russische Federation	100,00		RUB	93.619,33	34.073,71
3	readybank ag ¹⁵	Berlin	100,00		EUR	54.461,01	0,00
4	Universal Factoring GmbH ⁴	Ratingen	100,00			k.A.	k.A.
5	West Merchant Limited ^{1 15}	London, United Kingdom	100,00		GBP	98.102,86	- 16.826,92
6	Westdeutsche Immobilienbank AG ^{3 4 15}	Mainz	100,00		EUR	875.872,80	0,00
7	Westdeutsche Immobilien Holding GmbH ^{1 15}	Mainz	94,60		EUR	5.539,47	0,00
8	WestGKA Management Gesellschaft fur kommunale Anlagen mbH ^{2 15}	Dusseldorf	94,87	100,00	EUR	642,00	0,00
9	WestLB do Brasil Cayman Limited ^{1 3 15}	George Town, Cayman Island	100,00		USD	17.323,01	1.576,11
10	WestLB Europa Holding GmbH ^{4 15}	Dusseldorf	100,00		EUR	199.237,58	0,00
11	WestLB Europe (UK) Holdings Limited ¹⁵	London, United Kingdom	100,00		GBP	174.520,43	5.142,24
12	WestLB Finance Curaao N.V. ⁹	Willemstad, Curaao, Niederlandische Antillen	100,00		EUR	1.264,76	1.218,76
13	WestLB Fund Investments Limited ^{1 3 15}	London, United Kingdom	100,00		GBP	863,49	12.340,60
14	WestLB New York Capital Investment Limited ¹⁴	St. Helier, Jersey	100,00		EUR	1.148.051,00	1.760,00
15	WestLB Securities Inc. ¹⁵	New York, USA	100,00		USD	26.206,25	1.097,17
16	WestLB Securities Pacific Limited ^{3 15}	Central, Hongkong	100,00		EUR	26.925,07	550,80
17	WestLB UK Limited ^{1 15}	London, United Kingdom	100,00		GBP	41.251,66	766,89
18	WestProject & Consult Gesellschaft fur Projektentwicklung und Consulting mbH ^{1 15}	Dusseldorf	94,60	100,00	EUR	1.559,56	0,00
19	WIB Real Estate Finance Japan K.K. ^{1 13}	Minato-ku, Japan	100,00		JPY	13.233,71	5.440,44
20	WMO Erste Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG ^{1 15}	Bonn	47,54	50,25	EUR	- 7.497,84	556,42

b. Tochterunternehmen nach SIC-12

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
21	Compass Securitisation Limited ⁶	Dublin 1, Irland	0,00		EUR	8,00	k.A.
22	Compass Securitization LLC	New York, USA	0,00			k.A.	k.A.
23	GOD Grundstücksverwaltungsgesellschaft & Co. KG ¹⁵	Mainz	94,00	11,11	EUR	167.809,35	7.563,34
24	GOH Grundstücksverwaltungsgesellschaft & Co. KG ¹⁵	Mainz	94,00	11,11	EUR	140.076,21	5.936,36
25	WIRE 2008-1 GmbH	Frankfurt am Main	0,00			k.A.	k.A.

2. Joint Venture at equity einbezogen

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
26	FEN Fachmarktzentrum ehemaliges Eisstadion Nürnberg GmbH & Co. KG ^{1 15}	Berlin	50,00		EUR	1.270,34	- 31,78
27	WestLB Mellon Asset Management Holdings Limited ¹⁵	London, United Kingdom	50,00		EUR	116.217,86	- 6.151,31

3. Assoziierte Unternehmen at equity einbezogen

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
28	EMG Projekt Gewerbepark Ludwigsfelde/ Löwenbruch GmbH ^{1 15}	Berlin	47,50		EUR	- 904,04	548,09

II. In den Konzernabschluss nicht einbezogene Unternehmen**1. Nicht einbezogene Tochterunternehmen****a. Tochterunternehmen nach IAS 27**

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
29	Allvaris GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	94,92	100,00	EUR	741,21	- 128,90
30	Berme Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L. ^{1 15}	Mainz	100,00		EUR	12,20	- 3,11
31	BfP Beteiligungsgesellschaft für Projekte mbH ^{1 15}	Düsseldorf	75,68	80,00	EUR	25,37	0,00
32	Chondrit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L. ^{1 15}	Mainz	100,00		EUR	- 91,21	- 94,23
33	Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A. ^{2 3 16}	Braine l'Alleud, Belgien	100,00		EUR	22.848,39	30.412,56
34	Dussinvest2 Beteiligungsgesellschaft mbH ^{4 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	232,20	0,00
35	Dusskapital Acht Beteiligungsgesellschaft mbH ^{4 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	12.050,00	0,00
36	Dusskapital Vierunddreißig Beteiligungsgesellschaft mbH ¹⁵	Düsseldorf	100,00		EUR	25,30	0,08
37	Dusskapital Zwanzig Beteiligungsgesellschaft mbH ¹⁵	Düsseldorf	100,00		EUR	26,00	2,24
38	Fischerinsel Beteiligungs-GmbH ^{1 15}	Mainz	100,00		EUR	20,20	- 0,89
39	Fischerinsel Vermietungs GmbH & Co. KG ^{1 15}	Mainz	100,00		EUR	1.582,20	- 998,74
40	GKA Gesellschaft für kommunale Anlagen mbH ^{1 15}	Düsseldorf	94,87	100,00	EUR	155,95	23,27
41	GkA Grundstücksgesellschaft Hilden mbH ^{1 15}	Düsseldorf	45,54	60,00	EUR	58,46	4,84
42	Hamada Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L. ^{1 15}	Mainz	94,00		EUR	12,19	- 8,38
43	Harrier Capital Management (Bermuda) Ltd. ⁵	Hamilton, Bermuda	100,00		USD	133,41	0,07
44	Infrastrukturentwicklungsgesellschaft Hilden mbH ^{1 15}	Düsseldorf	49,33	52,00	EUR	81,99	21,15
45	KA Deutschland Beteiligungs KG ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	- 3.463,31	- 1.486,54
46	Kainit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ^{1 15}	Mainz	100,00		EUR	19,36	- 0,15

47	Kassiterit Beteiligungs GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	22,87	- 0,14
48	KB Zwei Länder Beteiligungs- und Verwaltungs KG ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	782,40	52,86
49	KB Zwei Länder Beteiligungsgesellschaft mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	553,69	- 12,43
50	Leasing Belgium N.V. ^{1 15}	Antwerpen, Belgien	100,00		EUR	824,21	- 10,03
51	LIFE.VALUE Construction GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	94,87	100,00	EUR	551,59	- 2,22
52	LIFE.VALUE GmbH & Co. Building 1 KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 714,56	- 16,50
53	LIFE.VALUE GmbH & Co. LivingLofts KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 118,38	- 18,09
54	LIFE.VALUE GmbH & Co. Loft 1 KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 484,99	- 14,98
55	LIFE.VALUE GmbH & Co. Palace 1 KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 950,31	- 26,92
56	LIFE.VALUE GmbH & Co. 10 Broome KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 207,69	- 23,45
57	LIFE.VALUE GmbH & Co. 11/14 Centre KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 294,02	- 136,47
58	LIFE.VALUE GmbH & Co. 2 Sullivan KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 129,26	56,48
59	LIFE.VALUE GmbH & Co. 3 Thompson KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 108,22	- 53,73
60	LIFE.VALUE GmbH & Co. 4 Wooster KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 137,86	- 45,76
61	LIFE.VALUE GmbH & Co. 5 Greene KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 241,32	- 108,59
62	LIFE.VALUE GmbH & Co. 6 Houston KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 187,45	- 23,29
63	LIFE.VALUE GmbH & Co. 7/8 Prince KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 560,89	- 42,24
64	LIFE.VALUE GmbH & Co. 9 Spring KG ^{1 15}	Düsseldorf	85,20	100,00	EUR	- 227,17	- 21,59
65	Life.Value Properties GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	85,27	100,00	EUR	173,94	18,88
66	Methuselah Life Markets Limited ^{1 15}	London, United Kingdom	100,00		GBP	16.721,35	- 4.417,95
67	Monolith Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH ^{1 15}	Mainz	100,00		EUR	69,43	5,50
68	Monolith Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH & Co. Objekt Neubau Sparkassen-Versicherungen Sachsen OHG ^{1 15}	Mainz	5,00	76,00	EUR	- 25.026,76	192,10
69	Montelucia Phoenix Inc. ¹	Dover, USA	100,00			k.A.	k.A.
70	Nephelein Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH ^{1 15}	Mainz	100,00		EUR	- 34,58	- 3,84
71	PE Projekt-Entwicklungsgesellschaft mbH ^{1 15}	Düsseldorf	94,92	100,00	EUR	25,06	0,00
72	PE Projekt-Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. Büro- und Businesscenter Leipzig Park KG ^{2 15}	Düsseldorf	99,49	100,00	EUR	231,31	- 2.433,15
73	PM Portfolio Management GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	94,92	100,00	EUR	63,00	1,03
74	Projekt Carrée am Bahnhof GmbH & Co. Bürozentrum KG ^{1 15}	Bad Homburg	48,38	51,00	EUR	- 3.571,86	- 116,54
75	Projekt Carrée am Bahnhof Verwaltungs GmbH ^{1 15}	Bad Homburg	48,38	51,00	EUR	- 13,19	- 0,17
76	Projektentwicklungsgesellschaft Gartenstadt Wildau Röthegrund II mbH ^{2 15}	Wildau	100,00		EUR	- 6.181,60	155,81
77	Projektgesellschaft Klosterberg mbH ^{2 15}	Münster	100,00		EUR	- 500,55	- 99,04
78	Readypartner GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	25,00	0,00
79	Styrax Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L. ^{1 15}	Mainz	100,00		EUR	- 77,74	- 12,50
80	Systemhaus der ABC Privatkunden-Bank GmbH ^{1 15}	Berlin	100,00		EUR	51,21	0,00
81	Treuhand- und Finanzierungsgesellschaft für Wohnungs- und Bauwirtschaft mit beschränkter Haftung, Treufinanz ⁹	Düsseldorf	65,41	66,37	EUR	3.910,57	27,56
82	Unterstützungseinrichtung der WestLB GmbH ¹⁵	Düsseldorf	99,23		EUR	26,00	0,00
83	Vivaldis Gesellschaft für strukturierte Lösungen S.A. ⁸	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	31,00	- 124,81
84	West Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH ⁹	Düsseldorf	100,00		EUR	31,14	5,25
85	West Zwanzig GmbH ^{1 15}	Mainz	100,00		EUR	25,23	0,08
86	Westdeutsche Immobilien Fonds Beteiligungs-gesellschaft mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	41,73	0,00
87	WestFonds Geschäftsführungs-gesellschaft 1 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	21,46	- 3,52
88	WestFonds Geschäftsführungs-gesellschaft 2 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	21,48	- 3,52
89	WestFonds Gesellschaft für geschlossene Immobilienfonds mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	79,75	6,25
90	WestFonds Holland Grundstücksgesellschaft Voorburg und s'Hertogenbosch mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	33,39	- 3,84
91	WestFonds Immobilien Gesellschaft Objekt Essen Schnieringshof 10-14 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	5,13	- 20,09
92	WestFonds Immobilien Gesellschaft Objekt Halle/Saale Charlottenstraße mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00		EUR	5,74	- 20,26

93	WestFonds Immobilien Gesellschaft Objekt Magdeburg An der Steinkuhle 2–2e mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	6,15	– 19,85
94	WestFonds Immobilien Gesellschaft Objekt Magdeburg Rogätzer Str. 8 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	5,78	– 19,40
95	WestFonds Immobilien Gesellschaft Objekt Wien Heiligenstädter Lände 29 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	4,81	– 20,19
96	WestFonds Immobilien-Anlagegesellschaft mbH ^{4 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	1.176,58	0,00
97	Westfonds 6 Palazzo Michelangelo Frankfurt KG ^{1 15}	Düsseldorf	94,23	EUR	– 2.832,94	– 571,67
98	WestFonds-PHG Gesellschaft RWI-Fonds 120 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
99	WestFonds-PHG Gesellschaft RWI-Fonds 125 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
100	WestFonds-PHG Gesellschaft RWI-Fonds 140 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,36	– 2,64
101	WestFonds-PHG Gesellschaft RWI-Fonds 43 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
102	WestFonds-PHG Gesellschaft RWI-Fonds 47 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
103	WestFonds-PHG Gesellschaft WestFonds Wien 2 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
104	WestFonds-PHG Gesellschaft WestFonds 1 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
105	WestFonds-PHG Gesellschaft WestFonds 2 D mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,36	– 2,64
106	WestFonds-PHG Gesellschaft WestFonds 2 H mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
107	WestFonds-PHG Gesellschaft WestFonds 5 Aachen mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
108	WestFonds-PHG Gesellschaft WestFonds 5 Bremen mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
109	WestFonds-PHG Gesellschaft WestFonds 5 Frankfurt mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
110	WestFonds-PHG Gesellschaft Westfonds 6 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
111	WestFonds-PHG Gesellschaft WestFonds 7 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
112	WestFonds-PHG-Gesellschaft BI-Fonds 12 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
113	WestFonds-PHG-Gesellschaft BI-Fonds 14 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
114	WestFonds-PHG-Gesellschaft BI-Fonds 17 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
115	WestFonds-PHG-Gesellschaft BI-Fonds 18 S mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,36	– 2,64
116	WestFonds-PHG-Gesellschaft BI-Fonds 19 S mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
117	WestFonds-PHG-Gesellschaft BI-Fonds 23 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
118	WestFonds-PHG-Gesellschaft BI-Fonds 6 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
119	WestFonds-PHG-Gesellschaft KA Deutschland Beteiligungsgesellschaft mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,37	– 2,63
120	WestFonds-PHG-Gesellschaft KB Zwei Länder Beteiligungsgesellschaft mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
121	WestFonds-PHG-Gesellschaft RWI-Fonds 25 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
122	WestFonds-PHG-Gesellschaft RWI-Fonds 34 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
123	WestFonds-PHG-Gesellschaft RWI-Fonds 40 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
124	WestFonds-PHG-Gesellschaft WestFonds 3 Berlin mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,43	– 2,57
125	WestFonds-PHG-Gesellschaft WestFonds 3 Düsseldorf mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,30	– 2,70
126	WestFonds-PHG-Gesellschaft WestFonds 4 mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	22,37	– 2,64
127	WestIB Westdeutsche Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH ^{4 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	353,11	0,00
128	West-ISH-Beteiligungsgesellschaft mbH ^{4 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	13.500,00	0,00

129	WestLB Akademie Schloss Krickenbeck GmbH ^{4 15}	Nettetal	100,00	EUR	153,40	0,00	
130	WestLB do Brasil Participacoes, Representacoes e Negocios Ltda. ¹⁵	São Paulo, Brasilien	100,00	BRL	2.880,46	90,18	
131	WestLB Holborn Limited ¹⁵	George Town, Cayman Island	100,00	GBP	5,14	0,00	
132	WestLB International Leasing GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	200,63	114,93	
133	WESTLB INTERNATIONAL SERVICES LTD. ^{1 15}	St. Helier, Jersey	100,00	GBP	435,50	- 4,94	
134	WestLB Life Markets GmbH ^{4 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	1.287,16	0,00	
135	WestLB Limited ^{1 15}	London, United Kingdom	100,00	GBP	2.452,68	3.948,34	
136	WestLB Property Services Limited ^{1 15}	London, United Kingdom	100,00	GBP	6.069,97	870,94	
137	WestLB Securities SA (Pty) Ltd. ^{1 15}	Johannesburg, Südafrika	100,00	ZAR	1.361,44	177,14	
138	WestLB Servicios S.A. ^{1 15}	Buenos Aires, Argentinien	95,00	ARS	2,82	- 1,28	
139	WestLB Trust GmbH ^{4 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	2.502,11	0,00	
140	WestLB Trust Premium Select Management GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	49,55	10,21	
141	WestLB Trust Premium Select Verwaltungs GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	35,63	4,12	
142	WestLB Trust Verwaltung GmbH ^{1 15}	Schönefeld	100,00	EUR	24,41	- 19,06	
143	WestLB Versorgungskasse GmbH ¹⁵	Düsseldorf	100,00	EUR	25,26	0,08	
144	WestLeasing Westdeutsche Leasing Holding GmbH ^{4 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	11.627,75	0,00	
145	WestMerchant Beteiligungs GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	26,43	0,11	
146	WestRM West Risk Markets AG ^{3 15}	Baar, Schweiz	100,00	CHF	15.934,49	- 28,82	
147	WestTA Beteiligungsgesellschaft mbH ^{4 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	645,93	0,00	
148	WestTeam Marketing GmbH ^{4 12}	Düsseldorf	100,00	EUR	534,30	0,00	
149	WestUBG – Westdeutsche Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH ^{4 11}	Düsseldorf	100,00	EUR	10.635,13	0,00	
150	WestVerkehr Beteiligungsgesellschaft mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	348,78	28,18	
151	WIP Westdeutsche Immobilien Portfolio Managementgesellschaft mbH ^{1 15}	Düsseldorf	100,00	EUR	611,04	10,36	
152	WMB Beteiligungs GmbH ^{1 8}	Düsseldorf	100,00	EUR	156,24	3,05	
153	WMB Leasing Nine Limited ^{1 15}	London, United Kingdom	100,00	GBP	21,60	19,99	
154	WMB Leasing Seven Limited ^{1 15}	London, United Kingdom	100,00	GBP	324,17	281,12	
155	WMB Leasing Ten Limited ^{1 15}	London, United Kingdom	100,00	GBP	948,09	339,90	
156	WMO Entwicklungsgesellschaft mbH ^{1 15}	Bonn	47,54	100,00	EUR	31,20	1,26

b. Tochterunternehmen nach SIC-12

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
157	FACTORINGproM Funding Ltd.	Dublin 1, Irland	0,00			k.A.	k.A.
158	RN Beteiligungs-GmbH ⁸	Stuttgart	50,00		EUR	12.974,04	739,23
159	Tersicore Finance Srl ⁷	Conegliano, Italien	0,00		EUR	10,00	0,60
160	Teseo Finance Srl ⁷	Conegliano, Italien	0,00		EUR	10,00	0,00
161	Westcommodities Limited	George Town, Cayman Island	0,00			k.A.	k.A.
162	WestLB Mellon Compass Euro Balanced Fund	Senningerberg, Luxemburg	0,00			k.A.	k.A.
163	WestLB Mellon Pension Dynamic-Fonds WestLB Mellon AM KAG mbH Beschr.verf.ber.gem.InvG	Düsseldorf	0,00			k.A.	k.A.

2. Joint Venture

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
164	FEN Fachmarktzentrum ehemaliges Eisstadion Nürnberg Verwaltungs GmbH ^{1 15}	Berlin	50,00		EUR	49,75	2,37

165	Frankonia Eurobau Max-Viertel GmbH ^{1 15}	Nettetal	25,00	EUR	3.240,37	50,75
166	GID Gesellschaft für Innenstadtentwicklung in Duisburg mbH ^{1 15}	Hamburg	45,00	EUR	- 1,46	2,91
167	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Krohnstieg-Süd mbH ^{1 15}	Bremen	45,00	EUR	- 2.942,05	- 243,77
168	Kampnagel 3. Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH i.L. ¹⁸	Hamburg	33,60	EUR	1.286,95	1.079,22
169	Objektgesellschaft KAP am Südkai GmbH i.L. ¹⁹	Köln	25,00	EUR	1.148,61	281,17

3. Assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
170	Börse Düsseldorf AG ¹⁵	Düsseldorf	21,95		EUR	36.394,96	4.310,65
171	Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH ^{1 15}	Unna	33,33		EUR	456,92	172,20
172	European Policy Exchange Limited ¹⁵	London, United Kingdom	72,90	38,61	EUR	5.814,30	2.018,92
173	GML Gewerbepark Münster-Loddenheide GmbH ^{1 15}	Münster	33,33		EUR	13.211,00	3.179,18
174	iclear GmbH	Mannheim	25,17			k.A.	k.A.
175	Platin 183. GmbH ¹⁵	Frankfurt am Main	39,00		EUR	23,70	- 0,42
176	Projekt Zeppelin-Center Friedrichshafen Verwaltungs GmbH i.L. ¹	Bonndorf	25,00			k.A.	k.A.
177	Reschop Carré Hattingen GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	40,00		EUR	- 1.064,65	- 158,30
178	Reschop Carré Marketing GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	40,00		EUR	16,03	3,53
179	S-Chancen-Kapitalfonds NRW GmbH ¹⁵	Münster	50,00		EUR	25.982,32	- 2.225,29
180	StadtGalerie Witten GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	40,00		EUR	- 957,44	54,52
181	StadtGalerie Witten Marketing GmbH ^{1 15}	Düsseldorf	40,00		EUR	25,74	13,24
182	S-Verbund-Clearing NRW GmbH ¹⁵	Düsseldorf	33,33		EUR	30,00	0,00
183	SWest Objektgesellschaft Rechenzentrum mbH i.L. ¹⁵	Düsseldorf	50,00		EUR	5.129,87	989,97
184	Westfalia-Automotive Holding GmbH ¹¹	Rheda-Wiedenbrück	41,84		EUR	22.853,64	5.472,62
185	WPW Immobilienentwicklungsgesellschaft Nr. 1 mbH i.L. ^{1 15}	Trier	33,33		EUR	327,87	- 0,69

4. Unternehmensanteile

a. Kapitalanteil von mindestens 20%

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
186	COREplus Private Equity Partners GmbH & Co. KG ^{1 15}	Düsseldorf	36,52	0,00	EUR	39.914,44	- 604,94
187	Garnet Real Estate LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
188	IFV ImmobilienFonds Verwaltungsgesellschaft Objekte Halle, Essen und Magdeburg mbH ¹⁵	Ingelheim am Rhein	40,00		EUR	40,18	5,18
189	Indigo Land Bell Construction LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
190	Indigo Land Cleveland Avenue, LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
191	Indigo Land Exchange GMO, LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
192	Indigo Land Groveland LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
193	Indigo Land Inlet at Sebastian LLC ¹⁵	Dover, USA	100,00		USD	362,54	0,00
194	Indigo Land Majestic Bay LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
195	Indigo Land Mt. Dora Development LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
196	Indigo Land Northwood LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
197	Indigo Land Progresso Lofts, LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
198	Indigo Land Riverside Landings LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
199	Indigo Real Estate LLC ¹⁵	New York, USA	100,00		USD	9.487,38	0,00
200	Lantana W. Holdings LLC	New York, USA	100,00	0,00		k.A.	k.A.
201	METRO Group Asset Management GmbH ⁹	Saarbrücken	33,33	0,00	EUR	51,64	3,64
202	Pacific Ethanol Equity Holdings LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
203	S Institut für Marketing & Kundenbindung GmbH ⁸	Elsdorf	37,50		EUR	3.616,15	8,62

204	Spring Holdco Limited	London, United Kingdom	100,00	0,00		k.A.	k.A.
205	West Pensionsfonds AG ¹⁵	Düsseldorf	49,90		EUR	5.296,10	- 119,57
206	Westfälische Textil-Gesellschaft Klingenthal & Co. mit beschränkter Haftung ¹⁰	Salzkotten	25,26		EUR	11.113,86	- 74,70
207	Westfonds 5 Büropark Aachen Laurensberg KG ^{1 15}	Düsseldorf	49,11		EUR	9.299,95	524,37
208	WestFonds 5 Palazzo Fiorentino Frankfurt KG ^{1 15}	Düsseldorf	45,62		EUR	69,00	- 8.137,38
209	WestFonds 5 Walle-Center Bremen KG ^{1 15}	Düsseldorf	46,03		EUR	14.708,19	824,86
210	White W. Holding LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.
211	WLB ASA Ethanol LLC	New York, USA	100,00			k.A.	k.A.

b. Stimmanteil von über 5% (große Kapitalgesellschaften)

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigen- kapital	Ergebnis
212	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ¹⁵	Frankfurt am Main	5,02		EUR	153.142,18	5.150,00
213	DEUTSCHE ANLAGEN-LEASING GmbH ^{1 15}	Mainz	6,00		EUR	25.323,31	11.433,31
214	Deutscher Sparkassenverlag GmbH ¹⁵	Stuttgart	5,41		EUR	95.620,98	15.007,75

c. Sonstige Personengesellschaften, bei denen WestLB unbeschränkt haftender Gesellschafter ist

215	GBR Industrie- und Handelskammer Rheinisch-Westfälische-Börse	Düsseldorf	5,88	5,00	EUR	k.A.	k.A.
216	GLB GmbH & Co. OHG	Frankfurt am Main	15,47		EUR	k.A.	k.A.

Fußnoten

- 1 = Mittelbar gehalten
- 2 = Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile
- 3 = Es besteht eine Patronatserklärung.
- 4 = Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
- 5 = Es liegen Daten zum 31. 12. 2005 vor.
- 6 = Es liegen Daten zum 31. 3. 2006 vor.
- 7 = Es liegen Daten zum 31. 12. 2006 vor.
- 8 = Es liegen Daten zum 31. 12. 2007 vor.
- 9 = Es liegen Daten zum 31. 12. 2008 vor.
- 10 = Es liegen Daten zum 30. 6. 2009 vor.
- 11 = Es liegen Daten zum 30. 9. 2009 vor.
- 12 = Es liegen Daten zum 31. 10. 2009 vor.
- 13 = Es liegen Daten zum 30. 11. 2009 vor.
- 14 = Es liegen Daten zum 14. 12. 2009 vor.
- 15 = Es liegen Daten zum 31. 12. 2009 vor.
- 16 = Es liegen Daten zum 31. 10. 2010 vor.

Düsseldorf, den 1. März 2011

WestLB AG

Der Vorstand

Dietrich Voigtländer

Thomas Groß

Hubert Beckmann

Dr. Hans-Jürgen Niehaus

Klemens Breuer

Werner Taiber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der WestLB AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf folgende festgestellte Besonderheit hin: Wie im Lagebericht im Abschnitt ‚Ausblick‘ dargestellt, geht die Bilanzierung im vorliegenden Jahresabschluss und die Darstellung der künftigen Entwicklung im Lagebericht von einem genehmigungsfähigen überarbeiteten Umstrukturierungsplan aus. Daneben besteht die Möglichkeit eines mehrheitlichen Eigentümerwechsels oder – subsidiär – einer Aufteilung der Bank. Im Fall, dass die hierzu erforderlichen Entscheidungen getroffen werden, können bei der weiteren Transformation erhebliche und nachhaltig negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WestLB AG in den kommenden Jahren entstehen.“

Düsseldorf, den 1. März 2011

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Werthmann	Lösken
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WestLB AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der WestLB AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der WestLB AG beschrieben sind.

Düsseldorf, den 1. März 2011

Der Vorstand
WestLB AG



Dietrich Voigtländer



Hubert Beckmann



Klemens Breuer



Thomas Groß



Dr. Hans-Jürgen Niehaus



Werner Taiber

Bericht des Aufsichtsrates

Das Geschäftsjahr 2010 der WestLB AG stand im Zeichen der Umsetzung der Bedingungen aus der Entscheidung der EU-Kommission vom 12. Mai 2009 sowie – damit einhergehend – der Etablierung einer nachhaltig profitablen Kernbank. Bei den dafür notwendigen Schritten arbeiteten Aufsichtsrat, Eigentümer und Vorstand eng mit dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung und dem Bundesfinanzministerium zusammen.

So wurden auf Grundlage des im Dezember 2009 geschlossenen § 8a-Rahmenvertrags Ende April 2010 umfangreiche Vertragswerke zur Auslagerung des sogenannten Hauptportfolios nicht-strategienotwendiger Aktivitäten durch Aufsichtsrat und Hauptversammlung beschlossen und im Anschluss unterzeichnet. Die Übertragung der betreffenden Portfolios auf die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) erfolgte sodann rückwirkend zum 1. Januar 2010.

Im Juni 2010 wurde zudem Herr Rechtsanwalt Friedrich Merz zum Veräußerungsbevollmächtigten benannt. Entsprechend der Bedingung der EU-Kommission aus der Entscheidung vom 12. Mai 2009 erfolgte am 30. September 2010 die Schaltung einer Verkaufsanzeige für die WestLB AG, um den geforderten Eigentümerwechsel der Bank voranzutreiben. Der Veräußerungsbevollmächtigte berichtete regelmäßig in den Aufsichtsratssitzungen über den Status des Verkaufsprozesses.

Mit Entscheidung vom 5. November 2010 leitete die Europäische Kommission ein vertieftes Prüfverfahren bezüglich der Übertragung nicht-strategienotwendiger Aktivitäten auf die EAA ein. Obwohl Deutschland in seiner Stellungnahme vom 22. Dezember 2010 erneut klarstellte, dass es die Position der Kommission zu einem mit dieser Maßnahme verbundenen inkompatiblen Beihilfeelement in Höhe von 3,4 Mrd € bestreitet, hatte die Bundesrepublik in einem Gespräch mit Herrn Vizepräsident Almunia am 15. November 2010 zugesichert, bis zum 15. Februar 2011 einen Überarbeiteten Umstrukturierungsplan vorzulegen, der dem weiteren Restrukturierungsverlangen der Kommission Rechnung trägt.

Angesichts dieser Herausforderungen waren der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse im vergangenen Geschäftsjahr in besonderer Weise gefordert, den Vorstand in seinen Aufgaben beratend zu unterstützen, sich zeitnah über aktuelle Entwicklungen unterrichten zu lassen sowie die erforderlichen Entscheidungen zu treffen.

Überwachung und Beratung der Geschäftsführung

Der Aufsichtsrat hat während des abgelaufenen Geschäftsjahres in insgesamt 15 Sitzungen den Vorstand laufend beraten, die Geschäftsführung überwacht und die Bank im Rahmen der dem Gremium gesetzlich vorgegebenen Aufgabenstellungen aktiv begleitet. Der Aufsichtsrat ist somit seinen Aufgaben entsprechend den gesetzlichen Vorgaben sowie den Regelwerken der Bank vollumfänglich nachgekommen. Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse wurden vom Vorstand kontinuierlich und ausführlich über die maßgeblichen Fragen der Unternehmensplanung, der Geschäftsentwicklung, der Unternehmensführung und -strategie sowie wesentliche Ereignisse und Geschäftsvorfälle unterrichtet. Soweit Entscheidungen und Geschäftsvorgänge der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, wurden diese vorgelegt und entschieden.

Die Überwachung und Prüfung der Geschäftsführung des Vorstands durch den Aufsichtsrat erfolgten anhand erteilter beziehungsweise eingeforderter Informationen sowie aufgrund bereitgestellter Unterlagen. Der Aufsichtsratsvorsitzende, seine Stellvertreterin und der Vorstandsvorsitzende haben in regelmäßigen Gesprächen aktuelle Einzelthemen und Entscheidungen des Vorstands erörtert.

Aufsichtsratsplenum

Der Aufsichtsrat tagte im Verlauf des Jahres 2010 am 25. Januar, 24. Februar, 22. März, 23. April, 30. April, 28. Mai, 18. Juni, 13. August, 20. September, 6. Oktober, 26. Oktober, 6. November, 18. November, 29. November und am 13. Dezember 2010.

Im Mittelpunkt der Aufsichtsratssitzungen stand regelmäßig die ausführliche Erörterung der Geschäftslage der Bank auf Basis des vom Vorstand vorgetragenen Berichts zur Lage. Des Weiteren erfolgten vonseiten der Vorsitzenden von Risiko- und Prüfungsausschuss Berichte über die Arbeit in den Ausschüssen. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat turnusmäßig mit dem Thema Vorstandsangelegenheiten, entschied über die aufsichtsratsrelevanten Beteiligungsengagements und fasste Beschlüsse über die Berufung beziehungsweise Abberufung von Beiratsmitgliedern.

Neben diesen turnusmäßig behandelten Themen erörterte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 25. Januar 2010 den vom Vorstand vorgestellten Ausblick auf das Ergebnis des Geschäftsjahres 2009, diskutierte das Budget 2010, nahm den Statusbericht zu Maßnahmen nach FMStFG entgegen, beschloss zur weiteren Erfüllung der EU-Auflagen die Schließung der Niederlassungen Paris und Toronto. Des Weiteren befasste er sich mit der Umsetzung der Änderungen in der Gesetzes- und Empfehlungslage in den Regelwerken der Bank.

In seiner Sitzung am 24. Februar 2010 stimmte der Aufsichtsrat dem Abschluss einer D&O-Versicherung zu.

Am 22. März 2010 trat der Aufsichtsrat erneut zusammen und befasste sich intensiv – nach entsprechenden Berichten des Prüfungsausschussvorsitzenden und des Abschlussprüfers – mit der Prüfung, Beratung und Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2009 und entschied über den Corporate Governance-Bericht der WestLB AG im Geschäftsbericht 2009.

In seiner außerordentlichen Sitzung am 23. April 2010 schaffte der Aufsichtsrat mit seinen Beschlüssen und Beschlussempfehlungen an die nachfolgende Hauptversammlung die rechtliche Grundlage für die Abspaltung des sogenannten Hauptportfolios auf die EAA.

Themen der Aufsichtsratssitzung am 30. April 2010 waren neben der Prüfung, Beratung und Billigung des Konzernabschlusses 2009 und der Beschlussfassung zum „Bericht des Aufsichtsrates“ im Geschäftsbericht für das Jahr 2009 Vorschläge an die Hauptversammlung über der Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates für das Jahr 2009

sowie über die Bestellung des Jahres- und Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2010. Darüber hinaus empfahl der Aufsichtsrat der Hauptversammlung, Frau Dr. Annette Messemer und Frau Hildegard Müller zu neuen Mitgliedern des Aufsichtsrates zu wählen. Zuvor hatten Herr Dr. Wolfgang Kirsch sowie Herr Harry Voigtsberger ihre Aufsichtsratsmandate zum 30. April 2010 niedergelegt. Darüber hinaus wählte der Aufsichtsrat – vorbehaltlich ihrer Wahl durch die Hauptversammlung – Frau Dr. Messemer zum Mitglied des Prüfungs- und Risikoausschusses sowie Frau Müller zum Mitglied des Präsidiums. Des Weiteren empfahl der Aufsichtsrat der Hauptversammlung, eine Satzungsänderung im Hinblick auf den neu eingerichteten Gewährträgersausschuss zu beschließen.

In der Aufsichtsratssitzung am 28. Mai 2010 ließ sich der Aufsichtsrat neben den turnusmäßigen Berichterstattungen über die Vergütungsrunde 2009/2010 informieren.

In der zusätzlichen Aufsichtsratssitzung am 18. Juni 2010 wurden Vorstandsangelegenheiten beraten.

Nach Niederlegung des Aufsichtsratsmandats durch Herrn Oberbürgermeister a.D. Dr. Gerhard Langemeyer zum 30. Juni 2010 beschloss der Aufsichtsrat im Rahmen eines Umlaufverfahrens am 29. Juni 2010, der Hauptversammlung zu empfehlen, Herrn Heinz Paus, Bürgermeister der Stadt Paderborn, zum Mitglied des Aufsichtsrates zu wählen und bestellte ihn – vorbehaltlich des Beschlusses durch die Hauptversammlung – zum Mitglied des Risikoausschusses.

In einem weiteren Umlaufverfahren empfahl der Aufsichtsrat nach Niederlegung des Aufsichtsratsmandats durch Herrn Minister a. D. Dr. Helmut Linssen zum 12. August 2010 der Hauptversammlung, Herrn Minister Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, zum Mitglied des Aufsichtsrates zu wählen. Darüber hinaus bestellte der Aufsichtsrat Herrn Minister Dr. Walter-Borjans – vorbehaltlich des Beschlusses durch die Hauptversammlung – zum Mitglied des Präsidiums.

Die Aufsichtsratssitzung am 13. August 2010 befasste sich mit den turnusmäßigen Themen und entschied zudem über den Verkauf der Beteiligung Banque d'Orsay S.A., Paris.

In seiner Sitzung am 20. September 2010 erörterte der Aufsichtsrat das in Diskussion befindliche Fusionsvorhaben mit der BayernLB. Zudem stimmte der Aufsichtsrat in dieser Sitzung unter anderem dem Verkauf der WestLB International S.A., Luxemburg, zu und ebnete damit den Weg für die Erfüllung einer weiteren Auflage der EU-Kommission.

Der Aufsichtsrat trat erneut am 6. Oktober 2010 zusammen und traf weitere Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Verkaufsprozess der Westdeutschen ImmobilienBank. Diese Thematik bildete – neben weiteren Beteiligungsengagements – erneut ein Schwerpunktthema in der Sitzung des Gremiums am 26. Oktober 2010.

Im Anschluss an die Entscheidung der BayernLB, die Gespräche über die Prüfung einer Fusion nicht weiter fortzuführen, und nach den Verlautbarungen der EU-Kommission am 5. November 2010 kam der Aufsichtsrat am 6. November 2010 kurzfristig zu einer weiteren Sitzung zusammen und ließ sich vom Vorstand über die aktuelle Situation informieren.

In einer zusätzlichen Sitzung befasste sich der Aufsichtsrat am 18. November 2010 erneut mit der weiteren Vorgehensweise im Hinblick auf den Verkaufsprozess Westdeutsche ImmobilienBank.

Am 29. November 2010 kam der Aufsichtsrat zu einer weiteren zusätzlichen Sitzung zusammen, um das Thema Haftungsfragen zu erörtern.

In der ordentlichen Aufsichtsratssitzung am 13. Dezember 2010 unterrichtete der Vorstand das Gremium unter anderem über den Status der Überarbeitung des Umstrukturierungsplans und die weitere Planungsbasis. Daneben befasste sich der Aufsichtsrat mit den Beteiligungen readybank und Westdeutsche ImmobilienBank und fasste einen Beschluss zur Prolongation der D&O-Versicherung.

Arbeit in den Ausschüssen

Das **Präsidium** trat im Jahr 2010 insgesamt achtmal zusammen, und zwar am 25. Januar, 22. März, 30. April, 20. Mai, 28. Mai, 13. August, 20. September und am 13. Dezember 2010 und beriet darüber hinaus in vier Telefonkonferenzen (9. Juni, 25. Juni, 27. Oktober, 5. November) über aktuelle Themen. In seinen Sitzungen befasste sich das Gremium neben der Vorbereitung der jeweils nachfolgenden Aufsichtsratssitzung turnusmäßig mit den Mandaten des Vorstands sowie mit Vorstandsangelegenheiten und ließ sich zudem über den Status laufender Gerichtsverfahren unterrichten. In seiner Dezember-Sitzung traf das Präsidium überdies den Vorratsbeschluss gemäß § 15 KWG für das Jahr 2011.

Der **Prüfungsausschuss** befasste sich in seinen Sitzungen am 11. März und 13. April 2010 mit allen jahres- und konzernabschlussrelevanten Themen. Neben der Erörterung der diesbezüglichen Prüfberichte und den zugehörigen Beschlussfassungen wurden der Ausschuss auch über die Ergebnisse beauftragter Sonderprüfungen unterrichtet und ein Vorschlag für die Wahl des Abschlussprüfers erarbeitet.

Der **Risikoausschuss** kam im Jahr 2010 insgesamt viermal zusammen. In seinen Sitzungen am 26. Februar, 20. Mai, 1. September und 25. November 2010 erörterte er die Risikolage der WestLB, befasste sich intensiv mit den Risikostrategien der Bank, stimmte den ihm vorgelegten Organkrediten gemäß § 15 KWG zu und nahm die Großkredite gemäß § 13a KWG zur Kenntnis. Darüber hinaus diskutierte der Risikoausschuss unter anderem die Basel-II-Compliance der Bank sowie den Basel-III-Ausblick, ließ sich vom Vorstand über das Sicherheitsmanagement und über die Ergebnisse externer internationaler Prüfungen berichten und informierte sich des Weiteren über die Darstellung des Derivate-Portfolios sowie spezielle Projekte der Bank.

Der [Vermittlungsausschuss](#) tagte im Jahr 2010 nicht.

Prüfung und Feststellung von Jahres- und Konzernabschluss 2010

In der Aufsichtsratssitzung am 24. März 2011 erfolgten die Feststellung des Jahresabschlusses 2010 sowie die Billigung des Konzernabschlusses 2010. Darüber hinaus traf der Aufsichtsrat eine Empfehlung an die Hauptversammlung zur Entlastung der Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sowie zur Bestellung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2011.

Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und Lagebericht der Bank sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht, die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Konzernabschluss sowie der Jahresbericht der Konzernrevision gemäß den Mindestanforderungen an die Interne Revision rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Der Abschlussprüfer, die Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, nahm an den relevanten Sitzungen sowohl des Aufsichtsrates als auch des Prüfungsausschusses teil. Der Prüfungsausschuss behandelte in seiner Sitzung am 22. März 2011 die Prüfungsberichte zum Jahresabschluss und zum Konzernabschluss. Der Abschlussprüfer prüfte den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010. Jahresabschluss und Lagebericht der WestLB AG und des Konzerns einschließlich der ihnen zugrunde liegenden Buchführung wurden mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehen.

Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss erörterten die Abschlüsse, prüften die Lageberichte und diskutierten die Berichte des Abschlussprüfers über die Ergebnisse seiner Prüfung. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung wurden keine Einwendungen erhoben.

Düsseldorf, den 24. März 2011

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates



Michael Breuer

Corporate Governance in der WestLB AG

Kohärente Corporate Governance-Standards sind für eine verantwortungsvolle und transparente Unternehmensführung der internationalen Finanzmarktakteure unabdingbar. Ein wesentliches Ziel der WestLB AG besteht zudem darin, dazu beizutragen, das Vertrauen der internationalen und nationalen Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung von Banken zu fördern.

Die WestLB AG legt ihrer Corporate Governance deshalb bereits seit dem Jahr 2006 freiwillig den Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in seiner jeweils gültigen Fassung zugrunde, obschon eine derartige Verpflichtung nur für börsennotierte Unternehmen besteht.

Der DCGK spiegelt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften wider und enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Der Kodex verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und eine nachhaltige Wertschöpfung Sorge zu tragen.

Über die Einhaltung der Empfehlungen des DCGK informiert die WestLB AG regelmäßig im Geschäftsbericht und auf der Internetseite unter www.westlb.de.

Vergütungsbericht

Das Thema Vergütung ist im Rahmen der Finanzmarktkrise in den öffentlichen Fokus gerückt. Das Financial Stability Board hat auf Wunsch der Staaten der G 20 im April 2009 „Principles for Sound Compensation Practices“ veröffentlicht, die Ende September 2009 um detaillierte „Implementation Standards“ ergänzt wurden. Deutschland und die übrigen G 20-Staaten haben sich zur Umsetzung der Anforderungen des FSB verpflichtet.

Dementsprechend hat der Vorstand der WestLB AG im Hinblick auf die Umsetzung der FSB-Standards am 4. Dezember 2009 folgende Selbstverpflichtungserklärung abgegeben:

„Die Einrichtung angemessener Governance-Strukturen und geeigneter Risikomanagementinstrumente hat für uns als global tätiges Unternehmen mit umfangreichen und komplexen Geschäftsaktivitäten hohe Priorität. Unsere Vergütungssysteme werden so ausgestaltet, dass sie unsere auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zu den „Principles for Sound Compensation Practices – Implementation Standards“ des Financial Stability Boards (FSB) vom 25. September 2009. Wir setzen diese Grundsätze schnellstmöglich um, soweit dies zivil-, arbeits- sowie gesellschaftsrechtlich möglich ist und werden sie bereits bei der Bemessung der Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 berücksichtigen. Da sich alle Staaten der G 20 zur Umsetzung der Grundsätze des FSB verpflichtet haben, leisten wir damit auch einen wichtigen Beitrag, um ein weltweites Level Playing Field sicherzustellen.“

Durch diese Selbstverpflichtung unterstreicht die WestLB AG, dass sie die FSB-Standards ernst nimmt und eine auf Nachhaltigkeit abzielende Vergütungspolitik verfolgt.

Die WestLB hat ihr Vergütungssystem entsprechend ausgerichtet.

Die Vergütung des Vorstands legt die WestLB AG in einem Vergütungsbericht offen, der als Teil des Corporate Governance-Berichts auch das Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder in seinen Grundzügen erläutert. Überdies enthält der Vergütungsbericht unter anderem Angaben über die Zusammensetzung und die Höhe der Vergütung des Aufsichtsrates.

Im Übrigen erfolgt die Veröffentlichung zur Vergütung der Organmitglieder nach Maßgabe des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes (FMStFG) und den mit dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) geschlossenen Verträgen.

Vorstandsvergütung

Die Vorbereitung der Bestellung von Vorstandsmitgliedern einschließlich deren Anstellungsverträgen erfolgt durch das Präsidium des Aufsichtsrates der WestLB AG. Auf dieser Grundlage legt der Aufsichtsrat die Vergütung des Vorstands der WestLB AG – entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und nach Maßgabe des SoFFin beziehungsweise des FMStFG – fest. Dies gilt insbesondere für Gehälter und andere Vergütungsbestandteile, einschließlich Pensionszusagen. Mit den Mitgliedern des Vorstands werden entsprechende Dienstverträge geschlossen.

Das Fixum als leistungsunabhängige Grundvergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Eine Überprüfung findet üblicherweise im Rahmen von Vertragsverlängerungen statt. Die fest zugesagten Leistungen enthalten im üblichen Rahmen die gewährten Sachbezüge. Im Wesentlichen sind dies die Nutzung des Fahrdienstes zu dienstlichen Zwecken sowie Prämien für Versicherungen.

Als Nebenleistungen gewährt die WestLB AG ihren Vorstandsmitgliedern Organisationsleistungen wie zum Beispiel den Aufwand für einen Heimarbeitsplatz, jährliche ärztliche Vorsorgeuntersuchungen, Geschäftsreisen sowie angemessene Sicherheitsmaßnahmen.

Bis zum Inkrafttreten des FMStFG und den in diesem Zusammenhang geschlossenen Verträgen mit dem SoFFin bestand darüber hinaus eine als Anreizsystem konzipierte, individuelle Jahresabschlussvergütung.

Mit Wirkung zum 1. November 2009 hat die WestLB umfangreiche Vertragswerke mit dem SoFFin zur Stabilisierung der Bank abgeschlossen. In diesem Kontext haben alle Vorstandsmitglieder eine Verpflichtungserklärung unterschrieben, die auch im Internet öffentlich zugänglich ist. In diesem Kontext wurde die Gesamtvergütung für jedes Vorstandsmitglied seit 1. November 2009 auf 500 T€ p. a. begrenzt.

Aufsichtsratsvergütung

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten nach Abschluss eines Geschäftsjahres eine angemessene Vergütung, die durch Beschluss der Hauptversammlung festgesetzt ist.

Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern grundsätzlich ihre baren Auslagen und die auf ihre Vergütung entfallende Umsatzsteuer, falls sie Letztere gesondert in Rechnung stellen.

Bezüge der Organe im Geschäftsjahr 2010

Die Bezüge der Organe der WestLB AG im Geschäftsjahr 2010 stellten sich wie folgt dar:

	1. 1.–31. 12. 2010 Mio €	1. 1.–31. 12. 2009 Mio €
Gesamtbezüge Vorstand*	3,1	9,7
– davon fix	3,1	8,6
– davon erfolgsorientiert	0,0	0,9
– davon wegen Aufsichtsratsmandaten bei Konzerntöchtern	0,0	0,2
Geamtbezüge für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene	6,6	6,6
Bezüge Aufsichtsratsmitglieder	1,2	1,1
– davon fix	1,2	1,1
– davon erfolgsorientiert	0,0	0,0
– davon erfolgsorientiert bezogen auf den langfristigen Unternehmenserfolg	0,0	0,0
Pensionsrückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder sowie deren Hinterbliebene	67,5	72,6

* Die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen von Vorstandsmitgliedern im Geschäftsjahr 2010 betragen 2,1 Mio € (gegenüber 1,3 Mio € im Vorjahr). Der Wert für das Geschäftsjahr 2010 enthält unter anderem Beträge aus der Umstellung der Berechnung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz.

Im Geschäftsjahr 2010 gab es keine Zusagen von Leistungen im Sinne von Ziffer 4.2.4 DCGK, die einem Vorstandsmitglied der WestLB AG für den Fall der vorzeitigen oder regulären Beendigung der Tätigkeit als Vorstandsmitglied gewährt oder die während des Geschäftsjahres geändert worden sind.

Directors Dealings (Angaben gemäß Ziffer 6.6 DCGK)

Ein direkter oder indirekter Besitz von Aktien der WestLB AG oder sich hierauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder besteht nicht.

Entsprechenserklärung 2010

Vorstand und Aufsichtsrat der WestLB AG erklären für das Geschäftsjahr 2010, dass den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit folgenden Abweichungen entsprochen wurde:

- Der Empfehlung in Ziffer 2.3.1 Satz 3 und 2.3.2 DCGK, nach welcher die für die Hauptversammlung erforderlichen Dokumente auf der Internetseite verfügbar gemacht und die Einberufungsunterlagen zur Hauptversammlung auf elektronischem Wege übermittelt werden sollen, wird nicht entsprochen. Die Empfehlung ist auf das Informationsbedürfnis insbesondere ausländischer Aktionäre börsennotierter Aktiengesellschaften zugeschnitten. Den besonderen Interessen der Anteilseigner der WestLB AG als nicht börsennotierter Aktiengesellschaft wird sie nicht gerecht. Im Einvernehmen mit ihren Eigentümern stellt die WestLB AG die gegenständlichen Unterlagen und Informationen jeweils unmittelbar postalisch zur Verfügung.
- Nach Ziffer 4.2.1 Satz 2 DCGK soll eine Geschäftsordnung die Ressortzuständigkeiten einzelner Vorstandsmitglieder regeln. Zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Flexibilität sieht die WestLB AG von einer Fixierung der Kompetenzverteilung der Mitglieder des Vorstands in der Geschäftsordnung ab. Die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt.
- Den Empfehlungen in Ziffer 5.1.2 Absatz 2 Satz 3 und Ziffer 5.4.1 Satz 2 DCGK, nach welcher eine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder festgelegt werden soll, wird nicht entsprochen. Das Alter eines Organmitglieds ist nach Auffassung der WestLB AG kein geeignetes Qualifikationskriterium.
- Nach Ziffer 5.3.3 DCGK soll der Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss bilden, der dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt. Bei der WestLB AG werden die Kandidaten zur Vertretung der Anteilseigner im Aufsichtsrat regelmäßig von den Eigentümern selbst vorgeschlagen. Die WestLB AG verzichtet daher auf die Einrichtung eines Nominierungsausschusses.

- Gemäß Ziffer 5.4.6 Absatz 2 Satz 1 DCGK sollen Mitglieder des Aufsichtsrates neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten. Die Bank sieht eine erfolgsorientierte Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrates als Steuerungsinstrument an, durch das die Unabhängigkeit des Kontrollgremiums berührt werden könnte. Die Hauptversammlung der WestLB AG hat daher eine feste Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates festgelegt.

Abrufbar unter www.westlb.de im Portal „Unsere Verantwortung/Corporate Governance“.

Düsseldorf, den 24. März 2011

Für den Aufsichtsrat



Michael Breuer

Für den Vorstand



Dietrich Voigtländer

Impressum/Kontaktadressen

WestLB AG

Herzogstraße 15
40217 Düsseldorf
Tel. + 49 211 826-01
Fax + 49 211 826-6119
www.westlb.de

Publication Services

Herzogstraße 15
40217 Düsseldorf
Tel. + 49 211 826-3027
Fax + 49 211 826-6121
presse@westlb.de
ir@westlb.de

Der Geschäftsbericht liegt auch in englischer Sprache vor und ist im Internet unter [www.westlb.de/Investor Relations](http://www.westlb.de/Investor%20Relations) eingestellt.

Disclaimer

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zu unserer Geschäfts- und Ertragsentwicklung, die auf unseren derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf unser Geschäft einwirken und zu großen Teilen außerhalb unseres Einflussbereichs liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von unseren heute getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Wir übernehmen keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.



WestLB AG
Herzogstraße 15
40217 Düsseldorf
www.westlb.de